

Projekt

**Kommunale
Strategien gegen
Rechtsextremismus
im Vergleich.**

Studienbericht.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)
Chausseestraße 29 | 10115 Berlin
Telefon: 030. 240 45 430 | Fax: 030. 240 45 319
E-Mail: info@vdk-berlin.de

V.i.S.d.P.:

Bianca Klose, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)

Redaktion:

Vera Henßler, Ulrich Overdieck

Lektorat:

Frank Engster

Layout:

Michael Mallé, Stadtbild Grafik

In Kooperation mit:

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin

Urheberrechtliche Hinweise:

© Copyright 2014 Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VDK) e.V. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der VDK behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber/innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Berlin im März 2014

INHALT

| | |
|----|---|
| 04 | 1. Idee und Aufbau der Studie |
| 06 | Kommunenauswahl und Auswahl der Interviewpartner/innen |
| 07 | Forschungsdesign |
| 08 | Kurzzusammenfassung zentraler Ergebnisse |
| 11 | 2. Das Verständnis des lokalen Rechtsextremismus seitens der Befragten |
| 13 | Ursachen rechtsextremer und rechtspopulistischer Erfolge |
| 18 | 3. Kommunale Themen, Zielgruppen und Strategien der Rechts- außen-Parteien vor dem Hintergrund lokaler Gegenstrategien |
| 19 | Anonymes Agieren und Öffentlichkeitsarbeit |
| 20 | Wortergreifungsstrategien und lokale Verankerung |
| 23 | Parteienübergreifende Kooperationen und Bündnisse mit der Zivilgesellschaft |
| 24 | Vermeidung und Desinteresse |
| 26 | Konsensfindung und Gelingensbedingungen für eine als erfolgreich empfundene Auseinandersetzung |
| 29 | Die Rolle der lokalen Medien |
| 30 | 4. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulisti- schen Mandatsträger/innen in den Gremien |
| 30 | Präsenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Mandatsträger/innen |
| 31 | Ausrichtung, Strategien und Themen rechtspopulistischer und rechtsex- tremer Parteien |
| 32 | Sachpolitische Arbeit in den Gremien |
| 34 | Rassismus als Kernbestandteil rechtspopulistischer und rechtsextremer Agitation |
| 35 | Die Wirkmächtigkeit der rechtsextremen und rechtspopulistischen Verord- neten und der Umgang in den Gremien |
| 37 | Der persönliche Umgang |
| 38 | Kommunalpolitische Beteiligung und politisches Interesse |
| 40 | Die Idealtypen des Umgangs: Ignorieren – selbstbewusst dechiffrieren – sachbezogen diskutieren |
| 42 | Formal-juristische Umgangsweisen |
| 44 | Kritik an der Umgangspraxis |
| 47 | Die Grenzen des Minimalkonsenses |
| 49 | Handlungsempfehlungen der Befragten |
| 51 | 5. Anhang |
| 51 | Interviewleitfaden |

1. IDEE UND AUFBAU DER STUDIE

Mandate rechtsextremer¹ und rechtspopulistischer² Parteien in kommunalen Gremien stellen seit vielen Jahren eine politische Herausforderung für die Kommunalpolitik dar. Sowohl die NPD als auch rechtspopulistische Parteien versuchen, sich auf kommunalpolitischer Ebene zu verankern, um gesellschaftliche Wirkungsmacht zu erreichen. Vielerorts in Deutschland ist anscheinend ein Wähler/innensockel im Niedrigprozentbereich für rassistische und autoritäre Parolen empfänglich, so dass Rechtsaußenparteien³, sofern ihnen die Aufstellung eigener Kandidat/innen gelingt, häufig mit zumindest ein oder zwei Mandaten in kommunale Gremien einziehen können. Die NPD verfügt derzeit über mindestens 352 Mandate in kommunalen Gremien wie Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen und Verordnetenversammlungen.⁴ Zusammen mit den Mandaten, die durch Kleinparteien wie die „Pro“-Formationen oder die „Republikaner“ gehalten werden, sind antidemokratische und rassistische Kräfte demzufolge in einer beträchtlichen Anzahl kommunaler Gremien vertreten. Die Einstellungsforschung belegt zudem, dass es deutschlandweit ein Wähler/innenpotenzial von 15-20% für eine Partei rechts von CDU und FDP gibt.⁵

Diese ständige Herausforderung für die Demokratie wird im Frühjahr 2014 wieder politisch akut, denn dann stehen in insgesamt elf Bundesländern Kommunalwahlen an. Obwohl rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien immer wieder durch interne Krisen und Streitigkeiten sowie durch die Gegenwehr demokratischer Kräfte geschwächt werden, gibt es keinen Grund anzunehmen, dass sich die oben beschriebene Tendenz auf kommunaler Ebene umkehren wird. Es ist daher unverzichtbar, demokratische Handlungsstrategien zu entwickeln und ständig zu überprüfen. Kommunalpolitiker/innen der demokratischen Parteien klagen immer wieder über Handlungsunsicherheiten sowie über fehlende Ressourcen für eine angemessene Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Bestrebungen.⁶

Die Mitarbeiter/innen der vorliegenden Studie „Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus im Vergleich“ haben im Rahmen ihrer langjährigen Beratungstätigkeit im Projekt „Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse“ („BVV-Projekt“) des VDK e.V. sowohl in Berlin als auch bundesweit Erfahrungen im Themenfeld sammeln können. Das „BVV-Projekt“ dokumentierte bis Dezember 2012 die Aktivitäten der NPD in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen und analysierte ihre Vorgehensweisen. Auf Grundlage der Analyse rechtsextremer Strategien in den Gremien und deren Auswirkungen auf das Gemeinwesen hat das Projekt demokratische Kommunalpolitiker/innen im Umgang mit rechtsextremen Mandatsträger/innen beraten. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen erschien es den Verfasser/innen notwendig, die bestehenden Kenntnisse zum Themenfeld zu rekapitulieren und auf bundesweiter Ebene zu vergleichen, wie die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, aber auch mit rechtspopulistischen Formationen aussieht, und vor welchen Herausforderungen Kommunalpolitiker/innen und zivilgesellschaftliche Akteure derzeit stehen. Ähneln die

¹ Kennzeichen des Rechtsextremismus sind vor allem Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit und die Orientierung auf ein autoritäres und völkisch-kollektivistisches Gesellschafts- und Staatsmodell. Er lehnt die Verfassung der BRD prinzipiell ab. Hinsichtlich der Verhaltensmuster zeigen Rechtsextreme eine hohe Akzeptanz von bzw. eine Neigung zur Gewalt gegen gesellschaftliche Minderheiten und politische Gegner/innen. Der hier verwendete Rechtsextremismusbegriff orientiert sich an den Arbeiten von Hans-Gerd Jaschke und Richard Stöss (2000, 2010).

² Rechtspopulismus ist – ähnlich wie der Rechtsextremismus – geprägt von Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit wie z.B. dem antimuslimischen Rassismus und missachtet grundgesetzlich verankerte Menschenrechte. Anders als Rechtsextreme bekennen sich Rechtspopulist/innen jedoch demonstrativ zur verfassungsmäßigen Ordnung und agieren streng legalistisch. Rechtspopulistische Formationen zeichnen sich darüber hinaus durch einen charakteristischen Politikstil aus (z.B. Inszenierung als Bürger/innenbewegung, Forderungen nach direkter Demokratie, Eskalationsstrategie bei sozialen Konflikten). Die vorliegende Studie folgt im Verständnis des Rechtspopulismus im Wesentlichen den Arbeiten von Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges sowie von Alexander Häusler.

³ „Rechtsaußen“ ist im Folgenden die Sammelbezeichnung für die verschiedenartigen politischen Akteure und Formationen, die sich im Bereich des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus durch ihre Missachtung der Menschenrechte außerhalb des demokratischen Spektrums stellen.

⁴ Dies ergab eine Recherche des VDK e.V. Die Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV) selbst gibt indes eine deutlich höhere Zahl von 500 Mandaten an, die sich auf 400 Personen in 300 kommunalen Gremien verteilen würden. Es besteht die Möglichkeit, dass die NPD überhöhte Zahlen angibt, um erfolgreicher zu erscheinen als sie ist. Aufgrund der schwierigen Datenlage – so ist die parteipolitische Zusammensetzung von Ortsbeiräten und Gemeinderäten vielfach nicht anhand allgemein verfügbarer Quellen einsehbar – konnte diese zahlenmäßige Diskrepanz bisher nicht geklärt werden.

⁵ So ermittelte eine Umfrage des Emnid-Instituts vom Juli 2010 ein Wähler/innenpotenzial von 20% für eine „bürgerlich-konservative Partei rechts von der CDU“.

⁶ Vergleiche dazu exemplarisch für Mecklenburg-Vorpommern: Winter, Marcel: Die Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Duisburg 2012.

Berliner Erfahrungen denen in anderen Bundesländern? Lassen sich erfolgreiche Umgangsweisen auch auf die Situation in anderen Bundesländern übertragen?

Zur dieser Thematik ist bereits eine Anzahl von Publikationen erschienen, die sich meist auf eine bestimmte Region und eine einzelne der Rechtsaußen-Parteien beziehen. Über das Wirken der NPD informieren Veröffentlichungen aus Thüringen⁷, Sachsen, Sachsen-Anhalt⁸, Mecklenburg-Vorpommern⁹ und Berlin¹⁰. Zum Agieren von „Pro Köln“ im Kölner Stadtrat liegt ebenfalls eine Untersuchung vor.¹¹ Viele dieser Publikationen formulieren wenige und eher allgemeine Handlungsempfehlungen.

Die bisher umfassendste und systematischste Studie haben Benno Hafener und Sven Schönfelder 2007 vorgelegt: „Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie“. In der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) beauftragten Studie wurden 16 Fraktionsvorsitzende von SPD und CDU in acht Kommunen zum Umgang mit den NPD-Mandatsträger/innen vor Ort befragt.¹² Die Autoren entwickelten Kriterien und Kategorien, die für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung des Themas und die Beratungstätigkeit von Fachprojekten prägend wurden. Insbesondere ihre idealtypische Unterscheidung zwischen einer „sachbezogen diskutierenden“, einer „ausgrenzend ignorierenden“ und einer „selbstbewusst dechiffrierenden“ Strategie des Umgangs mit rechtsextremen Mandatsträger/innen erwies sich als hilfreich. Beim „sachbezogen diskutierenden“ Umgang bauen die demokratischen Verordneten auf ihre argumentative Überlegenheit und lassen sich auf sachbezogene Diskussionen mit rechtsextremen Mandatsträger/innen ein, ohne deren antidemokratische Haltung zu berücksichtigen. Die zweite Umgangsweise ist die Strategie des „Ignorierens und Ausgrenzens“, die rechtsextreme Initiativen generell ablehnt und mit Nichtachtung reagiert. Beim „selbstbewusst dechiffrierenden“ Umgang reagieren die demokratischen Verordneten auf die rechtsextremen Initiativen mit einem kurzen Wortbeitrag, der auf den antidemokratischen Charakter der Urheber/innen hinweist und Ziele und Strategien der rechtsextremen Verordneten „dechiffriert“.

Ein Ziel der hier vorliegenden Befragung ist es, insbesondere diese von Benno Hafener und Sven Schönfelder formulierten Handlungsempfehlungen zu überprüfen, zu konkretisieren, zu ergänzen und gegebenenfalls auch zu modifizieren. Mittlerweile sind einige Jahre vergangen, und viele Kommunen können auf langjährige Erfahrungen mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen verweisen. Vor diesem Hintergrund sowie im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen 2014 stellt sich die Frage, ob Veränderungen im Agieren der rechtsextremen und/oder rechtspopulistischen Akteure feststellbar sind und wie sich diese auf die lokale Auseinandersetzung auswirken. Welche Bedeutung haben die Mandate rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien für die kommunalpolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteure heute? Welche Bedeutung muss insbesondere auf kommunaler Ebene der Auseinandersetzung mit den Rechtsaußen-Parteien angesichts rückläufiger Wahlbeteiligung beigemessen werden? Welche Umgangsformen haben sich bewährt und welche Herausforderungen werden kommunenübergreifend gesehen?

⁷ Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen / NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv (Hrsg.): Nazis in den Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt 2011.

⁸ Begrich, Pascal / Weber, Thomas / Roth, Roland: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts, Magdeburg 2010.

⁹ Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Heil, Torsten: Kein Platz für Rechtsextremisten in Kommunalparlamenten. Anregungen für Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung im Kommunalwahlkampf, Greifswald 2009; Winter, Marcel: Die Auseinandersetzung der demokratischen Parteien mit der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Duisburg 2012.

¹⁰ Siehe die Literaturliste unter <http://bv.vdk-berlin.de/material/publikationen>

¹¹ Überall, Frank: „Ich bin die Strafe ...“. Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung“ am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat, Köln 2010.

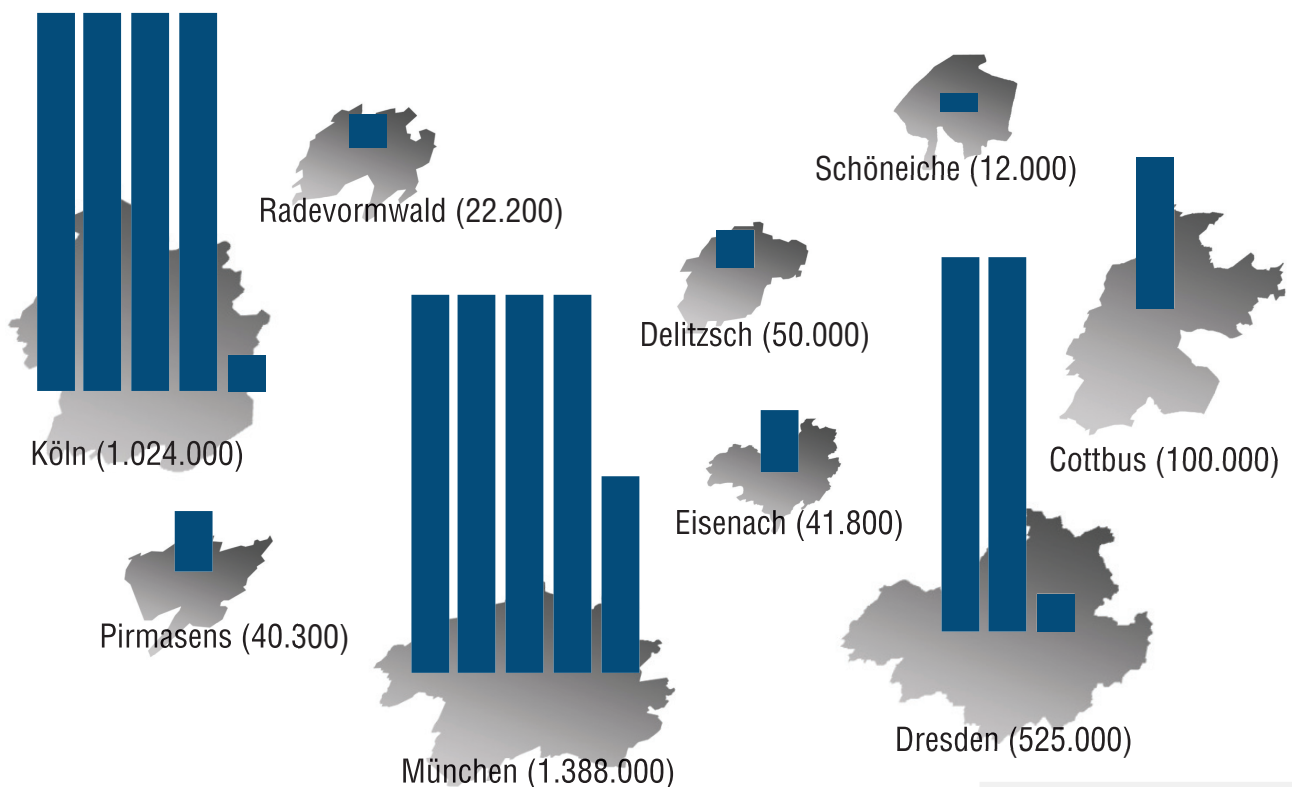
¹² Hafener, Benno / Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in den Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (Hrsg.), Berlin 2007.

¹³ Dies gilt für die Bundesländer: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Bayern und Brandenburg. In Bayern findet die Kommunalwahl bereits am 16. März 2014 statt. In den übrigen genannten Bundesländern wird sie parallel zur Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014 durchgeführt.




KOMMUNENAUSWAHL UND AUSWAHL DER INTERVIEWPARTNER/INNEN

Zu Beginn des Projektes wurden Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Vereine oder Beratungsstrukturen in ausgewählten Bundesländern kontaktiert. Aus den Empfehlungen der angefragten Partner/innen sowie aus eigenen Überlegungen entstand eine erste Auswahl zu untersuchender Kommunen. Die beiden Hauptkriterien waren, dass in den betreffenden Kommunen im Jahr 2014 Kommunalwahlen stattfinden¹³ und dass rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien Mandate in den kommunalen Gremien innehaben. Zu diesen Hauptkriterien kam hinzu, dass möglichst ländliche und städtische Kommunen sowohl aus den neuen als auch aus den alten Bundesländern in der Auswahl vertreten sein sollten. Neben der NPD sollten auch Kommunen mit rechtspopulistischen Mandatsträger/innen untersucht werden, um etwaige Unterschiede im Umgang herausarbeiten zu können. Die nachfolgenden zwei Grafiken geben einen Überblick über die letztendlich ausgewählten Kommunen und Interviewpartner/innen.

Bevölkerungszahl



Anzahl der befragten Kommunalpolitiker/innen aufgelistet nach Parteien/Fraktionen

 größte/größere Fraktion
 kleinere Fraktion/
 Einzelverordneter



Für die Interviews konnten wie geplant in jeder Kommune zwei Parteienvertreter/innen und eine Person aus zivilgesellschaftlichen Bündnissen oder Initiativen gewonnen werden. Zunächst wurden die jeweils kleinste Fraktion oder Einzelverordneten und die größte Fraktion vor Ort postalisch kontaktiert. Hintergrund dieser Auswahl war die Frage, inwiefern sich Unterschiede in der Einschätzung des Rechtsextremismus zwischen einer lokal entscheidungstragenden Partei und einer lokal weniger einflussreichen oder oppositionellen Partei erkennen lassen. Den angeschriebenen Parteien wurde es freigestellt, eine Person aus ihrer Fraktion zu benennen, die Zeit und Interesse für ein Interview zum Thema hat. Diese Zusammenstellung der jeweils kleinsten und größten Fraktion gelang nicht in allen Kommunen, da nicht alle angefragten Parteien zu einem Interview bereit waren. Zusätzlich zu den zwei Vertreter/innen von in den Gremien vertretenen Parteien wurde in jeder Kommune eine Person aus der Zivilgesellschaft befragt, um mögliche Differenzen zur Parteienperspektive herausarbeiten zu können.

Ende Mai 2013 wurden die ersten Anschreiben an die ausgewählten Fraktionen, Fraktionsgeschäftsführer, regionalen Parteibüros sowie die zivilgesellschaftlichen Akteure verschickt. Das Schreiben enthielt eine kurze Beschreibung des Vorhabens und die Ankündigung, dass in einigen Tagen eine telefonische Kontaktaufnahme folgen würde.

Im Laufe des Junis konnten bereits Interviewtermine vereinbart werden. Allerdings gestaltete sich die Kontaktaufnahme in einigen Kommunen schwierig. So waren teilweise keine Telefonnummern der Parteibüros herauszufinden oder sie wurden von der lokalen Gemeindevertretung nicht herausgegeben. In zwei angefragten kleinen Kommunen gelang auch nach mehreren Versuchen auf postalischem, telefonischem und elektronischem Wege keine Kontaktherstellung, weshalb Anfang Juli zwei neue Kommunen ausgewählt wurden. Dadurch gelang es leider nicht, eine Gemeinde mit einer Einwohner/innenzahl unter 10.000 Personen in die Befragung einzubeziehen – das ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten. Die Idee, auch Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen, wurde wieder verworfen, da die Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz in Kooperation mit den Regionalzentren derzeit eine ähnlich konzipierte Studie in Mecklenburg-Vorpommern durchführt, die im Sommer 2014 erscheinen soll. Die Interviews wurden im Juli und August 2013 durchgeführt.

FORSCHUNGSDESIGN

Parallel zur Kontaktaufnahme wurde in der ersten Projektphase der Leitfaden für die halbstrukturierten, qualitativen Interviews entwickelt.¹⁴ Für unser Forschungsinteresse war diese Interviewform am besten geeignet, da sie konkrete Themenbereiche setzt und erfragt, aber den Interviewpartner/innen genügend Raum lässt, eigene thematische Schwerpunkte im Laufe des Interviews einzubringen und auszubreiten. Zeitgleich wurden Hintergrunddossiers zu den jeweiligen Kommunen erstellt. Diese enthalten Informationen zu den rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Mandatsträger/innen (z.B. über den Status in den Gremien), zur Auseinandersetzung in den Gremien oder in der Kommune insgesamt sowie zu Ereignissen, die für die Kommune im Hinblick auf das Thema „Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ relevant sind. Ziel dieser Vorrecherchen war es, interessante Aspekte in den Interviews ansprechen zu können, falls sie nicht von den Befragten selbst thematisiert werden sollten. Teilweise waren diese Recherchen auch bei der Auswertung der Interviews als Hintergrundinformation sehr hilfreich, etwa bei rechtlichen Fragen oder dem Status der Mandatsträger/innen in den Gremien.

Der Interviewleitfaden¹⁵ umfasste drei Kernthemen:

- 1. Agieren der rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteure in der Kommune**
 - 2. Auseinandersetzung mit extrem rechten Mandatsträger/innen in den kommunalen Gremien**
 - 3. Lokale, demokratische Kultur, kommunale Beteiligungsprozesse sowie Motivation und politisches Selbstverständnis der Befragten**
-

¹⁴ Vgl. Witzel, Andreas: Das problemzentrierte Interview [25 Absätze], Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Social Research, 1 (1) - 2000, Art. 22; online unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/viewArticle/1132/2519>; Mayring, Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und

Techniken, Weinheim/Basel 2011; Gläser, Jochen / Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2010.

¹⁵ Der Interviewleitfaden ist im Anhang dieses Projektberichtes zu finden.

Den insgesamt 16 Kernfragen wurden verschiedene Unterfragen zugeordnet. Während der Interviewführung war es jedoch nicht immer sinnvoll oder möglich, die 16 Fragen in der gegebenen Reihenfolge und vollständig abzuhandeln. Vielmehr wurde die Befragung an die narrative Struktur der jeweiligen Interviewpartner/innen angepasst, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die für sie zentralen Punkte auszuführen und als wichtig erachtete Akzentuierungen vorzunehmen. Diese Form der Gesprächsführung wirkte sich auf die Ergebnisse aus. Während zu zentralen Fragestellungen wie den verschiedenen Formen des Umgangs mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen in den Gremien von allen befragten Kommunalpolitiker/innen Aussagen vorliegen, wurden andere Aspekte nicht in allen Interviews angesprochen.

Der Interviewleitfaden wurde mit zwei Berliner Kommunalpolitikern, zu denen durch die Tätigkeit des früheren „BVV-Projektes“ des VDK e.V. bereits gute Kontakte bestanden, im Vorfeld der Befragung erfolgreich getestet. Letztendlich ist mit den 27 geführten Interviews Audiomaterial im Umfang von rund 30 Stunden entstanden, das im August und September 2013 transkribiert wurde.

Die transkribierten Interviews wurden in einem induktiv-deduktiven Wechselverfahren der qualitativen Inhaltsanalyse mit Hilfe der Analysesoftware Maxqda ausgewertet.¹⁶ Basierend auf dem aktuellen Forschungsstand und auf den Erfahrungen, die die Projektmitarbeiter/innen während ihrer Beratungstätigkeit gesammelt haben, wurde ein erstes, grobes Kategoriensystem an das Material angelegt, das im folgenden Analyseprozess stetig ausdifferenziert und überarbeitet wurde. Die so kategorisierten Textstellen bildeten den Ausgangspunkt für den vorliegenden Abschlussbericht. Inhaltliche Schwerpunkte bilden zum einen die im Exposé des Projektes formulierten Fragestellungen und zum anderen die bei der FES im Rahmen der Workshops gemeinsam erarbeiteten Fragen. Der Fokus der Analyse lag damit auf dem kommunalen Umgang mit dem Rechtsextremismus. Eine umfassende Analyse der lokalen Agitation rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure war zweitrangig und nur dann Gegenstand, wenn diese als Teil der kommunalen Auseinandersetzung thematisiert wurde. Auch der Teil zu Fragen der politischen Beteiligung und der Akzeptanz und dem Interesse an kommunalen Aushandlungsprozessen ist bisher nur fragmentarisch ausgewertet worden, etwa dann, wenn die befragten Personen einen Zusammenhang zum lokalen Rechtsextremismus und der Auseinandersetzung mit ihm explizit hergestellt haben.

Der Aufbau des Projektberichtes orientiert sich an der Struktur des zugrunde gelegten Interviewleitfadens. Im dritten Kapitel unter der Überschrift „Kommunale Themen, Zielgruppen und Strategien der Rechtsaußen-Parteien vor dem Hintergrund lokaler Gegenstrategien“ wird auf das Agieren der rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteure in der Kommune insgesamt eingegangen sowie auf die Auseinandersetzung mit ihnen aufseiten der Kommunalpolitik und der Zivilgesellschaft. Das nachfolgende vierte Kapitel behandelt die Vorgehensweisen und Strategien gegenüber der NPD, ihrer Münchener Liste BIA, „Pro NRW“, „Pro Köln“ und den „Republikanern“ in den kommunalen Gremien sowie die Umgangsweisen mit ihnen aufseiten der demokratischen Kommunalpolitik und der Verwaltung. Die beiden umfangreichen Kapitel enthalten Praxiserfahrungen, Problematisierungen und zentrale Herausforderungen, die in den Interviews zur Sprache gekommen sind. Aus der induktiven Analyse des Materials hat sich ein weiteres Kapitel mit der Überschrift „Das Verständnis des lokalen Rechtsextremismus seitens der Befragten“ ergeben, das den zwei Hauptkapiteln vorangestellt ist. Der vorliegende Projektbericht fasst zunächst die Ergebnisse der Befragung zusammen. Die Zusammenführung der daraus resultierenden Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik wird an anderer Stelle erfolgen und ist nicht Gegenstand des Projektberichtes.

Der Forschungsprozess wurde durch Prof. Dr. Fabian Virchow vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Fachhochschule Düsseldorf sowie durch zwei projektbezogene Workshops bei der Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet.

KURZZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER ERGEBNISSE

Die befragten Personen haben unterschiedliche Zugänge zum Themenfeld Rechtsextremismus. Die Mehrzahl der befragten Kommunalpolitiker/innen ist auch in zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bündnissen

¹⁶ Zur Qualitativen Inhaltsanalyse vgl.: Mayring, Phillip: Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, Weinheim/Basel 2011; Kuckartz, Udo: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden,

Praxis, Computerunterstützung, Weinheim/Basel 2012; Gläser, Jochen / Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden 2010.

engagiert. Analog dazu ist auch ein Teil der befragten Personen aus der Zivilgesellschaft in Parteien oder kommunalpolitischen Gremien aktiv oder verfügt über entsprechende politische Erfahrungen.

Das Verständnis von Rechtsextremismus (auf lokaler Ebene) fällt sehr unterschiedlich aus. Es bewegt sich in einem Spannungsfeld, das von einer Fokussierung auf jugendliche Akteure und Gewalttaten lokaler Rechtsextremer bis zu einem Zugang zum Thema reicht, in dem Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit auch und gerade in der „Mitte“ der Gesellschaft angesprochen werden.

Die Vielfalt der Themen, die in den Programmen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und in ihren öffentlichkeitswirksamen Kampagnen eine Rolle spielen, findet sich laut den befragten Personen in den Kommunen nicht wieder. Vielmehr werden dort von den Rechtsaußen-Parteien entweder lokale oder gesellschaftliche Problemlagen mit einer rassistischen und/oder völkischen Agitation verknüpft, oder es werden sachpolitische Themen aufgegriffen, die in der Kommune meist seit längerem debattiert werden.

Sowohl sachpolitische Anträge und Anfragen als auch ideologisch motivierte und provokative Initiativen finden sich in der Mehrzahl der Gremien wieder. Für die Mehrzahl der Kommunen schildern die Befragten das Agieren der rechtsextremen Mandatsträger/innen in den Gremien jedoch als wenig wirkmächtig.

In allen befragten Kommunen haben die rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen keinerlei kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, da ihre Anträge parteienübergreifend abgelehnt werden. Auch wenn die demokratischen Verordneten auf Provokationen von Rechtsaußen in der Regel reagieren, besteht in allen befragten Kommunen der Minimalkonsens, den rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen möglichst wenig Spielräume zu lassen und deren Initiativen zu ignorieren. Zu dieser „ausgrenzend ignorierenden“ Strategie gehören auch Änderungen der Geschäftsordnungen und anderer Gremien-bezogener Regeln.

In denjenigen Kommunen, in denen die Demokrat/innen seit mehreren Jahren mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen konfrontiert sind, ist eine zunehmende Gelassenheit ihnen gegenüber feststellbar, aber auch eine Gewöhnung an ihre Präsenz.

Die in allen Kommunen vorherrschende Praxis des Ignorierens der Rechtsaußen-Parteien wird von knapp der Hälfte der befragten Kommunalpolitiker/innen als unzureichend und unangemessen eingeschätzt. Zudem ist bei der Mehrzahl der befragten Personen eine deutlich (selbst-)kritische Einstellung festzustellen. Sie ist insbesondere bei denjenigen Befragten zu erkennen, die neben dem kommunalpolitischen Mandat einen weiteren Zugang zum Thema haben.

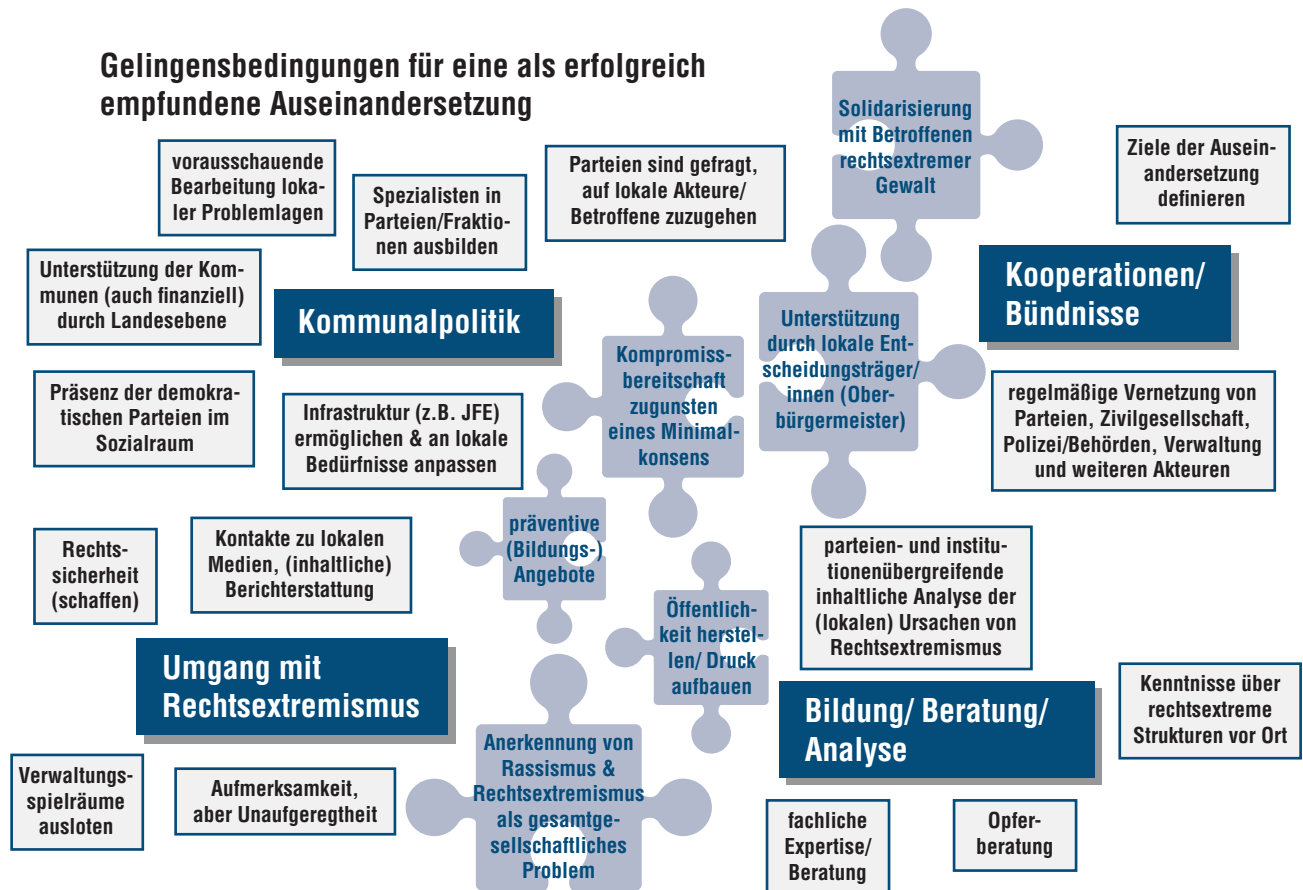
Ein Teil der Kritik, die von engagierten Demokrat/innen in den Interviews geäußert wird, betrifft weniger den konkreten Umgang mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen, sondern eher inhaltliche Positionen von Vertreter/innen demokratischer Parteien, die als teilweise anschlussfähig an Rechtsaußen-Positionen eingeschätzt werden. Hier wird ein allgemeines Problem deutlich: Die tiefer gehende inhaltliche Auseinandersetzung, etwa mit den Ursachen und Funktionen von Rassismus, wird nicht geführt, um den bestehenden Minimalkonsens gegenüber NPD und Rechtspopulisten nicht durch inhaltliche Kontroversen zwischen den demokratischen Parteien zu belasten.

Eine ähnliche Tendenz zeichnet sich auch in der Auseinandersetzung außerhalb der kommunalen Gremien ab. Einige Befragte problematisieren den in der Kommune hegemonialen Umgang mit Themen, die auch für das Agieren der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Akteure relevant sind, wie z.B. Flucht, Asyl und Einwanderung. Der Fokus sowohl einzelner Kommunalpolitiker/innen als auch von Teilen der befragten Zivilgesellschaft hat sich zunehmend auf rassistische Einstellungen auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft verschoben. Dabei wird jedoch das Agieren der Rechtsextremen und Rechtspopulisten keineswegs außer Acht gelassen.

In fast allen Kommunen, in denen seit längerem breite zivilgesellschaftliche Bündnisse existieren, sind die Befragten grundsätzlich mit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zufrieden. Die Bündnisse wurden zunehmend verbreitert und Vorbehalte gegenüber einzelnen Akteuren wurden abgebaut, auch die Akzeptanz verschiedener Protestformen hat zugenommen.

In allen untersuchten Kommunen besteht ein Konsens darüber, die NPD und teilweise auch die rechtspopulistischen Akteure zu ächten, ohne dass dieser Konsens tiefer gehend verhandelt oder inhaltlich begründet werden müsste. Die in den Gremien verfolgte Praxis des „Ausgrenzens und Ignorierens“ wird kaum über informelle Absprachen hinaus nach außen kommuniziert. Konflikte unter den Demokrat/innen entstehen eher bei Aushandlungsprozessen darüber, wie offensiv rechtsextremen Aktivitäten entgegengetreten werden soll.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die in den verschiedenen Interviews in unterschiedlicher Intensität formulierten Gelingensbedingungen für eine als erfolgreich empfundene Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort.



2. DAS VERSTÄNDNIS DES LOKALEN RECHTSEXTREMISMUS SEITENS DER BEFRAGTEN

In den Interviews wird eine große Spannweite dessen deutlich, was die befragten Personen unter Rechtsextremismus verstehen und welche Bedeutung sie rechtsextremen Ideologien und Erscheinungsformen auf lokaler Ebene beimessen. Das Feld reicht von einem „räumlichen“ Verständnis von lokaler Politik, in dem das Verhalten aller politischen Akteure Einfluss auf die Möglichkeiten und Grenzen rechtsextremer und rechtspopulistischer Bestrebungen hat, bis hin zur Wahrnehmung von Rechtsextremismus als einem Phänomen, das lokal vor allem mit Jugendlichen und Gewalttaten in Verbindung gebracht wird. Ein Drittel der Befragten betonte mehrfach, dass diskriminierende Einstellungsmuster auch in der so genannten Mitte der Gesellschaft existieren. Die überwiegende Mehrheit der Befragten erwähnt diese Einstellungsmuster mindestens ein Mal – wohl auch deshalb, weil eine Frage explizit auf diesen Themenkomplex abzielte.

In den Interviews wird deutlich, dass die Darstellung und das Verständnis des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bei den Befragten in hohem Maße von lokalen Diskursen in den jeweiligen Kommunen beeinflusst werden. In Dresden spielen neben dem Umgang mit der NPD vor allem die Debatte zwischen Vertreter/innen der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft über die lokale Gedenkkultur und weitere, daran anknüpfende Themen, die auch von Rechtsextremen aufgegriffen werden, eine Rolle. Auch die Befragten aus Köln sprechen die zentrale Rolle verschiedener Diskurse innerhalb der Stadtgesellschaft an, die „Pro Köln“ als Resonanzboden für rechtspopulistische Agitationen dienen. Dabei geht es vor allem um den kommunalen Umgang mit Flüchtlingen in Köln. In Radevormwald fokussieren sich die Interviews auf die Auseinandersetzung mit der Formation „Pro NRW“ und die personellen Überschneidungen mit dem „Freundeskreis Rade“, dessen jugendliche Aktivisten für eine Vielzahl von rechtsextremen Übergriffen in der Region verantwortlich sind. In Cottbus ist, neben dem jährlich um den 15. Februar stattfindenden rechtsextremen Aufmarsch, die Debatte um eine Verankerung von Rechtsextremen in Sportvereinen und Fußball-Fan-Gruppen ein zentraler Bestandteil in zwei der geführten Interviews. Bei den beiden befragten Kommunalpolitikern aus Schöneiche¹⁷ liegt der Fokus auf kommunalpolitischen Partizipationsprozessen und damit verbundenen Debatten in der Gemeinde, die zunächst unabhängig von rechtsextremer Agitation benannt werden. In München wird von allen Befragten vor dem Hintergrund des Auftretens der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ sowie einer lokalen Studie zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ die verbreitete Ablehnung von Muslimen thematisiert. In Kommunen wie Dresden, München und Pirmasens, in denen es lokale Studien der Meinungsforschung zu diskriminierenden Einstellungen in der Bevölkerung gegeben hat, wurden diese von beinahe allen befragten Personen rezipiert. Die Umfrageergebnisse seien ein Grund gewesen, sich stärker auf diskriminierende Einstellungsmuster in der Gesellschaft jenseits rechtsextremer Organisationen zu fokussieren. In Pirmasens, Delitzsch und Eisenach finden sich keine derart deutlichen diskursiven Kristallisationspunkte in den Interviews wieder.

Neben den lokalen Diskursen wirkt sich allerdings auch die Position beziehungsweise die Praxis der befragten Personen selbst auf ihr Verständnis des Rechtsextremismus und die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen aus. Etwa ein Drittel der befragten Kommunalpolitiker/innen hat über die Gremienarbeit hinaus wenige Berührungspunkte mit dem Thema Rechtsextremismus und hatte sich entweder aufgrund der eigenen Position als Fraktionsvorsitzende/r oder aus anderen, unbekanntem Gründen zum Interview bereit erklärt. Dies wurde von den betreffenden Personen teilweise selbst so mitgeteilt. Die übrigen befragten Kommunalpolitiker/innen haben neben ihrem Mandat weitere Zugänge zum Thema, meist durch eigenes Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen oder Bündnissen, vereinzelt aber auch berufsbedingt. In einigen Interviews dieser Personengruppe war die kommunalpolitische Perspektive kaum noch von der zivilgesellschaftlichen zu trennen, insbesondere hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus außerhalb der Gremien. Die Befragten mit weiteren Zugängen zum Thema neigten dazu, Rechtsextremismus als breites gesellschaftliches Problem wahrzunehmen und diskriminierende Einstellungsmuster auch in der „Mitte“ der Gesellschaft zu thematisieren. Dagegen war die Mehrheit der befragten Kommunalpolitiker/innen ohne zivilgesellschaftlichen oder beruflichen Bezug zum Thema mit dem lokalen Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus grundsätzlich zufrieden.

¹⁷ In der Gemeinde Schöneiche selbst sind keine rechtsextremen Mandatsträger/innen vertreten, jedoch sitzen drei NPD-Verordnete im Kreistag Oder-Spree.

Auch die Parteizugehörigkeit scheint in Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Rechtsextremismus zu stehen. Die befragten Vertreter/innen von CDU, FDP und Freien Wählern konzentrierten sich in ihrer Darstellung der rechtsextremen Aktivitäten vor Ort weitestgehend auf den organisierten Rechtsextremismus, wobei thematische Anknüpfungspunkte zum Rechtsextremismus im politischen Raum, etwa bei anderen demokratischen Parteien, kaum eine Rolle spielten. Allerdings scheint dies auch mit dem persönlichen Zugang zusammenzuhängen – nur einzelne Vertreter/innen der genannten Parteien beziehungsweise Wähler/innenvereinigungen gehörten zu der Gruppe mit zivilgesellschaftlichem oder beruflichem Zugang zum Themenfeld. In der Wahrnehmung der Interviewpartner/innen anderer Parteien bzw. der Zivilgesellschaft engagieren sich die Angehörigen der oben genannten Parteien oft weniger intensiv gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Angehörige von SPD, Grünen und Linkspartei.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass zwischen den befragten zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Kommunalpolitiker/innen keine großen inhaltlichen Differenzen feststellbar sind. Die Wahrnehmung der zivilgesellschaftlichen Akteure richtet sich weniger auf die kommunalen Gremien und stärker auf die politische Auseinandersetzung außerhalb der Gremien.

In Delitzsch, Schöneiche, Radevormwald und Eisenach berichteten jeweils mehrere Befragte übereinstimmend, dass die rechtsextreme Präsenz im Ort zurückgegangen sei. Dafür werden unterschiedliche Erklärungen genannt. In Delitzsch wird vermutet, dass interne Auseinandersetzungen bei der NPD und den „Freien Kräften“ zu einem Rückgang der Aktivitäten geführt hätten. Zudem wird vermutet, dass der in Delitzsch wohnhafte stellvertretende NPD-Landesvorsitzende, der in anderen Regionen Sachsens nach wie vor sehr aktiv sei, in seinem Wohnort eher zurückhaltend agiere, um dort nicht aufzufallen. Eine ähnliche Vermutung wird in Eisenach formuliert, wo der Landesvorsitzende der NPD, der auch im Stadtrat vertreten ist, nach einer mehrjährigen Haftstrafe wieder im Ort ansässig geworden ist. In Schöneiche wird hingegen die Vermutung geäußert, dass die in der Vergangenheit im Ort aktiven Rechtsextremen, die größtenteils in anderen Kommunen wohnhaft sind, unter anderem deswegen ihre Aktivitäten zurückgefahren hätten, da es von Anfang an breite Gegenaktivitäten im Ort gegeben hat. In mehreren befragten Kommunen wird deutlich, dass die rechtsextremen Aktivitäten meist an die persönliche Situation und zeitlichen Ressourcen einzelner lokaler Aktivist/innen gebunden sind. In Radevormwald werden vor allem die strafrechtliche Verfolgung und die nun beginnenden Prozesse gegen den „Freundeskreis Rade“ als Gründe für den Rückgang rechtsextremer Aktivitäten genannt, obwohl ein Befragter auch äußert, dass die Kontakte der Rechtsextremen untereinander nach wie vor bestünden und durchaus noch Aktivitäten bemerkbar seien. In den befragten sächsischen Kommunen, aber auch im nahen Cottbus und in Eisenach werden Beispiele rechtsextremer Aktivitäten im Umland genannt, wo es unter anderem wegen geringer Gegenwehr und der besonderen ländlichen Gegebenheiten für die rechtsextremen Akteure leichter sei, sich zu verankern. Hier gibt es seitens der Befragten dieser Kommunen zwar nur eine punktuelle Wahrnehmung, jedoch wird die Einschätzung geteilt, dass der ländliche Raum aufgrund mangelnder Infrastruktur und fehlender sozio-kultureller Angebote ein bevorzugtes Ziel rechtsextremer Hegemonie-Bestrebungen darstelle.¹⁸

„Am Anfang hast du dieses Material auch in der Neustadt, also in dem linksalternativen Viertel, ausliegen gehabt – das kenne ich nicht mehr. Also, die nehmen schon ihre Schwerpunkte, wo sie mal mehr Stimmen bekommen haben, und dann gehen sie dort rein. Und das sind natürlich auch stark die ländlichen Regionen von Dresden. Also es sind ja sehr viele Orte eingemeindet worden, wo auch laut Umfrage – es gab ja hier eine Umfrage zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – wo es einerseits eine Nähe zu den NPD-Themen gibt, aber auf der anderen Seite auch die NPD stärker als normale Partei wahrgenommen wird.“¹⁹

„Also, drum herum kriegt man relativ wenig mit. Es gibt die Vermutung, dass sie in den Dörfern drum herum noch aktiver sind als hier, weil hier haben sie entsprechenden Gegenwind, und trauen sich da auch nicht so allzu viel.“²⁰

„Von den ländlichen Regionen nimmt man natürlich mehr wahr, ja. Im Bierzelt, da geht es anders zur Sache. So Richtung Torgau, je ländlicher das wird – das hatten wir ja im Brandenburgischen auch – desto mehr hört

¹⁸ Die in diesem Projektbericht zitierten Interviewauszüge wurden für eine bessere Lesbarkeit sprachlich geglättet, ohne die Aussagen inhaltlich zu verändern. Dabei wurde die genaue Zuordnung der interviewten Personen aus datenschutzrechtlichen

Gründen anonymisiert.

¹⁹ 20_Dresden

²⁰ 24_Cottbus

man. Also eigene Wahrnehmung habe ich da nicht, weil, ich bin da selten, bei den Dorffesten, aber da hört man manchmal was.“²¹

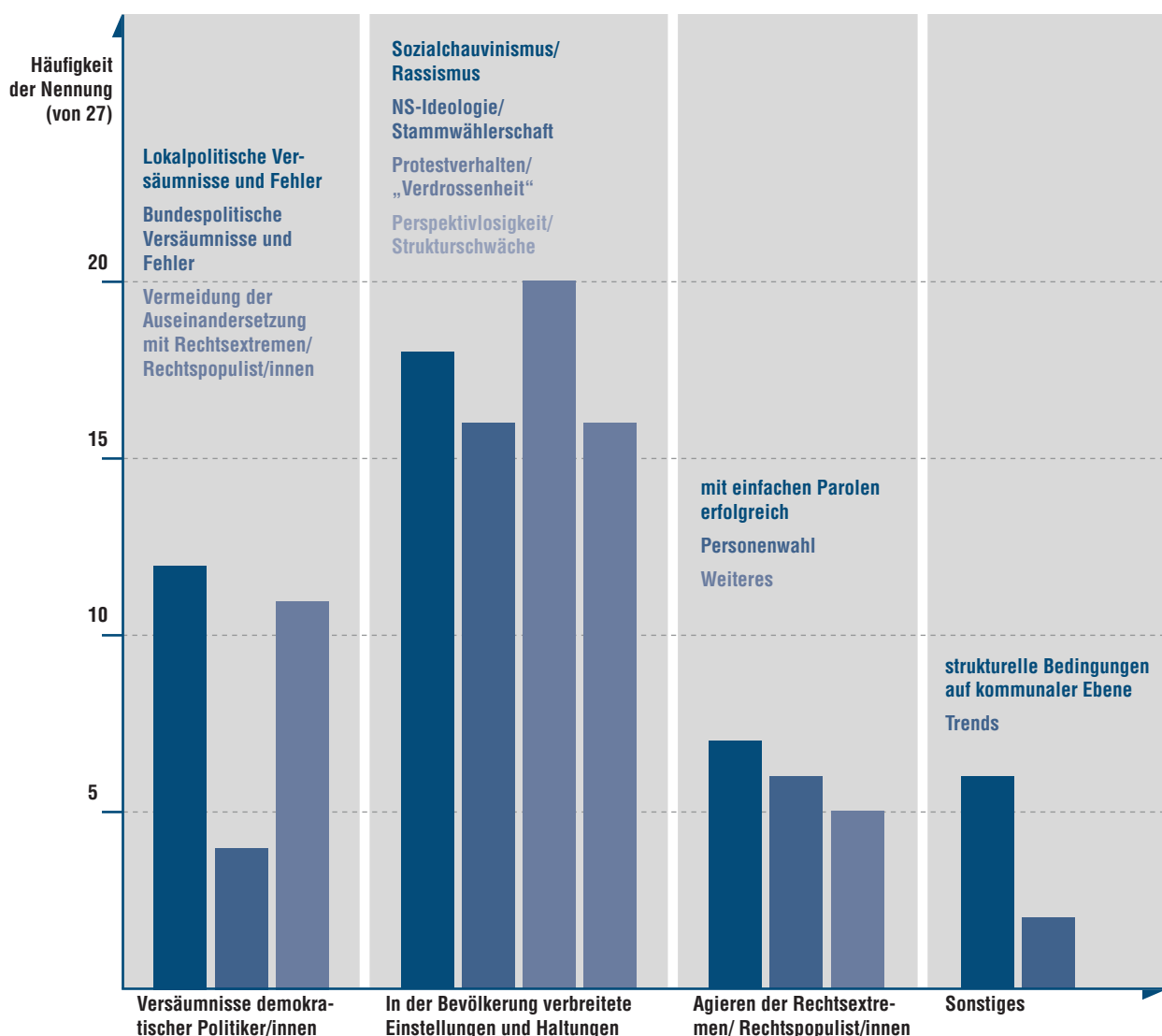
„Das sehe ich ein bisschen als frustrierend an, und gerade eben auch, wenn man sich umschaute und wenn man eben aus Cottbus raus fährt, dann wird es halt ‚dunkel‘. Wenn man irgendwie nach Elbe-Elster fährt oder eben nach Spremberg fährt. Meine Mitbewohnerin, meine ehemalige, die kam aus Elsterwerda. Wenn die mir erzählt hat, was da bei den Dorffesten und so weiter überall passiert, dann ist das ziemlich gruselig. Und da kann man eigentlich auch froh sein, dass man hier in der Stadt wohnt.“²²

„...wenn man genau hinguckt und sich die Daten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen anguckt, das ist schon ganz schön krass...“²³

URSACHEN RECHTSEXTREMER UND RECHTSPOPULISTISCHER ERFOLGE

Im folgenden Kapitel werden die Ursachen beschrieben, die in den Augen der Interviewten für Erfolge von Rechtsaußen-Parteien in ihren Kommunen verantwortlich sind. Den Befragten wurde selbst überlassen, was

Ursachen rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Erfolge in der Kommune



²¹ 17_Delitzsch

²² 23_Cottbus

²³ 20_Dresden

sie als solche Erfolge ansehen. Vielfach bezogen sich die Interviewpartner/innen auf die Ursachen für (relative) Wahlerfolge der Rechtsextremen oder Rechtspopulist/innen und nahmen gewisse Einschränkungen bei der Einschätzung von Erfolgen der Rechtsaußen-Parteien vor. Die folgende Textstelle bezieht sich beispielhaft auf die antimuslimische Agitation von „Pro Köln“ und ihren Einfluss auf das gesellschaftliche Klima.

„Ist ja jetzt eine Fragestellung: Was ist Erfolg? Erfolg in dem Sinn, dass sie sich durchgesetzt haben: nein. Aber Erfolg in dem Sinn, dass sie ein bestimmtes Thema platzieren konnten: ja, würde ich sagen. Das haben sie mit der Moschee auf jeden Fall hingekriegt und das ist ja auch diese Denke: ‚Wir sind ja nicht gegen Religionsgemeinschaften, aber eine Moschee muss ja nicht sein.‘“²⁴

Die von den Befragten genannten Ursachen rechtsextremer bzw. rechtspopulistischer Erfolge lassen sich grob in die übergeordneten Kategorien „Versäumnisse demokratischer Politiker/innen“, „In der Bevölkerung verbreitete Einstellungen und Haltungen“, „Agieren der Rechtsextremen/Rechtspopulist/innen“ und „weitere benannte Ursachen“ unterteilen.

VERSÄUMNISSE DEMOKRATISCHER POLITIKER/INNEN

Politische Versäumnisse und Fehler der Kommunalpolitik und Verwaltung bilden einen großen Teil der genannten Ursachen. Zu späte Reaktionen auf lokale Problemlagen, Fehlplanungen oder Äußerungen demokratischer Kommunalpolitiker/innen, die den rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteuren Vorschub leisten, werden als kommunale Fehler benannt.

Übereinstimmend nennen zwei Befragte aus München die in den Medien präsenten Äußerungen lokaler demokratischer Politiker/innen zu einem Gewaltvorfall in der Münchner U-Bahn während des Wahlkampfes als einen Grund für Stimmengewinne der NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA).

„Also ich glaube, es sind bestimmte Vorkommnisse, die den Zulauf erhöhen. [...] Gewalttaten, die dann einer bestimmten Menschengruppe zugesprochen werden. Und wenn dann demokratische Parteien diese Ressentiments auch noch schüren – ich möchte es jetzt mal überspitzt sagen – ‚geistige Brandstifter‘ spielen, dann glaube ich, haben diese Gruppierungen viel eher Zulauf aus dem sogenannten bürgerlichen Lager.“²⁵

Häufiger als die mangelnde inhaltliche Abgrenzung demokratischer Politiker/innen von diskriminierenden Positionen werden von den Befragten jedoch Fehlleistungen in der sachbezogenen kommunalpolitischen Arbeit der Mandatsträger/innen als Ursachen genannt. So erscheine die Kommunalpolitik nur zu Wahlkampfzeiten als bürgernah. Die demokratischen Parteien hätten sich von den Bürger/innen entfernt oder wirkten in der Außenwahrnehmung zerstritten. Mehrfach genannt wurde die fehlende oder mangelhafte Unterstützung von Jugendlichen, etwa bei der Bereitstellung von Jugendfreizeiteinrichtungen. Beide Kölner Kommunalpolitiker/innen nennen (selbst-)kritisch die schlechte Unterbringung von Flüchtlingen in der Kommune und deren Folgen als begünstigenden Faktor für die rassistische Agitation von „Pro Köln“. Demokratische Politiker/innen seien hier gefordert, auf lokale Entwicklungen rechtzeitig zu reagieren, um den Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen keine Anlässe zur erfolgreichen Agitation zu bieten. Dass ein frühzeitiges Reagieren immer und jederzeit möglich sei, wird allerdings angezweifelt.

„Das Heim war in einem schlechten Zustand. Und ich sag immer: Wenn man die Leute schlecht unterbringt und schlecht behandelt, führen die sich auch nicht gut auf. Das finde ich, hängt eng zusammen.“²⁶

„In so einer Massenunterkunft mit ungenügenden Rahmenbedingungen ist natürlich auch der soziale Stress sehr hoch und das wirkt sich aus. Das spüren auch Nachbarn. Und dort hat ‚Pro Köln‘ [...] sehr stark auf sich aufmerksam gemacht. Und sie haben in diesem Stadtteil bei der Kommunalwahl 2004 auch ein gutes Ergebnis gehabt.“²⁷

„Ich habe einmal eine Bürgerversammlung erlebt. [...] Da ging es um die Thematik, dass ein Hotel zu einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden sollte. Und da haben innerhalb relativ kurzer Zeit Richter und seine Kumpanen wirklich sehr viel an den guten Bürgern im Viertel mobilisiert. Und die Bürgerversammlung, die da stattfand, war im Grunde völlig entgleist.“²⁸

²⁴ 10_Köln

²⁵ 03_München

²⁶ 10_Köln

²⁷ 12_Köln

Mehrere Befragte beschreiben Situationen, in denen Rechtsaußen-Parteien lokale Problemlagen in Kommunen aufgegriffen haben oder das zumindest versucht hatten. Besonders Fälle von Steuermittel-Verschwendung oder gar Korruption würden von Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen ausgenutzt, um die demokratische Kommunalpolitik zu diskreditieren.

Vereinzelt nennen die Befragten auch Versäumnisse und Fehler, die nicht in ihrem Einfluss- und Zuständigkeitsbereich lägen, sondern auf Bundesebene angegangen werden müssten oder gesamtgesellschaftliche Aufgaben seien.

„Wo der Bundesregierung bekannt ist, [...] dass die in ganze Dörfer sich eingekauft haben, dass die ganze Dörfer verwalten... Ist aber halt schwierig dagegen anzukommen. Wenn man die Chance hat, sollte man das als Regierung sofort nutzen. Aber wir, als kleine Stadtfraktion? Keine Chance, da irgendetwas zu ändern.“²⁹

Als weiteres Beispiel für politische Versäumnisse kann die Äußerung eines Befragten dienen, der auf die Tabuisierung der demographischen Entwicklung im ländlichen Raum und auf den Rückbau von Infrastruktur hinweist.

„Unsere Gesellschaft ist auf Wachstum, nur auf Wachstum ausgerichtet. [...] Und dieses Wachstum kann bei einer rückgängigen Gesellschaft nicht mehr klappen. Und das sind Dinge, die sich aber jede Partei scheut, die so zu kommunizieren.“³⁰

Da die demokratischen Parteien angesichts dieses Dilemmas unbequeme Wahrheiten nicht aussprechen würden, könnten „Bauernfänger“ bei dem Thema mit Zuspruch rechnen – so die implizite Schlussfolgerung. Das Desinteresse an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen wird von vielen Interviewten beklagt und auch immer wieder als Ursache für Erfolge der Rechtsaußen-Parteien genannt. Anstatt frühzeitig zu handeln, sei in einigen Kommunen beispielsweise zu lange auf schlechtere Wahlergebnisse der Rechtsaußen-Parteien gehofft worden. Vereinzelt seien Rechtsextreme die präsentesten Wahlkämpfer/innen in einigen Ortsteilen gewesen, ohne dass demokratische Parteien ausreichend gegengesteuert hätten.

„In den Ortsteilen, gerade vor der Wahl war es dann so, dass sie [die NPD] natürlich auch rumgereist sind. Sie leisten sich das, dahin zu fahren, während die großen etablierten Parteien das nicht tun, also sich nicht den Bürgern stellen, sag ich mal, und das hat natürlich auch zur Folge, dass in einem Dorf vor Eisenach, wo nicht so viele Einwohner sind, wenn da etwas knapp unter der Hälfte die NPD dann wählt, ist das natürlich nicht nur Protest, sondern auch-, ja, sie treten ja als die Kümmerer in Anführungsstrichen auf. Das merkt man dann schon, wenn man die einzelnen Ortsteile sich anguckt, wie gewählt worden ist, kann man schon sagen: Hmm. Und wenn man dann weiß, wo sie waren, an welchen Orten, dann gibt es dann schon mehr Auffälligkeiten, dass dann mehr Menschen das wählen.“³¹

„Also wir haben diese rechte Bevölkerungsgruppe, die immer existiert hat. Gegen die man nie konsequent vorgegangen ist und die sich dann eben über die Generationen hat retten können. Also man ist mit dem Thema, meine ich, traditionell nicht offensiv genug umgegangen.“³²

IN DER BEVÖLKERUNG VERBREITETE EINSTELLUNGEN UND HALTUNGEN

Viele Interviewpartner/innen haben die Einschätzung, dass sie einen bestimmten, zahlenmäßig eher geringen Teil der Bevölkerung, der mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Ideologien sympathisiert, nur noch schwer oder gar nicht erreichen können (vgl. Rassismus/Sozialchauvinismus, NS-Ideologeme/Stammwählerschaft). Einfluss nehmen kann die Kommunalpolitik jedoch möglicherweise auf „Protestwähler/innen“ und die sozialen Problemlagen, die als Ursachen der Erfolge von Rechtsaußen-Parteien genannt werden (Protestverhalten/„Verdrossenheit“, Perspektivlosigkeit/Strukturschwäche).

²⁸ 01_München

²⁹ 22_Cottbus

³⁰ 04_Eisenach

³¹ 06_Eisenach

³² 08_Radevormwald

In 18 von 27 Interviews führten die Befragten an, dass in der Bevölkerung verbreitete rassistische Ansichten eine Ursache für Erfolge der Rechtsaußen-Parteien seien, wobei in der Regel von „Ausländerfeindlichkeit“, „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ oder Ähnlichem gesprochen wird.

„Also diese gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, dass wir hier schon Ergebnisse haben, die mich persönlich erschrecken. Weil es eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit insbesondere gegen Muslime, Obdachlose und Langzeitarbeitslose gibt.“³³

Zum Teil werden in diesem Kontext, wie im vorangestellten Zitat, auch sozialchauvinistische Einstellungen angeführt. Einige Befragte heben für ihre Kommunen hervor, dass insbesondere die Agitation gegen Muslime auf fruchtbaren Boden falle – so zum Beispiel in Köln, München und Radevormwald. In diesen Kommunen sind rechtspopulistische Akteure aktiv, die ihren Schwerpunkt auf antimuslimischen Rassismus legen.

„Also die Ursache ist, dass die NPD propagiert: Das ist unser Land, und wir sind Deutsche. Und dann kommen wir in diese Hackermentalität rein. Auch wenn ich bei der sozialen Schicht relativ unten stehe, aber wenn ich noch jemanden habe, auf den ich hacken kann, fühle ich mich trotzdem dann höher.“³⁴

„Also ich denke, dass es schon gefährlich ist und eine Wirkung, eine langfristige erzielt. Wenn immer wieder nahe gelegt wird, wenn es die Ausländer nicht gäbe, dann hätten wir mehr Geld. Oder überhaupt dieser Gedanke: erst mal wir Deutsche, dann die anderen. Also manche denken, das teilt eh keiner. Ich denke, das hat so eine schleichende Seite. So in der Form teilen das ganz viele nicht. Aber so ein bisschen in der Haltung, ja ein bisschen etwas ist ja daran. Oder Thema straffällige Ausländer [...]. Also das hat schon Wirkung und Echo.“³⁵

In der Rubrik „NS-Ideologeme/Stammwählerschaft“ lassen sich diejenigen in der Bevölkerung vorhandenen Einstellungen eingruppiert, die unmittelbar mit dem historischen Nationalsozialismus, völkischem Denken und rechtsextremen Ansichten verknüpft sind. Ein befragter Kommunalpolitiker schildert auf die Frage nach Handlungsmöglichkeiten innerhalb von demokratischen Parteien, in denen diskriminierende Einstellungen ebenfalls eine Rolle spielen, eigene Erfahrungen.

„Ja, man muss sich mit denen auseinandersetzen, die solche Thesen vertreten, die gibt es sicherlich, das muss man sehen. Da sind auch noch alte Nazis, die sich auch wieder etabliert haben in demokratischen Parteien, aber da merkt man sofort, wenn man mit denen diskutiert: Das Dritte Reich ist noch nicht vorbei. Gut, das sind nicht mehr viele, die sind auch immer weniger geworden, aber das ist natürlich Fakt.“³⁶

Angesichts solcher Auffassungen könne der relative Erfolg rechtsextremer Parteien nicht verwundern. Die Stammwähler/innen werden von den Befragten oft als „harter Kern“³⁷ gesehen, der diesen Parteien im vollen Wissen um ihre ideologischen Positionen seine Stimmen gebe und ihnen somit bei jeder Wahl Ergebnisse im Niedrigprozent-Bereich sichere. Die Positionen, welche diese Stammwähler/innen unterstützen wollen, sind nationalsozialistisch oder zumindest rassistisch geprägt.

Im Protestwahlverhalten und in einer Demokratie-, Politik-, Parteien- oder Politiker/innenverdrossenheit sehen mit 20 von 27 sehr viele der Befragten eine Ursache für rechtsextreme und rechtspopulistische Erfolge. Als Indikatoren werden eine geringe Wahlbeteiligung oder mangelndes Interesse an demokratischen Prozessen angeführt.

„Oder manche wählen aus Protest jetzt einfach mal, um den etablierten Parteien zu zeigen: ‚So, was ihr gerade macht – ich kann eigentlich überhaupt nichts wählen, also wähle ich jetzt mal aus Protest.‘“³⁸

Das Gefühl der Perspektivlosigkeit und einer Bedrohung des sozialen Status, das viele Menschen in strukturschwachen Regionen empfinden würden, wird ebenfalls häufig als Ursache rechtsextremer und rechtspopulistischer Erfolge genannt.

³³ 03_München

³⁴ 04_Eisenach

³⁵ 27_Pirmasens

³⁶ 07_Radevormwald

³⁷ 06_Eisenach

³⁸ 24_Cottbus

„Jetzt muss man sehen, unten an der Wupper, da spielte die Musik der Stadt, waren über 3.000 Arbeitsplätze in der Textilindustrie. Die sind alle weg. Und da ist natürlich auch viel Unsicherheit. Junge Leute sehen da kaum eine Chance. Wir versuchen zwar immer wieder da neue Arbeitsplätze hinzubringen, auf dem Gelände der ehemaligen Firma Hülfing, aber das ist natürlich leichter gesagt als getan.“³⁹

AGIEREN DER RECHTSEXTREMEN / RECHTSPOPULIST/INNEN

Nach Aussage einiger Interviewpartner/innen spielen auch das Agieren der Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen selbst eine Rolle für deren Erfolge. Den Schwerpunkt ihrer Erklärungsversuche legen die Befragten jedoch eindeutig auf Versäumnisse der demokratischen Politiker/innen und der Verwaltung sowie auf das in der Bevölkerung vorhandene Wähler/innenpotenzial, das mit der Ideologie der Rechtsaußen-Parteien sympathisiert. Dazu komme, dass die rechtsextremen und rechtspopulistischen Vorgehensweisen in den kommunalen Gremien nicht von rhetorischem und strategischem Geschick, Sachkenntnis und hohem Engagement geprägt seien. Die nun folgenden Zitate beziehen sich hingegen auf als erfolgreich wahrgenommene Aktivitäten der Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen. Mehr als ein Viertel der Befragten gibt an, dass der Erfolg der Rechtsaußen-Parteien zum Teil auf ihren einfachen Parolen basiere, die – strategisch eingesetzt – gut verfangen würden. Implizit wird so ein Bildungsdefizit bei einem Teil der Bevölkerung vermutet, das für die Erfolge rechtsextremer Parteien mitverantwortlich sei. Zudem sei das Personal der Rechtsaußen-Parteien für deren Erfolge relevant.

Als weiterer entscheidender Faktor wird das Ergreifen „günstiger Gelegenheiten“ genannt.

„Es ist natürlich relativ einfach, den einfachen Parolen zu folgen. Und das, was die als Parole rausschreien, das ist ja jetzt nicht dumm. Auch wenn es falsch ist, trifft es in der Regel irgendwo den Nerv der Leute. Dass man eben keine einfachen Lösungen haben kann, in einer komplexen Welt, soweit denken dann viele eben doch nicht.“⁴⁰

„Ich glaube, der Krien hat ein gewisses Wählerpotential. Gerade aus seinem Wohnumfeld, und es gibt ja auch Bürger, die sich direkt an ihn wenden, mit ihren Problemen. Und die bearbeitet er auch sehr gründlich, und dafür wird er auch gehalten werden von der NPD, denk ich mal.“⁴¹

„Und dann ist es eben ‚Pro NRW‘ geglückt, in diese Lücke zu springen. Sie waren dann also die einzige Partei der rechten Szene, die kandidiert hat, konnten dann die Stimmen bündeln und sind mit 5,1% [...] eingezogen.“⁴²

Das erfolgreiche Andocken an eine Jugendkulturszene, eine strategische Bündelung von Ressourcen in einer bestimmten Region, eine „straffe Organisation“ im Wahlkampf und erfolgreich geführte rechtliche Auseinandersetzungen sind weitere der genannten Ursachen für Erfolge von Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen.

WEITERE BENANNTE URSACHEN

Den Aktivitäten der Rechtsaußen-Parteien bieten sich auf kommunaler Ebene auch strukturelle Gelegenheiten, die ebenfalls zu rechtsextremen oder rechtspopulistischen Erfolgen beitragen können.

„In Sachsen ist es ja immer so, dass die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen im gleichen Jahr stattfinden. Da haben sie natürlich auch viele Synergieeffekte. Also das, was die Parteien auf Landesebene machen, da können die Kommunalen dann meistens mit auf dem Trittbrett fahren.“⁴³

Zu den guten Bedingungen, die insbesondere in kleineren Kommunen eine Rolle spielten, gehöre, dass der Widerstand gegen Rechtsextreme in diesen Kommunen schwieriger sei. Für die NPD sei es demnach in kleinen Kommunen leichter, dem Nachbarn nach dem Mund zu reden. In Dörfern seien Rechtsextreme zudem oft in die Gemeinschaft eingegliedert, auch weil aufgrund des Rückzugs der großen demokratischen

³⁹ 07_Radevormwald

⁴⁰ 16_Delitzsch

⁴¹ 21_Dresden

⁴² 09_Radevormwald

⁴³ 17_Delitzsch

Parteien die politische Infrastruktur wegbreche. Die Einschätzung der strukturellen Ursachen für rechtsextreme Erfolge im ländlichen Raum werden von den Befragten jedoch nicht aufgrund eigener Erfahrungen in der Kommune formuliert, sondern eher als generelle Vermutung geäußert. Auch eine „Überalterung“ der demokratischen Parteien wird vereinzelt erwähnt. Das mangelnde Interesse, das der kommunalen Ebene generell entgegen gebracht werde, könne für Rechtsextreme und Rechtspopulist/innen jedoch auch zum Problem werden, da es ihnen kaum gelinge, Aufmerksamkeit zu erregen. Auch Finanzprobleme der Kommunen wurden in einigen Interviews als Ursache für Erfolge von Rechtsaußen-Parteien genannt, da ihnen dies die Agitation erleichtere.

Zwei der Befragten schildern Beobachtungen, dass die NPD im Zuge einer „Welle“ – d.h. eines landes- oder bundesweiten Trends – auch kommunal gut abgeschnitten habe.

„Das war ja zur letzten Landtags- bzw. Kommunalwahl so eine richtige Welle. Ich glaube, die NPD ist sogar zweistellig geworden in Sachsen. Und immer, wenn das so wellenartig ist, dann schwimmt die mit oben. Die NPD ist hier in Delitzsch nur knapp reingerutscht.“⁴⁴

Streng genommen ist das jedoch keine Erklärung für Wahlerfolge der NPD, sondern nur eine Beschreibung. Mögliche Ursachen vermuten die Interviewten wohl außerhalb der jeweiligen Kommune, ohne dass sie diese Ursachen jedoch explizit ausführen.

„Ein Ziel, was sie verfolgen, ist öffentlich wahrnehmbar zu sein.“⁴⁵

3. KOMMUNALE THEMEN, ZIELGRUPPEN UND STRATEGIEN DER RECHTSAUSSEN-PARTEIEN VOR DEM HINTERGRUND LOKALER GEGENSTRATEGIEN

Noch vor dem Beginn der Interviews wurde im Rahmen des Projektes eine Sammlung von Themen erstellt, die bundesweit in der politischen Agitation der NPD, aber auch der rechtspopulistischen Parteien eine Rolle spielen. Ursprünglich war geplant, die Interviews anhand dieser Themensammlung deduktiv auszuwerten. Schnell wurde jedoch deutlich, dass sich das so erstellte Themenspektrum in der Kommunalpolitik nicht widerspiegelt. Die befragten Personen aller Kommunen nehmen jenseits der Kernthemen nur wenige weitere Themen der NPD oder der rechtspopulistischen Parteien wahr.

An erster Stelle nennen die Interviewpartner/innen die rassistische Agitation, die zum Teil mit anderen Themen wie Sicherheit und Ordnung verschränkt werde. Daneben spiele die Ablehnung der Europäischen Union (EU) beziehungsweise des Euro eine Rolle. Sowohl in den kommunalen Gremien als auch in der Kommune insgesamt ist darüber hinaus der Bereich „Kinder und Jugend“ zentral. Deutlich wird, dass Rechtsaußen-Parteien insbesondere über emotional besetzte Themen und diffuse Ängste versuchen, Zuspruch zu erlangen. In etwa der Hälfte der befragten Kommunen hat es nach Aussage der Befragten in der Vergangenheit eine rechtsextreme Mobilisierung zum Thema sexualisierte Gewalt gegen Kinder gegeben.

Als Zielgruppe⁴⁶ spielen Jugendliche nach wie vor eine zentrale Rolle, etwa wenn sie als Erstwähler/innen gewonnen werden sollen oder wenn infrastrukturelle Mängel, z.B. fehlende Jugendfreizeiteinrichtungen, gezielt aufgegriffen werden. „Pro Köln“ hat einem Befragten zufolge längere Zeit eine als sehr professionell beschriebene Jugendzeitschrift herausgegeben. Inhaltlich seien populäre Themen aufgegriffen worden, an die „Pro Köln“ ideologisch anknüpfen konnte, wie etwa die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland.

⁴⁴ 17_Delitzsch

⁴⁵ 23_Cottbus

⁴⁶ Obwohl die Frage nach den Zielgruppen in den meisten der geführten Interviews eine Rolle spielte, werden die Ergebnisse aufgrund der Fokussierung des Forschungsinteresses auf den Um-

gang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus hier nur am Rande erwähnt. Jugendliche als Zielgruppe rechtsextremer oder rechtspopulistischer Agitation wurden in 14 Interviews angesprochen.

„Die haben peinlichst darauf wert gelegt, dass sie als solche nicht identifiziert wurden.“⁴⁷

ANONYMES AGIEREN UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Für die eben erwähnte Jugendzeitschrift seien von „Pro Köln“ auch Interviews durchgeführt worden, ohne dass der politische Hintergrund für die interviewten Personen deutlich gewesen wäre. Diese Strategie rechtsextremer und rechtspopulistischer Akteure, anonym zu agieren, um ihre gesellschaftliche Ächtung zu unterlaufen, spielt in mehreren Kommunen eine Rolle. „Pro Köln“ sei es auf diese Weise mehrfach gelungen, für Veranstaltungen attraktive Räumlichkeiten anzumieten, die sie bei Offenlegung ihrer Identität voraussichtlich nicht bekommen hätten. In Eisenach habe die NPD vor längerer Zeit eine kommunalpolitische Zeitung herausgebracht, ebenfalls ohne zunächst als Urheberin offen in Erscheinung zu treten.

„Aber offensichtlich war das so, dass die Zeitung an sich mit ihren lokalen Inhalten und der damals auch sehr gut gepflegten Kritik gegenüber der existenten Lokalpolitik – die teilweise noch nicht mal unberechtigt war, das ist ja das Schlimme, man kann sie ja nicht nur zwingen, Lügen zu erzählen – dass das wirklich so lange auf Interesse gestoßen ist, bis man dem Leser klargemacht hat, dass er einer verkappten NPD-Zeitung aufgesessen ist. Und damit sind wir wieder bei dem Thema, dass eigentlich die Themen, die die NPD besetzt, dass das Themen sind, die in der Mitte der Gesellschaft vorhanden sind, und dass offensichtlich die etablierte Politik, und da nehme ich hier unsere parteipolitische Vereinigung nicht raus, dass wir offensichtlich nicht den richtigen Draht haben, den Bürgern bei diesen Themen überhaupt das Vertrauen in die etablierte Politik zu geben.“⁴⁸

Auch in Schöneiche habe die NPD versucht, lokalpolitisch diskutierte Themen anonym aufzugreifen. Nachdem es bereits unter den demokratischen Parteien eine längere Debatte über den Neubau eines Rathauses und die Eröffnung einer weiterführenden Schule im Ort gegeben hatte, schaltete sich die NPD in den Konflikt ein und initiierte ein (weiteres) Bürgerbegehren⁴⁹ mit dem Titel „Schule statt Rathaus“, das nicht als Bürgerbegehren der NPD kenntlich gemacht war. Die Gemeindevertretung reagierte mit einem Informationsschreiben, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die Initiator/innen des Bürgerbegehrens erstens für die NPD aktiv und zweitens nicht im Ort wohnhaft seien. Den daraufhin von der NPD angestrebten Prozess gegen die Gemeinde verlor die Partei, da das Gericht der Argumentation der NPD, die Gemeinde verstoße mit dem Schreiben gegen die staatliche Neutralität und den Gleichbehandlungsgrundsatz der Parteien, nicht folgte.

„Es gab noch andere Aktionen, also die haben zum Beispiel mal versucht, ein Bürgerbegehren, was vorher andere in der Gemeinde gemacht haben, leicht abzuwandeln und dann noch mal durchzuführen, so nach dem Motto, sie entdecken ein neues Instrument, um die Leute anzusprechen und zu mobilisieren. Da standen dann nur zwei, drei Namen darunter; es war also nicht erkennbar, dass es von der NPD kam. Aber auf ihrer Homepage haben sie es entsprechend vermarktet.“⁵⁰

Neben der NPD in Schöneiche ist der Versuch, über ein Bürgerbegehren Politikfähigkeit zu erlangen und im Zuge dessen auch an Adressen für zukünftige Zuschriften zu gelangen, auch von rechtspopulistischen Akteuren von „Die Freiheit“ in München sowie von „Pro Köln“ unternommen worden. Aus Köln wird berichtet, dass „Pro Köln“ das eigene Wählerpotenzial dann auch voll ausgeschöpft habe.

„Die Stimmenanzahl, in absoluten Stimmen, von ‚Pro Köln‘, und die Unterschriften, die ‚Pro Köln‘ gegen den Bau der Moschee gesammelt hat, sind mehr oder weniger deckungsgleich; also nicht ganz, bis auf die letzte Ziffer, aber ziemlich genau bei rund 15.000. Bei der geringen Wahlbeteiligung, die es bei Kommunalwahlen nun mal hat, können Sie sagen, die haben bei der letzten Kommunalwahl ihr Potenzial ausgeschöpft; und das haben sie sozusagen begonnen zu mobilisieren mit der Unterschriftenaktion gegen den Bau der Moschee. Die wussten genau, dass ein solches Bürgerbegehren, zumindest zu dem damaligen Zeitpunkt, unzulässig ist, haben es aber gemacht, um mobilisieren zu können, und das lässt sich sozusagen anhand der Zahlen zeigen: Ihr Potenzial haben sie gut ausgeschöpft.“⁵¹

⁴⁷ 14_Schöneiche

⁴⁸ 05_Eisenach

⁴⁹ Es hatte bereits ein ähnliches Bürgerbegehren vor dem der NPD

gegeben.

⁵⁰ 13_Schöneiche

⁵¹ 12_Köln

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit spielt laut den Interviews das anonyme Agieren jedoch insgesamt gesehen eine geringere Rolle als das Internet, soziale Netzwerke, Flugblätter, lokale Zeitungsprojekte oder Medien wie die „Schulhof-CD“. „Pro Köln“ habe Flugblätter in großer Zahl an Haushalte verteilt, nicht zuletzt, um so an Kontaktdaten zu gelangen. In Eisenach gibt es mit dem Wartburgkreisboten seit vielen Jahren ein regionales Zeitungsprojekt der NPD, das mehr oder weniger regelmäßig an die Haushalte verteilt werde. In der Mehrheit der befragten Kommunen wird von Verteilungen an Haushalte zu einzelnen Themen oder von regelmäßig oder unregelmäßig erscheinenden lokalen Informationsblättern der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien berichtet. In den eher Themen-übergreifenden Flugsendungen wird auch über die kommunalpolitischen Aktivitäten der rechtspopulistischen oder rechtsextremen Mandatsträger/innen berichtet. Auf diesem Wege versuchten sich die Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen als handlungsfähige Akteure und Interessenvertretung der lokalen Bevölkerung darzustellen. Nicht selten gehe dies mit einer stereotypen Agitation einher, welche die Politik der demokratischen Parteien als korrupt und gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet darzustellen versuche.

„Und dann gab es zur Wahl einen sehr hässlichen Wahlflyer, also mit verleumderischen Geschichten, was handelnde Personen, auch handelnde Kommunalpolitiker, hier vor Ort anbelangt. Damit sind sie ja auch in den Stadtrat reingekommen, so nach dem Motto: ‚Wir treten den Gruppenpolitikern in den Arsch.‘ Alles in Anführungszeichen natürlich. Und es gab noch mal vor zwei Jahren, also ungefähr zur Hälfte der Legislaturperiode, so ein Schreiben. Wo wir uns alle gewundert haben, da er ja den Mund nicht aufkriegt, was er so alles schon geschafft und bewegt hat hier in Delitzsch. Das war alles gelogen. Also, da war überhaupt nichts wahr an dem Ding. [...] Ich vermute mal, ein ähnliches Ding wird dann auch wieder zur Wahl kommen, was er doch für ein heißer Hund im Stadtrat gewesen ist, aber ist halt gelogen.“⁵²

„Auf der anderen Seite, er verwertet natürlich alles, was er macht. Also seine Anträge, seine Reden und so was sind immer auf seiner Homepage, und der wird das mit Sicherheit auch in seinen Kreisen so breit treten wie möglich.“⁵³

„...und als das Licht wieder anging, waren zehn Neonazis im Saal und haben dann durchaus gestört.“⁵⁴

WORTERGREIFUNGSSTRATEGIEN UND LOKALE VERANKERUNG

Neben Demonstrationen, Infoständen und Übergriffen werden Rechtsextreme in den Kommunen vor allem dann wahrgenommen, wenn sie gezielt Veranstaltungen besuchen, um sie zu stören oder um zu versuchen, sie im Sinne der Strategie der „Wortergreifung“ für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Insbesondere in Schöneiche hat die NPD mehrfach Informationsveranstaltungen der Gemeinde aufgesucht, etwa wenn Fragen der weiterführenden Schulen oder der Sicherheit im Ort nach Einbruchsserien auf der Tagesordnung standen. Auch Versuche der NPD und anderer rechtsextremer Akteure, Informationsveranstaltungen zu lokalen Flüchtlingsunterkünften zu instrumentalisieren und die Bevölkerung gegen die Unterbringung von Flüchtlingen zu mobilisieren, wie sie derzeit in vielen Kommunen bundesweit zu beobachten sind, werden von Interviewpartner/innen aus Köln, München und Dresden geschildert. Dabei sei es den rassistischen Akteuren in Köln und München durchaus gelungen, die Stimmung auf der Versammlung oder im Stadtteil in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der befragte zivilgesellschaftliche Akteur aus Dresden schildert, dass die lange Zeit sehr gezielten und teilweise militanten Störversuche von Veranstaltungen durch Rechtsextreme deutlich zurückgegangen seien. Aus mehreren Kommunen wird berichtet, dass die Teilnahme von Rechtsextremen an Veranstaltungen durch im Vorfeld festgelegte rechtliche Maßnahmen verhindert werden konnte.

Auf die Frage nach einer Verankerung rechtsextremer oder rechtspopulistischer Akteure in der Kommune gaben die Befragten unterschiedliche Beobachtungen wieder. In Radevormwald, wo sich die lokale Aufmerksamkeit vor allem auf den Rechtsextremismus im Umfeld des jugendlichen „Freundeskreis Rade“ richtet, müsse die Auseinandersetzung vor allem in der Schule geführt werden. Neben Jugendlichen werden in mehreren Interviews aber auch ältere Menschen als Zielgruppe der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Akteure genannt.

⁵² 16_Delitzsch

⁵³ 01_München

⁵⁴ 09_Radevormwald

„Was mir noch etwas Sorge macht, sind doch immer wieder Berichte, dass da Schüler, angeblich früher sogar bis zum Gymnasium, keineswegs nur Hauptschule, Realschule, also alle drei waren betroffen, dass sowohl im Unterricht als auch außerhalb des Unterrichts einige merkwürdige Äußerungen gekommen sind. Wir haben das auch mal gemerkt bei einer Präsentation. Da sind wir an der Hauptschule und Realschule sehr positiv aufgenommen worden, da waren dann aber bei den Gymnasiasten einige dabei, die sich sehr kritisch über uns geäußert haben. Also wir wären sehr einseitig und später stellte sich heraus, dass die auch zu dem Spektrum gehören. Also da müssen wir aufpassen.“⁵⁵

„Ja, also es ist nicht so, dass sie nun hier ständig durch den Ort ziehen, aber man hat so den Eindruck, dass sie Jugendliche ansprechen und rekrutieren. Die sitzen da manchmal bei den Treffpunkten von Jugendlichen mit. Oder auch auf die Art und Weise, wie sie als freundliche, saubere, ordentliche Nachbarn sich um die Menschen kümmern, eben auch Ältere, die dann für ihre Argumente doch, zwar nicht in so einer krassen Form, aber doch zugänglich sind. Und dann hört man eben in der Kaufhalle, was das Volk so denkt.“⁵⁶

„Wir haben auf jeden Fall das Phänomen in Vogelsang, ein älterer Herr von ‚Pro Köln‘, der macht in Vogelsang – das ist ein Stadtteil am Rande von Ehrenfeld, wo auch viele Vertriebene wohnen, das wechselt gerade, junge Leute ziehen dazu, aber es gibt da immer noch ein Altersheim. So und da kümmert er sich um die Frauen, hilft ihnen über die Straße zu gehen und kauft auch mal für die einen oder anderen ein; also der hat da sozusagen ein gewisses Standing im Stadtbezirk, muss man einfach sagen.“⁵⁷

Aus Köln wird anhand mehrerer Beispiele berichtet, dass Funktionäre von „Pro Köln“ in lokalen Vereinen oder in ihrer Wohnumgebung Kontakte zu knüpfen versuchen. Solche Verankerungsversuche würden, so sie bekannt werden, durchaus öffentlich problematisiert und entsprechende Vereine würden aufgefordert, Stellung zu beziehen. In Delitzsch, Cottbus und Dresden wird das Sicherheitsgewerbe als weiterer Bereich genannt, in dem Rechtsextreme tätig sind. Allerdings wird von den Befragten darauf nicht weiter eingegangen. Dass von keiner Auseinandersetzung in diesem Bereich berichtet werden kann, lässt vermuten, dass es ein mangelndes Problembewusstsein vor Ort gibt oder dass das Phänomen relativ neu ist. In einem anderen Bereich habe sich nach Auskunft einiger Befragter in den vergangenen Jahren dagegen einiges getan: im Sport.

In München, Pirmasens, Eisenach, Dresden und Cottbus berichten mehrere Befragte von Versuchen rechtsextremer Akteure, in Sportvereinen bzw. Fanszenen aktiv zu werden oder Posten innerhalb des Vorstands, als Fanbeauftragte oder Übungsleiter zu besetzen. Mittlerweile sind viele der befragten Kommunen für diese Problematik sensibilisiert, auch weil von Teilen der lokalen Fanszenen diese Unterwanderungsversuche öffentlich thematisiert worden sind. In mehreren Kommunen haben die Vereine, teilweise erst nach längerem, öffentlichem Druck, Klauseln in die Satzung aufgenommen, nach denen bei rechtsextremer Agitation oder entsprechenden Äußerungen ein Ausschluss erfolgen kann. Mehrere Befragte berichten, dass die Vereine oft längere Zeit die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Mitgliedern und/oder Fanszenen gemieden hätten, bis sie dann doch aktiv geworden seien, etwa in Form von Stadionverboten oder Vereinsausschlüssen.

„Also die Unterwanderung von Bürgervereinen zum Beispiel sehe ich noch nicht. Die Unterwanderung von Sportvereinen schon eher, und da muss man halt immer genau hinsehen, aber da gibt es jetzt halt auch von der Stadt in Verbindung mit dem Stadtsportbund ein Programm, was jetzt angelaufen ist, wo es genau um die Thematik geht: ‚Wie unterlaufen Rechtsextreme Sportvereine und woran können Trainer das erkennen. Wie können sie damit umgehen.‘ Man muss also leider sagen, dass die Informationen, gerade jetzt im Kickboxsport zum Beispiel, die hätten auch schneller fließen können. Der Verfassungsschutz und die Polizei haben da ein bisschen sehr behäbig gearbeitet und dann der Verein war auch sehr behäbig [...], aber am Ende hat man es halt dann doch durchgezogen.“⁵⁸

„Und beim Fußballverein wurde halt versucht, dass man da irgendwie so niedrigere Positionen besetzt, wie zum Beispiel den Fanbeauftragten. Aber da gab es dann schon noch Gegenwehr, auch wenn das beim Fußballverein alles etwas runter gespielt wurde und halt jetzt nicht so für wichtig angesehen wurde, dass man dagegen vielleicht etwas machen sollte.“⁵⁹

⁵⁵ 09_Radevormwald

⁵⁶ 15_Schöneiche

⁵⁷ 10_Köln

⁵⁸ 23_Cottbus

⁵⁹ 26_Pirmasens

„Und wir haben dann auf Anraten des Verfassungsschutzes auch eine Änderung der Satzung vorgenommen, des Vereins, wo eben die freiheitlich demokratische Grundordnung noch mal verortet wurde, und dass auch dort, wer dagegen verstößt, vom Verein ausgeschlossen wird. Durch Vorstandsbeschluss, nicht Mitgliederversammlung, Vorstandsbeschluss. Und dass die Betroffenen auch, natürlich alle Übungsleiter, auch nach einem entsprechenden Ehrenkodex, wo es natürlich auch um Kindesmissbrauch geht, das ist ja klar, sexueller Missbrauch, also dass die das unterschrieben haben und dass wir das erst mal schriftlich fest haben. Und natürlich sagt der Verfassungsschutz auch: Gratwanderung. Also wo kann ich sie greifen und wo kann ich sie nicht greifen, das ist das große Problem. Wo sind sie dann nicht mehr auf der Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Und wo sind sie es noch. Das ist natürlich schwierig. Aber wir haben das sehr streng unter Beobachtung. Also die streiten das natürlich ab. Die sagen: ‚Das ist meine Freizeit, ich kann da machen was ich will, das ist zugelassen.‘ [...] Aber wir haben das festgelegt, wir können da also jederzeit ohne Probleme handeln. Das halte ich für wichtig, dass die Grundlagen da sind.“⁶⁰

Die Möglichkeit, den Handlungsspielraum lokaler rechtsextremer Akteure durch Satzungen, Hausordnungen oder andere formale Regelungen einzuschränken, um sie z.B. des Raumes verweisen zu können, spielt neben dem Sport auch in anderen kommunalen Bereichen eine Rolle. Dort, wo solche formalen Regelungen durchgesetzt wurden, werden sie als sehr wertvoll eingeschätzt, da sie Handlungssicherheit böten. Allerdings gibt es Uneinigkeit darüber, inwiefern diese Ausschlüsse legitim sind oder ob sie nicht vielmehr als eine allgemeine Beschneidung der Meinungsfreiheit gesehen werden müssten.

„Und die Bürgerversammlung, die da stattfand, war im Grunde völlig entgleist. Also da wurde dann ernsthaft ein Antrag behandelt mit dem Inhalt ‚Keine Ausländer mehr!‘. Zum Beispiel. Oder es wurde dann von einer Rednerin gesagt, also das seien ja alles Drogenhändler und sowas, die sie nicht im Viertel haben wolle. Und es gab kein Eingreifen seitens der Versammlungsleitung. Und es gab, das ist das gravierendere Problem, einfach keine Grundlage in der Satzung für ein solches Eingreifen. Und das war wirklich, wirklich übel und an der Situation hat sich nichts geändert.“⁶¹

„Also ich weiß, dass es in diesem Jugendclub ‚YOZ‘, Youth Only Zone‘ den Grundsatz gibt, dass Politik rauszuhalten ist. Das heißt, die Philosophie des Trägervereins, das ist ja das Deutsche Rote Kreuz, ist, dass man jetzt nicht sagt, ‚wir machen linke Kultur‘, oder die sagen dann, ‚wir sind kein Szeneclub für nur eine Richtung von Jugendlichen, sondern wir wollen allen offen stehen.‘ Weil aus der Erfahrung heraus geboren: Grenzen sie welche aus, suchen die sich andere Möglichkeiten. Dieser Club soll sozusagen allen offen stehen, soll auch Toleranz nach außen ausstrahlen. Jetzt war es so, dass einer von der linken Szene, sage ich jetzt mal, oder von den Autonomen, diesen Club angemietet hatte und dann aber in der Werbung sozusagen deutlich gemacht hat, dass dieses Konzert nur für eine gewisse Gruppe ist und einige andere unerwünscht sind. Das kann man jetzt als legitim bezeichnen; normalerweise ist das legitim, aber ich glaube in dem Fall war es so, dass das, das hört sich jetzt ein bisschen bürokratisch an, aber den Mietbedingungen widersprach. Und das war der Punkt, wo der Oberbürgermeister dann mit dem DRK-Chef angesetzt hatte [...]. Das war der Punkt, wo dann gesagt wurde: ‚Na ja, dann könnt ihr aber auch nicht von Anfang an sagen, das ist nur für einen gewissen Kreis; andere müssen da außen vor bleiben‘, oder so etwas. Das war der Ansatzpunkt.“⁶²

Auf kommunalpolitischer Ebene gestalten sich diese formal-rechtlichen Spielräume aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes der Parteien schwieriger. Hier liege es vielerorts an der Verwaltung, einen Kompromiss zu finden, der zum einen juristisch nicht beanstandet werden könne, zum anderen aber auch die Ablehnung rechtsextremer und rechtspopulistischer Bestrebungen zum Ausdruck bringe. In mehreren Kommunen versuche die Verwaltung, bei der Vergabe kommunaler Räumlichkeiten oder der Genehmigung von Demonstrationsrouten und Informationsständen die Bedingungen für Akteure von Rechtsaußen so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Dies wird von den Befragten parteienübergreifend als positiv gewertet oder zumindest nicht als problematisch angesprochen.

⁶⁰ 04_Eisenach

⁶¹ 01_München

⁶² 17_Delitzsch

„Das war glaub ich der Erfolg überhaupt, der dahinter steckte, also von Antifa bis zu einem Oberbürgermeister, (...) der sich ganz klar positioniert hat.“⁶³

PARTEIENÜBERGREIFENDE KOOPERATIONEN UND BÜNDNISSE MIT DER ZIVILGESELLSCHAFT

Ein wesentlicher Teil der Aussagen über die außerparlamentarische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus betrifft die Organisation von Protesten gegen rechtsextreme Aufmärsche. In einer Mehrzahl der befragten Kommunen ist in der Vergangenheit die Frage diskutiert worden, welche Protestformen als legitim anzusehen sind. In München nannten die Befragten vor allem die regelmäßigen Infostände der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ und ihres lokalen Protagonisten Michael Stürzenberger als Herausforderung. Alle Interviewpartner/innen aus München äußerten sich zufrieden über die inzwischen sehr breite Zusammenarbeit in den Bündnissen, in denen Parteienvertreter/innen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und weitere Akteure und Institutionen aktiv seien. Dadurch habe sich auch das Klima in der Stadt insgesamt gewandelt, etwa was die Akzeptanz von Blockaden bei rechtsextremen Aufmärschen oder von Vertreter/innen antifaschistischer Initiativen in Bündnissen angehe. Mittlerweile würden die Infostände der „Freiheit“ regelmäßig von Protesten begleitet und es werde versucht, auf das aggressive Auftreten Stürzenbergers gegenüber Passant/innen und Gegendemonstrant/innen deeskalierend einzuwirken.

„Also, wir sehen ganz konkret Erfolge durch unsere sehr starke Präsenz bei diesen Infoständen. Es gibt mittlerweile keinen Infostand mehr, den die Partei ‚Die Freiheit‘ oder die BIA machen kann, ohne dass wirklich Gegenpräsenz da ist. Und dass wir das auch sehr gut koordiniert haben, das ist einer der Erfolge. Dass er [Stürzenberger] auch reagiert im Sinne von, dass er sozusagen Verwaltungsrecht auslegt, dass er vorwiegend nur noch Kundgebungen macht, weil die es ihm ermöglichen, mit Megaphon und Ähnlichem zu arbeiten. Also er muss sehr stark reagieren, auf die durch unsere Präsenz ihm gegebenen Einschränkungen, sagen wir mal so.“⁶⁴

Auch die befragten Personen aus Schöneiche schildern übereinstimmend ein breites bürgerschaftliches Engagement gegen rechtsextreme Aktivitäten im Ort. Momentan sei die NPD nicht mehr so stark bemerkbar wie noch vor wenigen Jahren. Damals hätten sich anlässlich einer im Vorfeld bekannt gewordenen Neugründung einer NPD-Ortsgruppe ausreichend Bürger/innen zu spontanen abendlichen Gaststättenbesuchen mobilisieren lassen. Dadurch seien sämtliche Lokalitäten „besetzt“ worden, so dass die Ortsgruppengründung außerhalb von Schöneiche stattfinden müssen. Über das lokale „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ und eine breite bürgerschaftliche Vernetzung konnte nach Aussage der Interviewpartner/innen mehrfach erfolgreich mobilisiert werden, wenn die NPD ihr Kommen angekündigt hatte. Diese wiederholte demokratische Raumbesetzung wird auch als einer der Gründe genannt, warum der NPD bisher keine lokale Verankerung gelungen sei. Zudem würde ein Großteil der NPD-Aktivist/innen nicht im Ort wohnen.

„Das war dann eigentlich so eine Art Freiluft-Happening, ein bisschen kalt, aber trotzdem schön, mit so einer Weihnachtsmusik, live gespielt. Ich schätze mal 50 bis 100 Bürger waren bestimmt da, und von der NPD erschienen dann eben so drei, vier Leute, ich glaube auch die Kollegen aus dem Kreistag im Wesentlichen und Herr Stein oder so und haben sich dann relativ schnell verdrückt, weil sie gesehen haben, da können sie gar nichts machen, und das ist so öfter damals gelaufen. Und das könnte auch ein Grund dafür sein, dass sie gesehen haben: In Schöneiche ist der Gegenwind so groß, da können wir keine Liste aufstellen. Oder diejenigen, die das machen würden, trauen sich nicht öffentlich zu machen, dass sie in der NPD sind.“⁶⁵

Die Einschätzung, dass sich die kommunalen Kooperationen und Bündnisse in den vergangenen Jahren verbessert haben, ist in einer Mehrzahl der Interviews zu finden. Nicht nur in München und Schöneiche, sondern auch in Köln, Eisenach, Cottbus und Dresden äußern sich die Befragten grundsätzlich sehr positiv über die aktuellen Entwicklungen und die breiten zivilgesellschaftlichen Kooperationen im Umgang mit dem Rechtsextremismus vor Ort.

⁶³ 11_Köln

⁶⁴ 03_München

⁶⁵ 13_Schöneiche

„Die, die Verantwortung tragen an oberster Stelle, denen war daran gelegen, da so wenig wie möglich Staub aufzuwirbeln.“⁶⁶

VERMEIDUNG UND DESINTERESSE

In Pirmasens äußern sich nur zwei der drei Interviewpartner/innen zum zivilgesellschaftlichen Engagement. Obwohl bei Protestveranstaltungen eine gute Kooperation mit der Verwaltung und Teilen der Parteienlandschaft existiere, sehen beide Befragten in der Kommune noch keine Einigkeit bei der grundlegenden Frage, ob Proteste gegen Rechtsextreme diese aufwerten würden oder nicht.

„Es gibt immer wieder die Diskussion, ob man die NPD aufwertet, wenn man Gegenaktionen macht. Wir vom Arbeitskreis, und meine Meinung ist das auch, haben das die ganzen Jahre so gehandhabt, dass wir nicht auf jede Aktion der NPD reagiert haben oder aufgerufen oder irgendwas gemacht haben. Aber bei den größer angelegten Sachen haben wir eben wirklich auch darum gerungen, dass es Gegenaktivitäten gibt. Dass wir also zum 1. Mai durch die Stadt gezogen sind, und da hat es schon auch heftige Diskussionen vorher gegeben. Auch mit den Parteien aus dem Stadtrat, ob man etwas macht oder nicht. Lässt man sie einfach laufen oder nicht. Und da haben wir Gott sei Dank durchsetzen können, dass es eine Gegenaktion gab.“⁶⁷

„Was auch der O-Ton bei der CDU ist und auch bei der SPD, dass man halt den Leuten keine Plattform bieten soll und dass man das ins Leere laufen lässt. Auf der einen Seite kann man das vielleicht so vertreten. Auf der anderen Seite freuen die sich dann halt irgendwie, wenn sie da durch die Stadt marschieren, wo sie schon irgendwie relativ stark vertreten sind und halt ihnen ja irgendwie die Stadt überlassen wird.“⁶⁸

In Radevormwald werden die Kooperationsbeziehungen unter den demokratischen Kräften von den Befragten als durchaus wechselhaft und ambivalent beschrieben. Während alle drei Interviewpartner zunächst eine deutliche Verbesserung der Situation konstatieren, variiert die Zufriedenheit mit der aktuellen Entwicklung. Als die Aktivitäten des rechtsextremen „Freundeskreis Rade“ deutlich wurden, so die Schilderung, habe die Polizei zunächst sehr zurückhaltend und entpolitisierend reagiert. Erst seit dem Angriff auf einen Polizisten sei die Polizei tatsächlich aktiv geworden. Inzwischen habe sich, maßgeblich auch durch polizeiliche Maßnahmen und beginnende Strafprozesse, die Situation im Ort etwas beruhigt.

„Es gab bis in die Rader Presse hinein eine Strömung, die uns nachher sogar vorgeworfen hat, wir wären Schuld gewesen, dass ‚Pro NRW‘ in den Stadtrat eingezogen wäre [...] Wir müssten also lieber weg schauen und nicht darüber reden. Und dieser Vorwurf trifft uns gelegentlich sogar noch heute.“⁶⁹

Ein Befragter aus Radevormwald kritisiert, dass die Fraktion von „Pro NRW“ im Rat auf zwischenmenschlicher Ebene zunehmend akzeptiert werde, seit ein Generationswechsel stattgefunden habe und die zunächst sehr junge Fraktion durch ältere Vertreter von „Pro NRW“ ersetzt worden sei. An einer politischen Auseinandersetzung fehle es hingegen. Dem Befragten zufolge gebe es wegen Vorbehalten gegenüber einzelnen zivilgesellschaftlichen Akteuren und unterschiedlichen strategischen Vorstellungen momentan kein gemeinsames außerparlamentarisches Vorgehen der Demokrat/innen gegen „Pro NRW“.

Ähnlich wird die Situation in Delitzsch geschildert, wo es kaum gemeinsame Aktivitäten der Demokrat/innen gegen den Rechtsextremismus vor Ort gebe. Eine Ursache dessen ist anscheinend bereits die unterschiedliche Problemwahrnehmung. Während der Vertreter der Zivilgesellschaft die rechtsextreme Präsenz in lokalen Jugendkulturen und im öffentlichen Raum problematisiert, berichten die beiden befragten Kommunalpolitiker, dass ihnen ihre Region zwar als Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten bekannt sei, ihnen selbst jedoch kaum rechtsextreme Aktivitäten vor Ort auffallen würden. Auch wenn es nach einem schweren Übergriff auf eine Gruppe von Besucher/innen eines antifaschistischen Konzertes eine Demonstration und von einzelnen Akteuren organisierte Konzerte gegen Rechtsextremismus gegeben hat, konnte sich kein breites Bündnis etablieren. Übereinstimmend berichten die Befragten, dass die zivilgesellschaftlichen Initiativen vor allem von lokalen Jugendlichen ausgegangen seien. Die Gründe für die fehlende Gemeinsamkeit der Demokrat/innen werden von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt.

⁶⁶ 17_Delitzsch

⁶⁷ 27_Pirmasens

⁶⁸ 26_Pirmasens

⁶⁹ 09_Radevormwald

„Nach dem Ska-Konzert und der Schlägerei hatte sich sozusagen dieser – präventive Rat nennt der sich, glaube ich – in Delitzsch hier getroffen. Da sitzen Sozialarbeiter drin, Netzwerker aus Leipzig, die sich mit der rechten Szene beschäftigen, Polizei und die Fraktionsvorsitzenden, Kirche et cetera. Also, so ein Gremium gibt es, was sich mit solchen Ereignissen befasst. Und da haben Sie natürlich dann schon gesehen, dass da unterschiedliche Sichtweisen waren, also wie das halt so üblich ist in der Politik: Die, die Verantwortung tragen an oberster Stelle, denen war daran gelegen, da so wenig wie möglich Staub aufzuwirbeln, während die Vertreter, die aus Leipzig von Vereinen oder so kamen, dann schon mal darauf hingewiesen haben, wie aktiv die [Rechtsextremen] hier sind.“⁷⁰

„Im Nachhinein [nach dem Konzert und dem Übergriff] wurde ich geladen von der Stadt. Da war der Bürgermeister, zweiter Bürgermeister, DRK-Chef, Jugendhausleiter, zwei Polizisten, Ordnungsamt-Chef, eine Verantwortliche für die Jugend und ich. Und dann sollte ich mich äußern zu dem Vorfall. Es kam nicht mal ein Bedauern oder irgendwas, sondern es kam erst mal: Wie kann ich auf den Flyer was drauf schreiben, was andere Jugendliche oder Jugendliche von anderer Gesinnung abhält, dorthin zu kommen? Da hab ich gesagt: ‚Hab ich mich verhört?‘ Und die: ‚Na ja, wenn ich das so drauf schreibe, muss ich doch damit rechnen, dass da Leute kommen.‘ Ich sage: ‚Na, kommt ihr jetzt noch ganz klar?!‘, also mal ganz ehrlich, ‚No Skanking with Nazis. Nazis raus!‘ oder irgendwie, das spielt doch keine Rolle. Die möchte ich auf keiner Veranstaltung haben. Ich glaube nicht, dass die CDU oder die SPD oder sonstwer das will. Daraufhin haben sie gesagt: ‚Na ja, aber ich muss doch damit rechnen.‘ Und der Polizist hat zu mir gesagt, dass beim ‚With Full Force‘ [einem jährlich nahe Delitzsch stattfindenden Musik-Festival] doch auch die ganzen Nazis hinrennen, und dass das dort nicht so publik ist.“⁷¹

„Also es gibt nicht wirklich jemanden, der sich damit beschäftigt. Es gibt zwar ein paar Leute, die glauben, sich damit zu beschäftigen, die aber nicht wirklich organisiert sind. Die stellen auch dieses Jahr dann wieder dieses Konzert auf die Beine unter dem Motto: ‚No Dancing with Nazis!‘ Genau! Und die haben versucht, die Leute an einen Tisch zu kriegen: Verwaltung, Parteien, SPD, LINKE, sich selber, im Club, weiß nicht, wer da noch dabei war. Das ist aber gescheitert. Aus meiner Sicht an Unprofessionalität. Also man hat sich da sehr schnell von den LINKEN als Partei entern lassen und klar, also wenn die dabei sind und da auch dann irgendwo versuchen, die Linie vorzugeben – muss man sich nicht wundern, wenn es dann kein Miteinander mit anderen gibt. (...) Wir unterstützen das nach wie vor, aber wir engagieren uns halt nicht mehr, so dass wir jetzt da jedes Mal hinlaufen und sagen: ‚Okay, so ein...‘ Nee! Wir unterstützen es, aber wir machen nicht mehr aktiv mit, weil ich glaube, am Ende, es kommt nichts raus bei.“⁷²

Bei allen Befragten wird auf die eine oder andere Weise deutlich, dass es in Delitzsch noch keinen gemeinsamen Konsens auf kommunalpolitischer Ebene gibt, sich aktiv und parteienübergreifend gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Insbesondere der Interviewpartner aus der Zivilgesellschaft schildert eine Vermeidungsstrategie von Teilen der Verwaltung und der Politik sowie fehlende öffentliche Stellungnahmen gegen den Rechtsextremismus seitens zentraler kommunaler Akteure wie dem Oberbürgermeister. Das örtliche Klima führe dazu, dass Betroffene rechtsextremer Gewalt sich teilweise gegen eine Anzeige bei der Polizei entscheiden würden. Potenziell solidarische Menschen würden zudem aus Angst das öffentliche Eintreten gegen Rechtsextremismus vermeiden. Außer dem zivilgesellschaftlichen Akteur äußert auch einer der befragten Kommunalpolitiker deutlichen Missmut über die aktuelle Situation.

„Also es fehlt ein Gremium, was sich damit beschäftigt. So! Und jetzt muss man sich die unterschiedlichen Interessenlagen anschauen. Die Verwaltung hat kein Interesse darüber zu sprechen, weil es ja alles noch ruhig ist. Die LINKEN haben offenbar kein Interesse darüber zu sprechen, weil es denen offenbar reicht, die Demo und das Konzert zu organisieren. Das Aktionsbündnis wohl ebenfalls. Wenn wir einen Vorschlag bringen im Stadtrat, alles was von uns kommt, wird erst mal niedergemacht. Man ist ja der politische Gegner. Andere Parteien sehen die Notwendigkeit nicht. Da stehen wir allein.“⁷³

⁷⁰ 17_Delitzsch

⁷¹ 18_Delitzsch

⁷² 16_Delitzsch

⁷³ 16_Delitzsch

„Wenn du die Bürgermeister nicht ins Boot holst, hast du wenig Chancen, da wirklich was auszurichten.“⁷⁴

KONSENSFINDUNG UND GELINGENSBEDINGUNGEN FÜR EINE ALS ERFOLGREICH EMPFUNDENE AUSEINANDERSETZUNG

Die aus Delitzsch, Pirmasens und Radevormwald berichteten Vermeidungsstrategien finden sich auch in Interviews mit Vertretern aus anderen Kommunen, insbesondere wenn die Situation in der Vergangenheit beschrieben wird. So sei in Dresden durch jahrelangen zivilgesellschaftlichen Druck durchgesetzt worden, dass der Neonaziaufmarsch, der zum Jahrestag des Bombardements durch die Alliierten jährlich um den 13. Februar herum stattfindet, von vielfältigen Protesten begleitet wird. Während die Stadtverwaltung früher die Position vertreten habe, dass ein klares Eintreten gegen Rechtsextremismus gegen das Neutralitätsgebot des Staates verstoße und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der Polizei und dem Verfassungsschutz vorbehalten sei, habe sich im Verlauf zahlreicher Kontroversen unter den demokratischen Akteuren die Erkenntnis herausgebildet, dass es einer gemeinsamen politischen Grundlage bedürfe. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe hätten sich die Beteiligten schließlich einander angenähert. Den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch, die zunächst als Gegensatz zum „Stillen Gedenken“ gesehen und kriminalisiert worden seien, werde inzwischen mehr Verständnis entgegengebracht. Das Nebeneinander verschiedener Protestformen würde nun nahezu allseitig akzeptiert. Im Ergebnis sei es gelungen, offen rechtsextreme Aktivitäten aus dem Innenstadtbereich weitgehend zu verbannen.

„Aber ansonsten ist es immer besser geworden. Also da ist ein Wandel zu beobachten. Auch wenn es immer Rückfälle gibt und Schwierigkeiten. Man kann ja am 13. Februar zum Beispiel sehen, dass sich jetzt eben auch durch ökonomische und keine Ahnung was für Argumente in der Bevölkerung ein Wandel ergeben hat [...]. Dass die jüngeren Leute eher nicht für das Stille Gedenken waren, sondern eher eben für Gegenwehr, aktive Gegenwehr gegen Nazis. [...] Und daneben gibt es jetzt zum Beispiel die Menschenkette, die zwar von manchen auch abgelehnt wird, aber insgesamt natürlich schon ein sehr aktives Zeichen von fast über 10.000 Dresdnern immer jedes Jahr ist. Und wo dann später auch Teile davon wenigstens zur Blockade gehen und auch das wird ja jetzt durch die Stadtspitze und Verwaltung mitorganisiert und so weiter. Also das ist schon auch eine Sache, wo man sagen kann, da hat sich einiges bewegt und wird auch was gemacht.“⁷⁵

Auch wenn sich alle in Dresden befragten Personen über den positiven Wandel insbesondere im Umgang mit dem Aufmarsch um den 13. Februar herum grundsätzlich einig sind, äußern die Interviewpartner/innen auch Unzufriedenheit über die Zähigkeit der Auseinandersetzung. So würden etwa bestimmte Maßnahmen eines lange ausgearbeiteten und beschlossenen lokalen Handlungsplanes für Demokratie aufseiten der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung nicht umgesetzt.

Nicht nur in Dresden und Delitzsch, auch in anderen untersuchten Kommunen wird deutlich, dass das Handeln und das Interesse des Oberbürgermeisters oder der Oberbürgermeisterin entscheidenden Einfluss darauf haben, ob die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus als gelungen empfunden wird. Gerade die Oberbürgermeister/innen und deren Mitarbeiter/innen und Berater/innen setzen Signale in der Kommune, die kaum überbewertet werden können. In fast allen Interviews wird dem Agieren der Oberbürgermeister/innen eine besondere Bedeutung zugemessen – ohne dass explizit danach gefragt worden wäre.

„Und heute ist es sogar umgekehrt: [...] letztens – das ist ein paar Monate her, als ‚Pro Köln‘ wieder so eine Anti-Sinti-Geschichte fahren wollte – hat der Bürgermeister von Poll, der vor Jahren wirklich sehr heftig gegen dieses alte Flüchtlingsheim protestiert hat, zu einem Frühstück auf dem Gelände des neuen Flüchtlingsheims eingeladen und die Anwohner dazu gebeten. Also das war eine perfekte Aktion, die auch ein klares Zeichen gesetzt hat.“⁷⁶

Über einen ähnlichen Prozess, wie er in Dresden im Zusammenhang mit dem 13. Februar stattgefunden hat und noch stattfindet, wird auch aus Cottbus berichtet, wo mittlerweile mehrere Bündnisse existieren, die unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. In gemeinsamen Runden, an denen die Verwaltung, verschiede-

⁷⁴ 20_Dresden

⁷⁵ 20_Dresden

⁷⁶ 12_Köln

ne Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, antifaschistische Gruppen und auch Polizeivertreter/innen teilgenommen haben, habe sich ein gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Positionen und Protestformen entwickelt. Nicht zuletzt sei die Konsensfindung auf politischer Ebene durch die Beteiligung eines Mitarbeiters des Oberbürgermeisters erleichtert worden – eine im Vorfeld abgestimmte Erklärung habe dadurch schnell breite Zustimmung erhalten.

„Durch solche Geschichten konnten wir da auch einigermaßen Zusammenarbeit erreichen. Das musste ein paar Jahre wachsen. Auch die beiden Bündnisse, ‚Cottbuser Aufbruch‘ und ‚Cottbus Nazifrei‘, weil die einen blockieren, die anderen nicht: Wie geht man da insgesamt mit um? Und wir haben dann letztlich einen Kompromisstext, mehr oder weniger auch beschlossen, der sagt, wir akzeptieren im Grunde jede Aktion, die gegen diese Nazis ist, solange sie rechts ist und friedlich. Und diesen Text haben wir auch in die Stadtverordnetenversammlung reingebracht und der wurde einstimmig – natürlich außer von den beiden Nazis – einstimmig da beschlossen und ist damit für uns auch eine praktische Handlungsgrundlage, womit wir hier in der Stadt agieren können, weil klar ist, wir haben da auch ganz breite Bevölkerungsschichten hinter uns.“⁷⁷

Die Interviewpartner/innen machen eine erfolgreiche Auseinandersetzung jedoch nicht nur am Agieren der lokalen Verantwortungsträger/innen fest, sondern auch am Engagement einzelner Menschen vor Ort. Eine Schwierigkeit liegt vielerorts darin, dass die kontinuierlichen Aktivitäten der Bündnisse, Initiativen oder Vereine gegen Rechtsextremismus von einem eher überschaubaren Personenkreis getragen werden, auch wenn die Beteiligung bei größeren Veranstaltungen und Protesten ebenfalls größer ausfällt. Auch die Beteiligung der Parteien fällt unterschiedlich aus – vielerorts werden die Bündnisse vor allem von Vertreter/innen der Sozialdemokratie, der Grünen und der LINKEN mit Leben gefüllt. Fallen diese Schlüsselpersonen weg, entstehen Lücken. Gerade in festgefahrenen Situationen wurden Verbesserungen oftmals durch einzelne Akteure bewirkt.

„Aber wir haben drum herum sehr viele Aktive, die das machen, auch ältere Leute, das ist so das Thema, wo sich das bürgerschaftliche Engagement in Eisenach doch zeigt. Nun haben wir es im Prinzip so: Die SPD schickt immer ihren Ältesten. Die CDU kommt meistens immer dann, wenn kurz vor einer Veranstaltung klar ist, dass sie auf dem Foto mit drauf sind. Und bei der FDP ist es genauso. Also, deswegen habe ich gesagt, auf dem Papier sind alle mit dabei. Wir haben auch schon, als wir mal so ein wirklich großes Fest auf dem Marktplatz gemacht haben, hatten wir mit der FDP auch einen sehr guten Partner. Das ist aber auch schon ein paar Jahre her. Also, es ist auch nichts Stetiges. Und ich bemerke halt, der Kern kreist dann doch um sich selbst.“⁷⁸

„Also bei den Grünen, da hat sich personell etwas verändert. Die hatten eine Person, die diesen ganzen Bereich, also insbesondere den Bereich Antifa immer getragen hat. Der ist jetzt mittlerweile abgewandert (...) und das Thema ist verwaist bei den Grünen. Da gibt es keine Person, die tatsächlich sich berufen fühlt. Und der hat, das muss man auch sagen, der war für über 20 Jahre die Person, die fast jede Demo angemeldet hat. Und immer die Verhandlungen geführt hat, wenn was kritisch war, mit der Polizei und so. Das ist eine ganz gravierende Veränderung, also wenn jemand auf einmal nicht mehr im Spiel ist und dann keiner an die Stelle tritt.“⁷⁹

„Ich würde sagen, es war direkt auch an die Person Frau Christa Müller gebunden, die für die CDU-Fraktion in dieser AG 13. Februar saß. Die da sich soweit bewegt hat, dass sie gesagt hat: ‚Protest in Hör- und Sichtweite ist in Ordnung.‘ Bis zu direkter Raumbesetzung konnte sie sich nicht entschließen, (...) aber überhaupt, dass eine CDU, damals war sie ja glaube ich sogar noch Fraktionsvorsitzende, sagt: ‚Protest in Hör- und Sichtweite geht für uns in Ordnung‘, das war ein Meilenstein!“⁸⁰

In einigen Interviews wurden Grenzen der Gemeinsamkeit unter den Demokrat/innen angesprochen. Unzufriedenheit gab es darüber, dass die Analyse der Ursachen des Rechtsextremismus mangelhaft bleibt. Während in der Ablehnung rechtsextremen Verhaltens (Demonstrationen, Veranstaltungen etc.) inzwischen vielerorts ein breiter politischer Konsens besteht, der auch öffentlich vertreten wird, gibt es bei Fragen rechtsextremer Einstellungen immer wieder Konflikte. Insbesondere diejenigen Befragten, die struktu-

⁷⁷ 24_Cottbus
⁷⁸ 05_Eisenach

⁷⁹ 01_München
⁸⁰ 21_Dresden

relle und gesellschaftliche Bedingungen und Voraussetzungen von Rechtsextremismus und Rassismus zur Sprache bringen, fordern eine tiefer gehende politische Auseinandersetzung ein, die über symbolische Bekenntnisse hinausreicht. Vereinzelt wurde auch die Befürchtung formuliert, dass Teile der demokratischen Kommunalpolitiker/innen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an eine gut vernetzte und funktionierende Zivilgesellschaft delegieren könnten, um sich dann aus der Verantwortung zu nehmen. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die fehlende Kontinuität und Institutionalisierung und die damit einhergehende fehlende Absicherung von Prozessen insbesondere im Bereich der Bildungs- und Präventionsarbeit.

„Also wirklich eine ganze Stadt hatte sich dann dagegen positioniert. Aber – wo wurden Fehler gemacht im Umgang mit ‚Pro Köln‘?! [...] Das war gut, dass sich alle gegen ‚Pro Köln‘ ganz klar positioniert haben. Aber: Das wurde dann nicht durchgehalten. Das wurde nicht konsequent verfolgt. Das ist zwar nett, wenn so ein Arbeitgeberverband xy sich dagegen positioniert, aber was macht er denn dann, wenn der Protest vorbei ist? Weil ich mein, Rassismus hört ja dann nicht auf.“⁸¹

„Also ich finde es heikel, wenn sich das jetzt sozusagen auf dieser Ebene verfestigt. Das heißt, man hat so seinen Modus, wie man im Rat mit denen umgeht. Und man weiß, dass keiner das gut findet. Zivilgesellschaftlich läuft nicht mehr viel, aber klar, alle sind gegen rechts.“⁸²

„Das Vorgehen gegen die, nennen wir es mal, die offiziellen Nazis, also Wiese [ein führender Münchner Rechtsextremer] und Co., ist möglich, ohne diesen ganzen Komplex Rassismus anzutasten, wenn da irgendwelche Demonstrationen sind. Das ist weder beim Stürzenberger so noch beim Umgang mit dem Richter im Rathaus. Und deswegen ist das alles viel komplizierter.“⁸³

Kompliziert gestaltet sich die Konsensfindung vor allem dann, wenn es um die Auseinandersetzung mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Ideologemen geht, die in der Regel nicht als neonazistisch klassifiziert oder die von als nicht rechtsextrem wahrgenommenen Personen geäußert werden. Aus Dresden wird berichtet, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure ihre Aktivitäten und Themenschwerpunkte ob der gesamtgesellschaftlichen Ächtung der NPD und der damit einhergehenden geringen Wirkmächtigkeit der Partei verlagert haben.

„Da hat sich auch viel geändert, auch durch die Debatten, die in den letzten Jahren geführt wurden in Dresden, wo eben jetzt schon klar ist, wer ist der Böse und mit wem spricht man nicht – das war ja vor zehn Jahren auch noch nicht so klar. Das hat sich schon geändert. Ansonsten, was man mitbekommt, wie gesagt dadurch, dass die keine Rolle spielen. [...] Es ist uns eigentlich wurscht, was die machen, sag ich mal. Das ist nicht so zentral für uns, was die machen. Wir haben uns jetzt alle eher dem Thema Alltagsrassismus und so weiter gewidmet und quasi gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, weil die NPD in Dresden jetzt selber so die Riesen-Rolle gar nicht mehr spielt. Deswegen haben wir uns eher solchen Themen zugewiesen.“⁸⁴

In einigen der Kommunen, die von einem breiten Engagement gegen Rechtsextremismus berichten, äußern sich die Befragten eher zurückhaltend über die Rolle der Landesebene. Auf die – allerdings nicht in allen Interviews gestellte – Frage, ob das Engagement vor Ort Unterstützung von der Landesebene erfahre, schildern die Befragten zwar punktuelle Kooperationen mit einzelnen zum Thema arbeitenden Personen oder mit vom Land finanzierten Initiativen und Stellen. Darüber hinaus wird eine Unterstützung seitens des Landes jedoch kaum wahrgenommen. Eine Person aus Pirmasens schilderte Einmischungs- und Einschränkungsversuche durch Landesbehörden. In Köln äußerte eine befragte Person, dass es insbesondere bei infrastrukturellen Herausforderungen wie der Unterbringung von Flüchtlingen Unterstützung seitens der Landesebene brauche, da die Kommunen finanziell überfordert seien.

⁸¹ 11_Köln

⁸² 27_Pirmasens

⁸³ 01_München

⁸⁴ 20_Dresden

„Also es ist ganz klar, dass die Zeitungen in keinster Weise einer rechten Position Vorschub leisten wollen, aber die Frage, wie man das am besten macht, halte ich noch nicht für endgültig geklärt.“⁸⁵

DIE ROLLE DER LOKALEN MEDIEN

Viele Befragte weisen den lokalen Medien eine sowohl im positiven als auch im negativen Sinne nicht zu unterschätzende Bedeutung in der Auseinandersetzung mit Rechtsaußen-Parteien zu. Über die kommunalen Gremien und damit auch über den Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen wird insgesamt nur selten berichtet. Nach den Aussagen der Interviewpartner/innen hänge viel von der Kooperation und dem Interesse einzelner Journalist/innen ab. In Köln habe die Presse vor vielen Jahren noch nicht über die Aktivitäten der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und später von „Pro Köln“ berichtet, dann aber die Strategie gewechselt und sehr kritische Artikel verfasst. Dennoch konnte „Pro Köln“ bei den darauf folgenden Wahlen Stimmen hinzugewinnen. Ein ähnlicher Effekt war in Radevormwald zu verzeichnen, wo trotz der Berichterstattung über die personellen Überschneidungen von „Pro NRW“ mit der militanten Neonaziszene bei der Landtagswahl 2012 immer noch eine beachtliche Anzahl von Personen ihr Kreuz bei „Pro NRW“ machte, auch wenn deren Stimmenergebnis insgesamt zurückgegangen ist. Eine Person aus Dresden beschrieb die lokale Medienberichterstattung als sehr unkritisch gegenüber Versäumnissen von Stadtoberen und Verwaltung. In Cottbus habe die „Lausitzer Rundschau“ hingegen sehr dabei geholfen, Handlungsdruck gegenüber Sportvereinen aufzubauen, in denen Rechtsextreme aktiv gewesen sind. In Cottbus, München, Radevormwald und Dresden berichteten einzelne Befragte, dass sich mit der politischen Debatte in der Kommune auch die lokale Berichterstattung tendenziell zum Positiven entwickelt habe. Für alle Kommunen gilt, dass sich die lokalen Medien in erster Linie auf größere Veranstaltungen oder einmalige Ereignisse wie Übergriffe konzentrieren, inhaltliche Aspekte und Analysen dabei aber eher vernachlässigen.

„Also die Medien sind einfach wichtig, um einen gewissen öffentlich Druck aufzubauen. Gerade wo es um den Kickbox-Sport ging, war es eben wichtig, über die Zeit dann auch eine Möglichkeit zu haben, diesen Druck aufzubauen, und insofern ist das nicht zu unterschätzen. (...) Im ersten Jahr von diesen Blockade-Aktionen standen ganz große Artikel in der Zeitung von wegen ja, ‚ist illegal‘ und ‚ganz gefährlich‘ und das hat sich einfach auch gewandelt das Bild und die Berichterstattung in der Zeitung hat sich gewandelt und dadurch hat sich auch der Erfolg jedes mal verbessert.“⁸⁶

„Also da wird nicht berichtet darüber. [...] Außer letztes Jahr gab es ja dann diesen Protestmarsch. Und darüber ist natürlich informiert worden. Aber eben auch mehr darüber, wie viel Polizei hier stand und mehr so Oberflächlichkeiten, es ging nicht um die Inhalte. ‚Wer war denn alles da‘ – zum Beispiel und ‚Wogegen haben wir demonstriert?‘ Ja? Und solche Dinge gehen da unter, ja, also mehr so: ‚Oops, es ist was los in der Stadt. Guck mal, warum so viel Polizei da ist.‘ Na ja, das ist schlimm!“⁸⁷

„Ja, die wollen natürlich zwei klare Lager haben. Also hier die bösen Nazis, da vielleicht mal die Gegendenstranten, wobei sie da eben auch dann nicht unterscheiden, wer macht was und wie und auch nicht so genau wissen, ob sie es jetzt gut finden oder nicht. Jedenfalls kann die Bevölkerung ja auch keinen Nazi-Aufmarsch leiden, ne? Also, ich habe schon den schönen Vorschlag gehört, dass man vielleicht doch einen Bürgerentscheid macht, dass einfach nicht mehr demonstriert werden darf, ne? Und dann ist man offenbar von allen Bindungen befreit, aber so ist es nun halt mal nicht! Und die Presse, wie soll ich sagen, hat ja am liebsten zwei Kontrahenten, und das ist dann schon komplex genug. Und dementsprechend wird es dann reduziert auf den Nazi-Aufmarsch auf der einen Seite und die Blockade auf der andern, und dann gibt es noch die Menschenkette, die irgendwo, sozusagen harmlos, aber gutwillig dann daneben steht und für die wird dann auch letztlich mit Hilfe der Medien mobilisiert. Ja, und eine hinreichend differenzierte Betrachtung kommt da einfach in diesem Spiel zu kurz.“⁸⁸

„Also wenn es Aktivitäten gegeben hat, ist berichtet worden auch über diese Gruppe ‚Kino gegen Gewalt‘ oder ‚Jugend gegen rechte Gewalt‘ oder wenn Kundgebungen waren. Das war gut. Die Linie, fast nichts ansonsten über die Rechtsextremen zu berichten, finde ich einerseits, von der Grundhaltung her, kein Fo-

⁸⁵ 27_Pirmasens

⁸⁶ 23_Cottbus

⁸⁷ 16_Delitzsch

⁸⁸ 19_Dresden

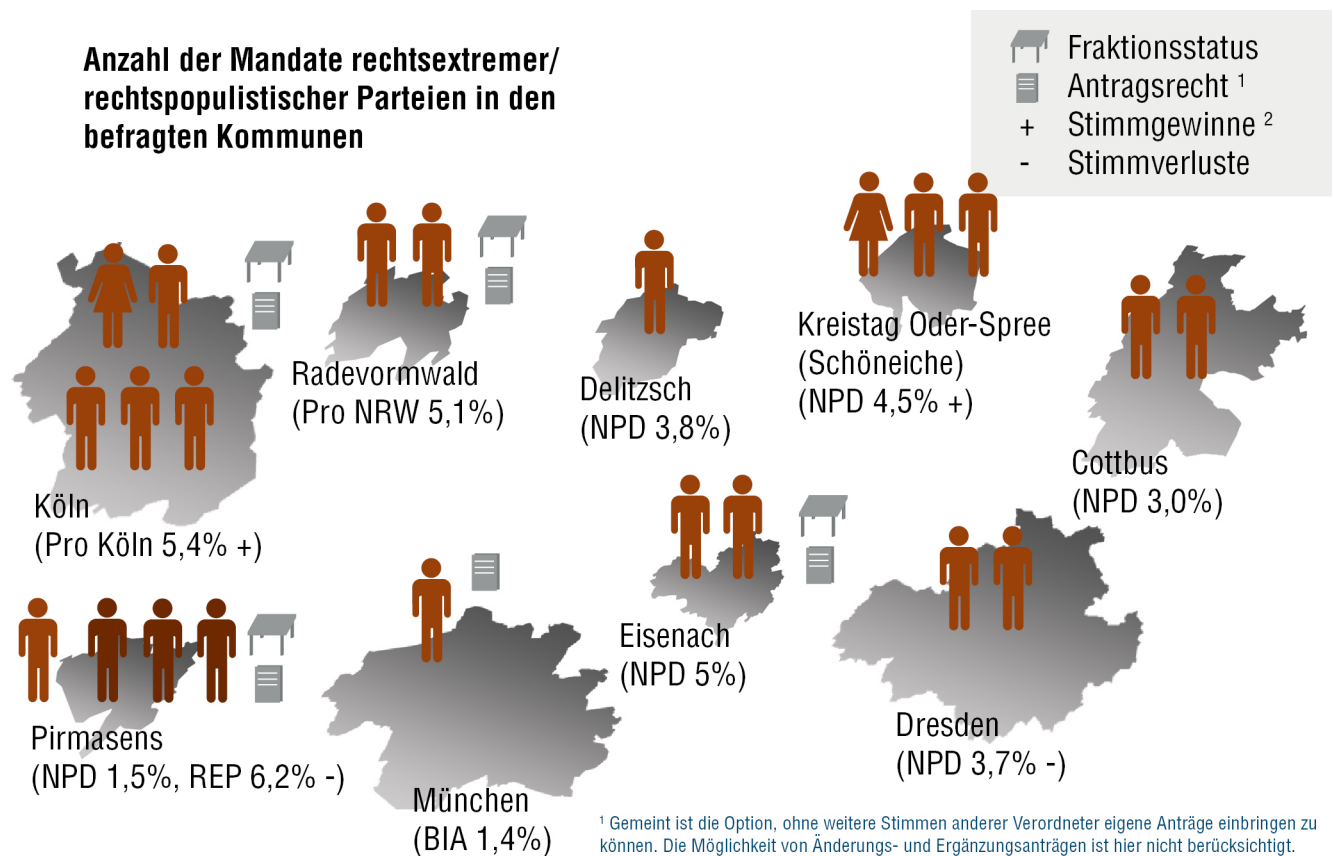
rum zu bieten für rechtsextreme Positionen, nachvollziehbar. Wenn es so durchgängig ist, hat es aber auch viele Nachteile. Weil es nämlich auch keine Auseinandersetzung in der demokratischen Öffentlichkeit herbeiführt und es wird zu einem Insider-Thema und das hat einfach auch Negativseiten.“⁸⁹

4. DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMEN UND RECHTSPOPULISTISCHEN MANDATSTRÄGER/INNEN IN DEN GREMIEN

„...und zu den Stadtverordnetenversammlungen: ‚Na, heute komme ich, und nächsten Monat nicht.‘“⁹⁰

PRÄSENZ RECHTSEXTREMER UND RECHTSPOPULISTISCHER MANDATSTRÄGER/INNEN

Präsenz und Aktivität der rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen in den Gremien fallen sehr unterschiedlich aus. Während ihnen in den Hauptgremien der meisten Städte und Gemeinden zumindest eine regelmäßige Präsenz attestiert wird, sei ihre Anwesenheit oder gar Beteiligung im Rahmen der Ausschussarbeit, wo die eigentliche fachliche Diskussion stattfindet, eher die Ausnahme. Lediglich die „Republikaner“ in Pirmasens würden regelmäßig an den Ausschüssen teilnehmen und sich dort auch einbringen. Auch in Dresden würden die Verordneten der NPD gelegentlich an den Ausschüssen teilnehmen, obwohl sie dort keinen Sitz innehaben. Die Fraktion von „Pro NRW“ in Radevormwald, die ihren verloren gegangenen Fraktionsstatus durch einen Nachrücker wieder zurückerlangen konnte, nehme zwar gelegentlich an den Ausschusssitzungen teil, werde dort aber kaum aktiv. In Delitzsch, Eisenach, München und Cottbus haben die rechtsextremen Verordneten keine Sitze in den Ausschüssen und nähmen auch nicht an den entsprechenden Sitzungen teil.



⁸⁹ 27_Pirmasens

⁹⁰ 22_Cottbus

Besonders rege seien die Verordneten der NPD in Eisenach, Pirmasens und Dresden sowie die von „Pro Köln“ in Köln. Der Stadtrat der „BIA“ in München, Karl Richter, sticht durch seine vielen Anträge und vor allem durch die hohe Zahl seiner Anfragen an die Verwaltung hervor. Auch in Cottbus stellt die NPD regelmäßig Anfragen an die Verwaltung. Die Aktivitäten der NPD werden in den befragten Brandenburger Gremien, der Stadtverordnetenversammlung von Cottbus und im Kreistag Oder-Spree, insgesamt eher als sporadisch und wechselhaft beschrieben. Das hängt wohl auch damit zusammen, dass die NPD hier keine Anträge einbringen kann. Der ansonsten sehr aktive Delitzscher NPD- und Kameradschaftsaktivist Maik Scheffler sei nur gelegentlich bei den Sitzungen des Stadtrates anzutreffen und habe sich dort bisher nur selten zu Wort gemeldet.

„Es ist eigentlich primär propagandistisch.“⁹¹

AUSRICHTUNG, STRATEGIEN UND THEMEN RECHTSEXTREMER UND RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN

Auch inhaltlich unterscheiden sich die geschilderten Aktivitäten in den Gremien. Insbesondere bei der NPD ist vielerorts eine Doppelstrategie aus Provokation einerseits und Normalisierungsversuchen andererseits feststellbar. Mit dem Ziel, sich als „Kümmerer“ um die Alltagsorgen der lokalen Bürger/innen und damit als normale Partei zu präsentieren, werden zum einen sachpolitische Anträge und Anfragen in die Gremien eingebracht. Zum anderen spielen aber auch ideologisch motivierte Anträge, Wortbeiträge und Anfragen eine Rolle, die vielfach einen rassistischen Charakter aufweisen und sich immer wieder an der Grenze zur strafrechtlichen Relevanz bewegen. Allerdings betonen einige Befragte, dass das Agieren der jeweiligen Mandatsträger/innen häufig mehr von ihren individuellen Vorlieben, Eigenschaften und Fähigkeiten als von einer übergeordneten Strategie geprägt sei. Dies betrifft nicht zuletzt auch ihre Präsenz in den Gremien selbst.

„Und das hängt natürlich auch ein bisschen von den Akteuren ab. Das macht jetzt der Uckermann⁹² – um jetzt mal bei den Personen zu bleiben, die wir hatten – als Selbstdarsteller, der kann das gar nicht, [...] das kann aber der Wiener schon eher, der da auf Widersprüche hinweist und sagt: ‚Ja aber wie hängt denn das und wie hängt das zusammen‘, oder aber auch die Frau Wolter, die kann das gar nicht, die hat da irgendwie kein Feeling für, sondern die kann so theoretische Sachen darstellen. Die Ratsreden sind aufgeschrieben, die liest sie vor, da ist irgendwie keine, ja wie soll ich das ausdrücken: Substanz kann man sagen. Man muss ja im Rat, wenn man irgendwas erreichen will, muss man auch mal gucken, dass man was in Bewegung bringt, auch in seiner Argumentation, und das kann sie nicht. Das konnte der Rouhs schon eher.“⁹³

„Zwei völlig verschiedene Typen! Baur ist ein Stratege, aber Krien⁹⁴ nicht, und die haben sich da jetzt so arrangiert. Der eine guckt immer auf die Geschäftsordnung, das ist der Krien (...) Also ich halte den Baur für gefährlicher, und ich glaube, der wird uns auch noch die nächsten Jahre in Dresden erhalten bleiben, wenn er nicht in die Landespolitik wechselt.“⁹⁵

„Und ansonsten ist meine Wahrnehmung jetzt, dass Herr Beier⁹⁶ ab und zu mal nach vorne geht, wenn er irgendwie meint, dass bei Beschlussvorlagen irgendwie ein Fehler drin ist oder irgendwas aus Sicht der NPD nicht richtig ist.“⁹⁷

Das ständige Verweisen auf formale Fehler oder auf die Geschäftsordnung seitens der rechtsextremen und rechtspopulistischen Verordneten wird von mehreren Befragten aus verschiedenen Kommunen beschrieben. Im Kreistag Oder-Spree habe diese Praxis dazu geführt, dass sich die NPD-Vertreter/innen im Gremium auch völlig unabhängig von ihren politischen Inhalten unbeliebt gemacht hätten, da sie auf zeitraubende Verfahrensweisen beharren würden, etwa namentliche oder geheime Abstimmungen. In vielen Fällen

⁹¹ 01_München

⁹² Jörg Uckermann sitzt ebenso wie die nachfolgend genannten Personen Judith Wolter und Manfred Rouhs für die Fraktion von Pro Köln im Kölner Stadtrat. Rouhs ist mittlerweile nicht mehr Mitglied der Fraktion, sondern in Berlin für „Pro Deutschland“ aktiv.

⁹³ 10_Köln

⁹⁴ Jens Baur und Hartmut Krien sind die zwei Verordneten der

NPD im Stadtrat von Dresden. Mit Krien ist dort auch der Vorsitzende der „Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD“ (KPV) vertreten.

⁹⁵ 21_Dresden

⁹⁶ Klaus Beier ist Landesvorsitzender der NPD Brandenburg und einer der drei NPD-Verordneten im Kreistag Oder-Spree.

⁹⁷ 13_Schöneiche

wollen sie mit dem stereotypen Verweis auf Formalitäten den Umgang mit den Rechtsaußen-Parteien als undemokratisch markieren.

„Ja, da gibt es vielleicht die eine oder andere Auseinandersetzung dann noch mal um Tagesordnungen [...], aber das betrifft dann weniger uns als Fraktion als die Verwaltung, wo es dann schon mal eng wird, wenn die Verwaltung nicht hinreichend informiert hat. Das Problem haben sie aber auch manchmal mit uns, ja? Also, wenn sie nicht alle Stadträte mit den notwendigen Unterlagen versorgt haben. Da gibt es natürlich auch eine Anwendungsunsicherheiten mit sich bringende Rechtsprechung, und da hat man manchmal den Eindruck, oder auch die NPD brüstet sich, dass sie jetzt eine bestimmte Vertagung oder so was erreicht hat, weil sie eben gesagt hat: ‚Wir haben die notwendigen Unterlagen nicht.‘ Da reagieren sie dann auch immer ganz allergisch, wenn gesagt wird: ‚Darüber ist doch im Ausschuss informiert worden, darüber ist im Ältestenrat informiert worden‘, weil das eben Gremien sind, in denen sie nicht beteiligt sind.“⁹⁸

Während das Einbringen von Anträgen aus anderen Kommunen oder Gremien durch rechtsextreme oder rechtspopulistische Verordnete nur vereinzelt in den Interviews erwähnt wurde, ließ es sich in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen in der Vergangenheit mehrfach beobachten. In mehreren Interviews werden zudem bestimmte Aktivitäten im Zuge solcher Anträge als trickreich bezeichnet. Dazu zählen auch Falschdarstellungen, die, wie im folgenden Fall von „Pro Köln“, die Vernetzung rechtspopulistischer und rechtsextremer Kommunalpolitiker/innen sichtbar machen.

„Vor fünf Jahren hat Pro Köln irgendwann einen Antrag eingebracht, dass Köln dem Verband oder der Vereinigung der Städte gegen Islamismus beitreten soll. Sie haben angeführt, dass angeblich Wien, Antwerpen und noch irgendwer da schon drin seien (...). Tatsächlich aber haben diese Städte das nie beschlossen. Es hat wie im Fall von ‚Pro Köln‘ Anträge in diesen Stadträten gegeben von entsprechenden Schwesterorganisationen, die aber natürlich keine Mehrheit gefunden haben. Sie arbeiten also auch einfach mit Tricks.“⁹⁹

„... weil es ja nicht wirklich um Inhalte ging, sondern einfach nur darum, Handlungsfähigkeit vorzutäuschen.“¹⁰⁰

SACHPOLITISCHE ARBEIT IN DEN GREMIEN

In fast allen Gremien, in denen rechtspopulistische und rechtsextreme Mandatsträger/innen aktiv auftreten, versuchen sie laut den Befragten, sich als normale Partei darzustellen, die sich für die Belange der Bürger/innen einsetzt. Dies gelinge ihnen in den einzelnen Kommunen in unterschiedlichem Maße. Häufig werden diese Normalisierungs- und Anbieterungsversuche von den Demokrat/innen als rein populistisch charakterisiert. Einige Verordnete von Rechtsaußenparteien würden es jedoch bisweilen schaffen, relevante kommunale Problemlagen aufzugreifen, die von den demokratischen Vertreter/innen bislang entweder nicht zur Sprache gebracht wurden oder deren Lösungsvorschläge in Teilen der Bevölkerung unpopulär seien.

„Man hat dort eigentlich im Sommer immer den Fall gehabt, dass um das Lutherdenkmal herum oder hier am Markt auch, dass dann unvermeidlicherweise, wenn es nicht geregnet hat, da ein paar Jugendliche waren, die dann halt auch ein bisschen, na sagen wir mal, auch mal was getrunken haben, was nicht immer ohne Alkohol war, und die Toleranzschwelle dann offensichtlich in der Stadt so gering war, dass sich so ein gewisser Unmut in der Bevölkerung regte. Auf den ist die NPD aufgesprungen, forderte damals die Ausweitung von alkoholfreien Flächen oder Alkoholverbotsflächen.“¹⁰¹

„Ja und bei den Republikanern ist es eben so, dass die schon, weil sie hier vor Ort verschiedene Themen besetzen, auch teilweise in der öffentlichen Meinung so gesehen werden, gerade weil es auch um emotionale Themen geht, wie jetzt halt die Messe, wo sie seit vielen Jahren schon Proteste dagegen machen. Oder auch bei der Post, wo sie das dann immer als große Steuer- und Geldverschwendung darstellen [...]. Das findet schon auch Zustimmung in der Bevölkerung. Dadurch rekrutieren die auch ihre Wähler.“¹⁰²

„Er [Karl Richter, Stadtrat der BIA] schreibt aber auch teilweise örtliche Anträge. Also er hatte auch schon

⁹⁸ 19_Dresden

⁹⁹ 12_Köln

¹⁰⁰ 12_Köln

¹⁰¹ 05_Eisenach

¹⁰² 25_Pirmasens

Anträge zu Buslinien oder sonst irgendwas. Also da sieht man schon so eine Strategie. [...] So stellt er es ja auch immer hin. Also er ist ja kein Nicht-Demokrat. Also er sieht sich ja auch als Demokrat. Oder er hat halt seine Ansichten. So vertritt er das auch in den Sitzungen. Und sagt, ja er ist halt Stadtrat und deswegen beschäftigt er sich auch mit Münchener Themen. Also sich da noch mal zusätzlich so eine andere Linie reinzubringen. Nicht nur unsere Tendenz, die wir da in Anträge packen. Sondern auch noch das, was die Münchener und Münchenerinnen bewegt.“¹⁰³

Häufig wird die sachpolitische Arbeit der Rechtsaußen-Vertreter/innen als taktisch motiviert dargestellt. Die Interviewpartner/innen schildern, dass Rechtsextreme und Rechtspopulist/innen schon länger in den Kommunen diskutierte Themen lediglich instrumentell aufgreifen würden, um sich als Interessenvertreter/innen der Bevölkerung inszenieren zu können. Ein ernsthaftes Interesse an der Sache wird den Verordneten der Rechtsaußen-Parteien in diesen Fällen nicht abgenommen. Das rein instrumentelle Interesse hinter vielen sachpolitischen Anträgen und Anfragen werde auch daran deutlich, dass diese mitunter auf Falschdarstellungen aufbauen oder einen Missstand problematisieren würden, der schon behoben sei. Auch würden sachpolitische Anträge, die zuvor in anderen Gremien wie dem Kreistag der Region gestellt wurden, einfach übernommen. In der Öffentlichkeitsarbeit kann so auf die eigene Wirkmächtigkeit verwiesen werden. Teilweise scheint dies aber auch in einer tatsächlichen Uninformiertheit zu liegen, resultierend aus der Abwesenheit in den Ausschüssen. Insbesondere in Cottbus und Radevormwald wird den Verordneten von NPD und „Pro NRW“ attestiert, keine konstruktive Sachpolitik zu betreiben, obwohl die NPD in Cottbus durchaus auch kommunalpolitisch relevante Themen aufgreife.

„Die haben sich einfach nur auf das Thema aufgesetzt. Die haben einfach eine Anfrage gestartet zu dem Thema, obwohl regelmäßig fast in jedem Sicherheits- und Rechtsausschuss vorgetragen wird, wie gerade der aktuelle Stand ist, wie viel Klagen es gibt und wie viel Ansprüche es gibt und wie viel Zahlung es schon gibt und so weiter. Das wurde alles schon vorgetragen, aber sie haben halt einfach noch mal in der Stadtverordnetenversammlung was öffentlich nachgefragt, um sozusagen eine höhere Medienwirksamkeit zu erlangen. So! Aber sie hätten es auch wissen können, wären sie einfach zu den Ausschüssen gegangen und hätten ihre Unterlagen gelesen, ja!“¹⁰⁴

„[...] bis zu vermeintlich bürgernahen Tätigkeiten, wie zu beantragen, dass die Laternenmasten nahe des Schulzentrums doch bitte rechtzeitig eingeschaltet werden und erst zu gebotener Stunde wieder ausgeschaltet, damit die Kinder sicher wären. Das war ein interessanter Trick, das waren dann so Antragsgegenstände, deren Sachbestand jeweils schon erfüllt war. Also Sie müssen sich vorstellen, die haben beantragt, dass die zu Zeiten eingeschaltet würden, zu denen sie sowieso angeschaltet wurden.“¹⁰⁵

„Also sie greifen Themen auf, die vor Ort einfach auch präsent sind, was sich aus der Gesamtsituation der Stadt, einfach auch aus der finanziellen Gesamtsituation ergibt, greifen das auf, und machen dann im Prinzip ihre Anfragen, die darauf hinzielen, dann im Prinzip auch möglichst einfache Lösungen zu bieten, die dann beim zweiten Hinblick den entsprechenden politischen Pferdefuß dann auch aufweisen.“¹⁰⁶

Eine große Rolle würden immer wieder Anträge und Anfragen spielen, die mehr Gelder für verschiedene kommunalpolitische Belange fordern. Häufig beziehen sich diese Initiativen auf den Themenbereich ‚Kinder und Jugend‘ – solche Beispiele waren den meisten Interviewpartner/innen präsent, obwohl danach nicht explizit gefragt worden war. Insbesondere die NPD trete demonstrativ gegen Schulschließungen auf, ohne dabei jedoch die lokalen Umstände zu beachten. Themen wie Schulschließungen, die Qualität des Schulessens, die Schaffung von Jugendfreizeiteinrichtungen, der Erhalt und die Ausstattung von Spielplätzen und Kitas lassen sich in fast allen Kommunen wiederfinden. Das verdeutlicht, dass die Rechtsaußen-Parteien einen Teil ihrer Normalisierungsbemühungen darauf aufbauen, die schwierige Haushaltssituation vieler Kommunen auszunutzen. Insbesondere im Themenbereich ‚Kinder und Jugend‘ würden Rechtsaußen-Parteien versuchen, die Rolle des „Kümmerers“ vor Ort mit dem Aufgreifen lokaler Debatten und völkischer Ideologeme zu verbinden. Dabei variiert von Kommune zu Kommune und von Antrag zu Antrag die Deutlichkeit der nationalistischen Ideologie, die in den zunächst sachpolitisch erscheinenden Initiativen enthalten ist.

¹⁰³ 02_München

¹⁰⁴ 23_Cottbus

¹⁰⁵ 08_Radevormwald

¹⁰⁶ 05_Eisenach

„Da ist auch sehr viel Populismus dabei. Erstmals natürlich Umgang mit dem Geld, dass eben da im Stadtrat alle möglichen Nachfragen kommen, so ungefähr: Wir brauchen mehr Geld für Spielplätze, wir brauchen für das und das eigentlich mehr Geld, und eben damit also Themen aufgreifen, die vordergründig, muss ich sagen, auch nicht schlecht sind. Also sie sind da sehr geschickt und greifen auch Themen auf, die in der Bevölkerung da sind.“¹⁰⁷

„Ich würde sagen, wenn sie mal sachbezogen auftreten, was selten ist, dann mit dem Ziel der Provokation, und ansonsten, also, da ist ein roter Faden, in Sachen Ausgrenzung, Diskriminierung und so.“¹⁰⁸

„Die Anträge sind grundsätzlich von einem kulturalisierten Rassismus geprägt.“¹⁰⁹

RASSISMUS ALS KERNBESTANDTEIL RECHTSPOPULISTISCHER UND RECHTSEXTREMER AGITATION

Ganz besonders deutlich wird laut den Befragten die ideologische Ausrichtung der Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen bei Anfragen und Anträgen zum Thema Integration und Migration in der Kommune, die nicht selten mit der kommunalen Haushaltssituation in Verbindung gebracht werden. Das Ziel, Migrant/innen und Flüchtlinge als unberechtigte Profiteure der Haushaltspolitik zu präsentieren und eine Benachteiligung der übrigen Bevölkerung zu behaupten, wird in allen Kommunen, mit Ausnahme von Delitzsch, als ein inhaltlicher Schwerpunkt der Gremienarbeit dargestellt. Je nach Akzentuierung würden die Themen Integration und Migration entweder stärker mit Normalisierungsbemühungen oder mit klaren rassistischen Provokationen verbunden.

„Ja, Ausländerthemen. Ganz klar. Sie versuchen immer wieder diese Karte zu zeigen. Oder man sieht immer mal wieder Anfragen oder Anfrageversuche: ‚Wieviel Ausländer sind jetzt hier gerade in Cottbus gemeldet?‘ Und so weiter: ‚Und wie viel Kosten verursachen sie?‘“¹¹⁰

„Ganz zentral ist das Ausländerthema. Bei den Republikanern dann eben ganz stark auch wenn es um die Finanzierung vom Jugendhaus geht. Weil dort eben einfach Integrationsarbeit gemacht wird mit deutschen und ausländischen Jugendlichen. Wenn es um Sozialhilfe geht. Also, da werden sie auch am ausfallendsten.“¹¹¹

„Und natürlich, großes Thema sind immer unsere ausländischen Mitbürger. Das ist eigentlich ein Thema, was sich dauernd durchzieht bei der NPD: ‚Wir werden unterwandert‘, ‚die bekommen alles, wir bekommen nichts, und wo bleibt der Einheimische, wo bleibt der Deutsche, der hier geboren ist‘, und solche Dinge. Das ist eigentlich das Hauptthema hier bei der NPD.“¹¹²

„Also das tut weh, dass es Menschen gibt, die so denken. Muss ich ehrlich sagen. Also es ist einfach schockierend. Gerade in der letzten Plenarsitzung noch mal, da hatten wir den Hungerstreik von Flüchtlingen, die sich nicht mehr zu helfen wussten. Also das ist ja durch die ganze Bundesrepublik gegangen. Das hat er als ‚Kasperle-Theater‘ bezeichnet.“¹¹³

In den meisten Kommunen seien sowohl ideologiefreie, sachpolitische Anträge und Anfragen als auch Anträge und Anfragen zum Themenbereich Integration und Migration präsent. Neben rassistischen Äußerungen würden die Provokationen von Rechtsaußen auch auf einzelne Ratsmitglieder der demokratischen Parteien oder auf die demokratischen Parteien insgesamt zielen. Das Auftreten der rechtsextremen und rechtspopulistischen Vertreter/innen wird meist als bieder und bürgerlich beschrieben, was jedoch aggressive Momente an der einen oder anderen Stelle nicht ausschließe.

Bei einigen Vertreter/innen von Rechtsaußenparteien hätten sich im Laufe der Zeit Änderungen in der Doppelstrategie aus Normalisierung und Provokation ergeben. In Eisenach versuchten die zwei Verordne-

¹⁰⁷ 04_Eisenach

¹⁰⁸ 10_Köln

¹⁰⁹ 08_Radevormwald

¹¹⁰ 23_Cottbus

¹¹¹ 27_Pirmasens

¹¹² 04_Eisenach

¹¹³ 02_München

ten der NPD zunehmend, lokale Belange aufzugreifen. In Köln sei hingegen das Gegenteil festzustellen. Dort hätten die Verordneten von „Pro Köln“ nach anfänglicher Zurückhaltung nun ganz klar das Ziel zu provozieren. Beiträge, die nicht der eigenen Programmatik entsprächen, sondern an einer konstruktiven Sachpolitik ausgerichtet seien, seien bei „Pro Köln“ kaum zu finden.

Die Grafik gibt einen Überblick darüber, welches Agieren den befragten Kommunalpolitiker/innen zufolge eine Rolle spielt. Die Zahl zeigt, ob das benannte Vorgehen von beiden befragten Kommunalpolitiker/innen oder von nur einer/m beschrieben wurde.

Agieren der rechtspopulistischen/rechtsextremen Mandatsträger/innen in den Gremien

| | Provokation/ Ideologie | Normalisierung/ Sachpolitik | Anbieten/ Spalten |
|-------------------------------------|---------------------------|--------------------------------|----------------------|
| Eisenach | 2 | 2 | |
| München | 2 | 1 | 2 |
| Kreistag Oder-Spree (Schöneiche) | 1 | 1 | |
| Cottbus | 1 | 2 | |
| Pirmasens | 1 | 2 | 1 |
| Köln | 2 | | 1 |
| Radevormwald | 1 | 1 | 1 |
| Dresden | 2 | 2 | 2 |
| Delitzsch | 1 | | |

„Ich mache mein Verhalten nicht von dem abhängig, was die dahinteren aus der letzten Reihe loslassen.“¹¹⁴

DIE WIRKMÄCHTIGKEIT DER RECHTSEXTREMEN UND RECHTSPOPULISTISCHEN VERORDNETEN UND DER UMGANG IN DEN GREMIEN

Die vielerorts bestehende Praxis, die Handlungsmöglichkeiten der Rechtsaußen-Parteien rechtlich so weit wie möglich einzuschränken, findet auch innerhalb der kommunalen Gremien Anwendung. Die kommunalpolitische Wirkmächtigkeit der rechtsextremen und rechtspopulistischen Verordneten wird von den befragten Kommunalpolitiker/innen meist als gering eingeschätzt. Die benannten Ursachen dafür sind vielschichtig. So fehlen den Rechtsaußen-Mandatsträger/innen in einigen Kommunen der Fraktionsstatus, Ausschusssitze und Antragsrecht.¹¹⁵ Des Weiteren verweisen Befragte aus allen Kommunen auf den Grundkonsens, dass die Rechtsaußen-Parteien jenseits des demokratischen Spektrums verortet werden. Auch wenn der daraus resultierende Umgang zwischen den demokratischen Parteien immer wieder ausgehandelt werden müsse und es unterschiedliche Präferenzen gebe, bestehe zunächst Einigkeit darin, den Verordneten von „Pro Köln“, „Pro NRW“, der NPD und ihrer Tarnorganisation in München, der BIA, möglichst wenig Raum zum Handeln zu lassen. Diese Einigkeit der Demokrat/innen wird von den Befragten oft schon zu Beginn der Interviews erwähnt und teilweise entschieden betont. Interessanterweise scheint es dazu jedoch selten gemeinsame formale Absprachen und Vereinbarungen zu geben. Offenbar wird insbesondere die NPD inzwischen weitgehend geächtet, ohne dass darüber eigens diskutiert werden muss. Gegenüber den Republikanern in Pirmasens scheint eine Ächtung schwieriger umsetzbar zu sein. Zudem wird geschildert, dass die Qualität ihrer Arbeit im Rat höher als die der NPD sei und es ihnen besser gelänge, Wähler/innen rechts der „Mitte“ zu erreichen.

¹¹⁴ 14_Schöneiche

¹¹⁵ Nur in Pirmasens (REP), Köln und Radevormwald haben die Verordneten den Fraktionsstatus mit entsprechend umfangrei-

chen Rechten. In Eisenach hat die NPD ebenfalls den Fraktionsstatus, allerdings resultiert dort daraus kein Sitz in einem Ausschuss.

In den meisten untersuchten Kommunen habe es zu Beginn der Wahlperiode informelle Absprachen zum Umgang mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen gegeben, in einigen Fällen auch eine stillschweigende Übereinkunft. Der Konsens, die Verordneten von Rechtsaußen möglichst wenig an politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen, auf ihre Redebeiträge nicht zu reagieren und ihre Anträge geschlossen abzulehnen, scheint zunächst relativ einfach hergestellt worden zu sein. Zum Konsens gehört auch, Anfragen an die Verwaltung knapp, aber korrekt zu beantworten. Aus all dem lässt sich schlussfolgern, dass es einen kommunenübergreifenden Minimalkonsens gibt.

„Ich komm noch mal wieder zurück auf den Stadtrat, und da bin ich eigentlich sehr froh darüber, dass wir parteiübergreifend quasi die Anträge von der NPD im Stadtrat ablehnen. Also da sind wir eine Front, obwohl wir sonst uns auch gerne streiten im Stadtrat, aber gegen Rechts sind wir eine Front, und das ist auch gut so. Also da kommt kein Antrag von der NPD durch, sondern die werden entsprechend dann auch abgelehnt; da sind wir also uns alle einig; das möchte ich noch mal ganz deutlich betonen.“¹¹⁶

„Dies wird, wie ich finde, sehr souverän von der Verwaltung beantwortet. Stadtratsanfragen müssen beantwortet werden. Der Pflicht kommt die Verwaltung natürlich nach, aber lässt sich natürlich nicht auf das Glatteis führen, sondern gibt mit ganz klaren und objektiv nachweisbaren, nachprüfbaren Daten Antwort, die aber nicht dazu geeignet sind, diese Ressentiments und diese Vorurteile weiter zu schüren.“¹¹⁷

„Ich hätte mir das gewünscht, dass das mal sauber unter uns besprochen worden wäre. Es gab kurze Ganggespräche, sagen wir es mal so, darüber wie man sich verhält. Aber das war eher so geartet, dass jede Fraktion für sich entschieden hat, was sie tut und man sich das quasi so zugeworfen hat, wie wollen wir denn da umgehen. Aber das war informell, also eine Strategie stand da nicht dahinter. Und ich sag mal, am Ende hat man sich für die bequemste Lösung entschieden: ‚Wir ignorieren ihn einfach.‘ Aber eben auch nicht offiziell, sondern mal so durch das Tun und mal so zugeworfene Worte wurde das quasi zum stillschweigenden Agreement. Egal was er tut, einfach ignorieren.“¹¹⁸

Die Rechtsaußen-Vertreter/innen würden gelegentlich gezielt versuchen, diesen Minimalkonsens zu unterlaufen, indem sie sich sowohl auf persönlicher, zwischenmenschlicher Ebene als auch im politischen Diskurs einer politischen Seite im Gremium annäherten, um die demokratischen Parteien so gegeneinander auszuspielen. In den Kommunen, wo der Minimalkonsens von den befragten Kommunalpolitiker/innen als stabil beschrieben wurde, gelinge es den Rechtsaußen-Vertreter/innen jedoch nicht, damit Erfolge zu erzielen. Auch scheint das Abstimmungsverhalten der rechtsextremen und rechtspopulistischen Verordneten in den meisten Kommunen nicht sehr konsistent zu sein. So wird aus Schöneiche berichtet, dass die NPD im Kreistag regelmäßig gegen die Mehrheit stimme. Im Dresdner Stadtrat sind die Mehrheitsverhältnisse zwar so beschaffen, dass die Stimmen der NPD-Verordneten durchaus ausschlaggebend sein können. Abstimmungsniederlagen dieser Art werden aber nach Aussage der Interviewpartner/innen von den demokratischen Parteien nicht politisch instrumentalisiert, etwa indem anderen Fraktionen vorgeworfen würde, mit den Stimmen der NPD kalkuliert zu haben. In den meisten Interviews spielt das Abstimmungsverhalten der rechtsextremen und rechtspopulistischen Verordneten jedoch kaum eine Rolle und bleibt politisch wirkungslos.

„In letzter Zeit kann man doch beobachten, im Abstimmungsverhalten der NPD-Leute, dass sie sich immer mal wieder der regierenden Seite, also der CDU/FDP-Seite meines Erachtens anbieten, indem sie zeigen: ‚Mit uns könnt ihr eigentlich eine sichere Mehrheit haben.‘ Aber dass das jetzt gefruchtet hätte, das kann ich nicht wahrnehmen, also ernsthafte Überlegungen darüber, da vielleicht eine heimliche Mehrheitsbeschaffung zuzulassen, hab ich nicht gesehen.“¹¹⁹

Auch der zeitliche Rahmen scheint Einfluss auf die Wirkmächtigkeit der Mandatsträger/innen von Rechtsaußen zu haben. So verwiesen einige Befragte darauf, dass im Laufe der Jahre eine Gewöhnung an die Präsenz der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Vertreter/innen eingetreten sei. Während darin zum einen die Gefahr gesehen wird, den Normalisierungsbemühungen der Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen entgegenzukommen, wird zum anderen darauf aufmerksam gemacht, dass ein eher entspannter

¹¹⁶ 04_Eisenach

¹¹⁷ 03_München

¹¹⁸ 16_Delitzsch

¹¹⁹ 19_Dresden

Umgang, auch seitens der Medien, die öffentliche Wahrnehmbarkeit der rechtsextremen und rechtspopulistischen Gremienarbeit nochmals reduziere, so dass diese schließlich nur noch durch gelegentliche gezielte Provokationen Aufmerksamkeit auf sich ziehen könnten.¹²⁰ Voraussetzung einer solchen – insgesamt positiven – Entwicklung sei die Stabilität des demokratischen Konsenses.

„Es ist dummerweise entspannter. Das klingt richtig blöd, aber die große Mehrheit hat sich an diese zwei Hanseln dahinten gewöhnt. Das klingt richtig dumm! Aber es ist so. Und die sitzen dann da und man weiß, dass sind keine Fraktionen, die können eigentlich nicht wirklich aktiv werden, so nach dem Motto: ‚Lass sie reden!‘ Doch es ist so. Ist nicht schön, aber es ist so.“¹²¹

„Zu Anfang der Legislaturperiode gab es sehr starke Reaktionen auf Meldungen von NPD-Abgeordneten. Teilweise verließen die Stadtverordneten den Saal oder man hat auch geschlossen gegen irgendwas gestimmt, so! Das hat sich dann aber nicht durchhalten lassen und der Umgang wurde ein bisschen relaxter.“¹²²

„Die haben sich professionalisiert. Die sind nicht schlecht, die machen das schon gut, aber dadurch, dass es diesen Öffentlichkeits-Aufreger nicht mehr hat, dringen die auch letztlich nicht durch.“¹²³

„Ich glaube, die sollten schon spüren, dass sie nicht willkommen sind.“¹²⁴

DER PERSÖNLICHE UMGANG

Der Gewöhnungseffekt wird insbesondere dann mit Sorge betrachtet, wenn ein zunehmend normaler, alltäglicher Umgang zwischen einzelnen demokratischen Verordneten und rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen feststellbar ist. Hier sind die geschilderten Verfahrensweisen in den jeweiligen Kommunen und bei den einzelnen Verordneten sehr unterschiedlich. Oft beschränke sich der persönliche Umgang auf das gegenseitige Grüßen. Während einige der Befragten diese Geste als normal ansehen und von politischen Fragen strikt getrennt wissen wollen, problematisieren andere Interviewpartner/innen diese Form alltäglicher Kommunikation, da sie den Normalisierungsbemühungen der Rechtsaußen-Parteien in die Hände spiele. Einige der Befragten empfehlen daher, gegenüber rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen demonstrativ auf Gruß und Handschlag zu verzichten.

„Also, er gibt mir ordentlich die Hand, ich gebe ihm die Hand, ansonsten haben wir nichts miteinander zu tun. Also sachlich ist da ein glatter Schnitt. Ich sehe da auch keinerlei Schnittmengen. Mit unseren Leuten auch nicht, mit unserer Fraktion, also überhaupt nicht.“¹²⁵

„Aber es gibt eben auch eigentlich überhaupt keine Kommunikation, gar nichts, also nicht mal ‚Guten Tag‘ oder so etwas, das wird nicht gesagt. Also es ist eigentlich ein bisschen eine unangenehme Sache, finde ich. Man hat sozusagen, tja, ich will jetzt nicht sagen Aussätzige, aber irgendwie so Leute da sitzen, die da zwar rein gewählt wurden und nun mal im Rahmen der Demokratie dann auch ihr Recht haben, mit denen natürlich keiner irgendwie in keiner Hinsicht irgendwas machen will, was ja eigentlich auch gut ist.“¹²⁶

„Ich würde es für ganz wichtig halten, dass man sie nicht nur formal, sondern auch persönlich, in jedem Aspekt, als das verhandelt, was sie sind. Das heißt, sich von ihnen in jeder nur erdenklichen Form distanzieren und sich in keinem Punkt mit ihnen zu solidarisieren. Auf alle unnötigen Höflichkeiten zu verzichten, wie Hände schütteln und dergleichen. Das schafft eine ganz andere Atmosphäre. Sie sind akzeptiert und sie werden dadurch natürlich auch mutiger und bestätigt. Und sie werden vor allen Dingen auch etabliert. Sie können auf all diese Kleinigkeiten letzten Endes verweisen und sich auch gegenüber ihren, teilweise ja auch unentschlossenen Wählern oder Protestwählern damit rechtfertigen und weiter etablieren, dass sie anerkannt werden. Das darf man nicht tun. Man darf sie nicht anerkennen“¹²⁷

¹²⁰ Der hier beschriebene Gewöhnungseffekt konnte in der Vergangenheit auch in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen beobachtet werden.

¹²¹ 21_Dresden

¹²² 23_Cottbus

¹²³ 20_Dresden

¹²⁴ 16_Delitzsch

¹²⁵ 17_Delitzsch

¹²⁶ 13_Schöneiche

¹²⁷ 08_Radevormwald

„Man kann sich auch über Verhaltensregeln gegenüber den Rechten unterhalten, ja? Also ich zum Beispiel habe diesem Menschen nie die Hand gegeben. Es gibt andere Stadtratskollegen, die ihn mit Handschlag begrüßen. Das muss nicht sein. Man muss ihm nicht noch die Anerkennung zubilligen. Handschlag heißt ja auch: Du bist hier willkommen. Irgendwo. Als Geste. Auch wenn die das sicherlich nicht so meinen. Ja, aber in einer Kultur ist das einfach – ich tue dir nichts, du tust mir nichts, alles gut. Ich glaube, die sollten schon spüren, dass sie nicht willkommen sind.“¹²⁸

„Die Leute bewegen sich dann, wenn Probleme behandelt werden, die ihnen auf den Nägeln brennen.“¹²⁹

KOMMUNALPOLITISCHE BETEILIGUNG UND POLITISCHES INTERESSE ¹³⁰

Die kommunalpolitische Wirksamkeit der Rechtsaußen-Parteien wird vereinzelt auch deswegen als gering beschrieben, weil es in der Gesellschaft ohnehin wenig Interesse an kommunalpolitischen Prozessen gebe. Dieses Desinteresse werde auch von der rechtsextremen Szene selbst geteilt. Nur aus Pirmasens berichten die Interviewten, dass einzelne Akteure des rechten Spektrums regelmäßig die Sitzungen kommunaler Gremien als Zuschauer/innen besuchen. In den anderen Kommunen komme dies nur gelegentlich oder selten vor. Auch die Beobachtungen der Berliner Bezirksverordnetenversammlungen verdeutlichen das sehr unterschiedliche Interesse Rechtsextremer an „ihrer Kommunalpolitik“. Während in einem Bezirk die Mandatsträger/innen der NPD regelmäßig von einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter begleitet werden, stellt dies in anderen Bezirken die Ausnahme dar. Insgesamt konnte jedoch beobachtet werden, dass Rechtsextreme das Gremium gezielt bei für sie relevanten Anträgen der NPD besuchen.

Mit dem mangelnden Interesse an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen wird ein grundlegendes Problem angesprochen, mit dem sich eine Mehrzahl der befragten Kommunalpolitiker/innen konfrontiert sieht. Zwar sehen die meisten Befragten eine Akzeptanz der Kommunalpolitik in der Bevölkerung, ein gesteigertes Interesse sei aber oft nur dann festzustellen, wenn Menschen von einer anstehenden Entscheidung direkt betroffen sind. Es sei laut den interviewten Kommunalpolitiker/innen dennoch schwierig, Menschen für die ehrenamtliche Mitarbeit in denjenigen Gremien und Strukturen zu gewinnen, in denen Möglichkeiten direkter Beteiligung von Bürger/innen gegeben sind. Gerade diese Motivation zu aktiver Teilhabe sehen nicht wenige befragte Kommunalpolitiker/innen als eine wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik an. Darüber hinaus stellen mehrere Befragte fest, dass Teile der Bevölkerung von politischen Diskursen und Prozessen abgekoppelt seien und von Parteien oder Initiativen nicht mehr erreicht würden. Hier müssten neue Formen der politischen Beteiligung gefunden werden, bei denen es nicht allein um Beteiligung im Sinne freiwilligen Engagements, sondern um Mitsprache- und Entscheidungsrechte gehe. Interessant ist, dass eine Mehrheit der befragten Personen aus der Zivilgesellschaft mehr Beteiligungsmöglichkeiten einfordert oder die Mitsprache in den Gremien als zu begrenzt empfindet, während sich von den befragten Kommunalpolitiker/innen nur ein kleiner Teil zu diesem Thema äußert. In dieser Gruppe steht eher die Sorge um das sinkende ehrenamtliche Engagement und die unzureichende Nutzung der bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten im Vordergrund.

„Also insgesamt glaub ich gibt es schon ein hohes Interesse, das ist aber ungleich verteilt. Ich glaube, das ist ein Phänomen, das wir seit ein paar Jahren in ganz Deutschland, wahrscheinlich sogar in Europa, in Amerika – ich sag mal, in dem, was man so heutzutage fortgeschrittene, rechtstaatlich-demokratische Länder nennen würde – haben. Andererseits haben wir aber auch, glaube ich, ein hohes Potenzial an Engagement. Dieses hohe Potenzial an Engagement und an politischem Interesse ist aber überproportional in sozialen Schichten zu finden, denen es schon sehr gut geht und die mit ihrem Engagement, nicht immer, aber doch sehr oft, ihre sehr eigenen Interessen vertreten. Das ist auch nicht illegitim, das ist in Ordnung; was es manchmal aber schwierig macht, ist sozusagen den Ausgleich zu finden. Weil es einerseits den hohen Bedarf an Partizipation gibt, dieses hohe Bedürfnis aber vorwiegend von sozial höher gestellten Menschen zum Ausdruck gebracht wird, droht ein bisschen die andere Seite der Gesellschaft unter die Räder zu kommen.“¹³¹
„Der Bezirksausschuss ist ein rein ehrenamtliches Gremium, das sich einmal im Monat trifft, plus Frakti-

¹²⁸ 16_Delitzsch

¹²⁹ 14_Schöneiche

¹³⁰ Die qualitative Inhaltsanalyse konzentrierte sich nicht auf diesen Aspekt. Auffällig war jedoch, dass viele Interviewpartner/innen vergleichsweise ausführlich auf die Frage eingingen, in-

wieweit kommunalpolitische Entscheidungsprozesse akzeptiert werden und überhaupt von Interesse sind. Eine gründlichere Untersuchung der Beteiligungsprozesse in den Kommunen wäre, so lassen die Interviews vermuten, sehr aufschlussreich.

¹³¹ 12_Köln

onssitze, plus Unterausschusssitze und Ähnliches. Also das wirklich auch mit Aufwand betrieben wird. Und hier ist durchaus Einflussnahme möglich, zumindest in den engen Bereichen des Bezirksausschusses. Und dennoch haben wir große Schwierigkeiten oder müssen wir sehr großen Aufwand betreiben, um genügend Menschen davon zu überzeugen, dass sie sich dort einbringen wollen.“¹³²

„Also, wo die kommunale Ebene ja immer so als ganz nah am Bürger angesehen wird, bin ich manchmal der Meinung, dass die ganz schön weit weg ist, der Stadtrat von den Leuten. Ja, so würde ich es formulieren. Man hat halt in Sachsen noch ein zusätzliches Problem, dass die Ortsbeiräte in den Städten, also auf die Stadtviertel runtergebrochen, kein Vetorecht haben oder auch kein aufstrebendes Veto, das heißt, die können nur Stellungnahmen machen und dann können sie bestimmt werden durch den Stadtrat. Was natürlich für solche Leute, die sich engagieren, oft ein Problem ist, weil: ‚Du kannst nichts machen‘ – das kriegen aber, glaube ich, die meisten Leute nicht mit, dass es so ist, aber das ist natürlich ein weiteres Problem.“¹³³

Bei den Befragten aus dem Kreistag Oder-Spree wird die Sorge um das mangelnde Interesse besonders deutlich. Die Ursache des Problems suchen die Interviewpartner/innen unter anderem in der Funktionsweise des Kreistags. Während in den Gemeinderäten eine andere politische Kultur bestünde, in der politische Streitfragen noch diskutiert würden, sei die Strahlkraft des Kreistags, in dem in erster Linie Vorlagen abgestimmt werden, wesentlich geringer. Dies wirke sich nicht zuletzt auch auf die Möglichkeiten der NPD aus, der es vor diesem Hintergrund besonders schwer falle, wahrnehmbare politische Akzente zu setzen.

„Das ist eben nicht mehr die Ebene der Gemeinde, wo man halt mit dem täglichen Leben irgendwie verbunden ist, das ist auch das Problem, weshalb beispielsweise, denke ich jedenfalls, die NPD-Leute, die da im Kreistag sind, so richtig nichts bewerkstelligen können, weil es eben schwierig ist, vor diesem Hintergrund überhaupt etwas zu thematisieren.“¹³⁴

„Was auch noch ein Problem ist: Ich schätze mal, wenn die lokalen Medien, so die Printmedien, wenn überhaupt, über den Kreistag berichten, die würden über die NPD sowieso erst recht nicht berichten. Und das ist ohnehin so, dass die meisten normalen Bürger überhaupt keine Ahnung haben, wer im Kreistag sitzt und sie es nicht mitkriegen würden, weil wenn, dann wird irgendwie vielleicht kurz mal berichtet, was im Kreistag gerade mal beschlossen wurde, keine Ahnung, die Gebührensatzung fürs Abfallsystem oder für das Rettungswesen oder was da so ansteht, oder dieses und jenes wird saniert aber das war es dann auch schon. Also Kreistag ist ein Gremium, was nach meiner Einschätzung von den wenigsten Bürgern auch wahrgenommen wird. Und dann hat es die NPD natürlich noch schwerer, wenn sie es überhaupt wollte und aktiv machen würde, da irgendwie wahrgenommen zu werden.“¹³⁵

Die hier angesprochene Geringschätzung der kommunalen Ebene und ihrer Gremien wirke sich jedoch auch in anderer Hinsicht auf die politischen Handlungsmöglichkeiten der rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteure aus: Einzelne Befragte interpretieren den Wegfall der vormals bei Kommunalwahlen flächendeckend gültigen 3%-Hürden und anderer formal-rechtlicher Beschränkungen als Ausdruck der geringen Wertschätzung gegenüber der Kommunalpolitik und stellen einen Zusammenhang zu den Wahlergebnissen der Rechtsaußen-Parteien her.

„Die Frage des Wegfalls der Klausel ist so eine Frage, wo ich mich frage, ist das eigentlich gerechtfertigt?! Wir haben das überall; vielleicht muss man über die 5% reden, aber dass es gar keine Klausel geben soll für die kommunale Ebene, hat ein bisschen was von: Na ja, die wollen sowieso nur spielen. Und wenn man so umgeht mit der Kommunalpolitik, dann muss man sich nicht wundern, dass manche Kräfte das auch sozusagen als ihre Spielweise ansehen, und da ihre Organisation drauf aufbauen.“¹³⁶

¹³² 03_München

¹³³ 20_Dresden

¹³⁴ 14_Schöneiche

¹³⁵ 13_Schöneiche

¹³⁶ 12_Köln

„Der Konsens ist, denen möglichst keine Plattform zu bieten.“¹³⁷

DIE IDEALTYPEN DES UMGANGS: IGNORIEREN – SELBSTBEWUSST DECHIFFRIEREN – SACHBEZOGEN DISKUTIEREN

Eine Ausgangsidee der Befragung war, erneut die von Benno Hafeneger und Sven Schönfelder in ihrer Studie „Politische Strategien gegen die extreme Rechte in den Parlamenten“ aus dem Jahr 2007 formulierten Idealtypen des Umgangs mit Rechtsaußen-Parteien in kommunalen Gremien zu untersuchen. Ist diese Typisierung sechs Jahre später weiterhin gültig – nach vielfältigen Erfahrungen in der politischen Auseinandersetzung und einem Prozess der Gewöhnung an die rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen? In allen befragten Kommunen gilt ein Minimalkonsens unter den Demokrat/innen, der im Wesentlichen durch das Ignorieren der Anträge und Redebeiträge von Rechtsaußen und konsequente Ablehnung bei Abstimmungen gekennzeichnet ist.

„Nein! Nein, weil, das Problem ist, was wir sehen: Jedes Eingehen bringt eine Aufwertung und dann kann sich ja daran eine sehr lange Diskussion... Und jede Gegenrede, bringt schon den Keim der nächsten Gegenrede. Also sprich, dass die dann antworten und dann längere Diskussionen kommen. Das wollen wir nicht, sondern wir sagen, wir wollen das vom Vornherein im Keim ersticken. Gar nicht drauf eingehen und gleich von Vornherein ablehnen.“¹³⁸

„Also, jetzt spontan würde ich sagen, wenn Herr Beier mal nach vorne geht und irgendetwas sagt, gibt es in der Regel keine Gegenreden, nach dem Motto, geht gar nicht darauf ein, setzt dich gar nicht mit ihm auseinander, biete ihm gar kein Podium. Ich bin jetzt nicht sicher, ob bei der einen oder anderen Sache, das sind ja nun schließlich seit Herbst 2008 schon fast fünf Jahre, vielleicht mal jemand von der Verwaltung, speziell der Landrat oder Dezernenten hingegangen sind, irgendetwas inhaltlich richtiggestellt haben. Wenn sie mit ihrem Vortrag irgendwie einen Antrag stellen, dann wird der in der Regel ohne Diskussion entsprechend abgelehnt.“¹³⁹

Die von Hafeneger und Schönfelder beschriebene „Strategie des Ignorierens und Ausgrenzens“ ist demnach bestimmend für den demokratischen Umgang mit den Rechtsaußen-Parteien in den untersuchten Kommunen. In einer Mehrzahl von ihnen wird jedoch über gelegentliche Ausnahmen berichtet. Sie betrifft Gegenreden, die nur dann gehalten werden, wenn Rechtsextreme oder Rechtspopulist/innen politisch-moralische Grenzen durch ideologisch motivierte Provokationen überschreiten oder Sachverhalte in eklatanter Weise falsch darstellen. Vielfach obliege es in solchen Fällen der Sitzungsleitung, die Vorstöße von Rechtsaußen zurückzuweisen oder Richtigstellungen vorzunehmen. Entgegnungen seitens demokratischer Verordneter kämen eher selten vor. Diese Form des „differenzierten Ignorierens“¹⁴⁰ wird von Befragten in Köln, Dresden, Schöneiche, Pirmasens und München beschrieben. Klare Vereinbarungen darüber, wer stellvertretend für alle demokratischen Fraktionen Gegenreden hält, wie das in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen üblich ist, wurden in keiner der untersuchten Kommunen erwähnt.

In Köln teilen die Fraktionen im Vorfeld den anderen Fraktionen mit, wenn sie auf einen Antrag von „Pro Köln“ reagieren wollen. Zudem würden regelmäßige Austauschrunden beim Oberbürgermeister gemeinsame Absprachen ermöglichen. Auch in Pirmasens gebe es gelegentlich fraktionsübergreifende Absprachen darüber, wie mit einzelnen Anträgen umgegangen werden könne.

In den anderen Kommunen scheint der Umgang mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen kein kontinuierliches Thema unter den Demokrat/innen zu sein. Meist sei zu Beginn der Wahlperiode eine eher informelle Einigung darüber erzielt worden, die rechtsextremen und rechtspopulistischen Verordneten weitgehend zu ignorieren.

„Wir haben auch die Vereinbarung, dass wir eigentlich zu Anträgen von ‚Pro Köln‘ nicht reden; das würde sozusagen ihren Wert nur steigern, und das wollen wir nicht. Vereinzelt tun wir das aber, und dann kommt es da immer sehr stark auf das Thema an.“¹⁴¹

¹³⁷ 27_Pirmasens

¹³⁸ 04_Eisenach

¹³⁹ 13_Schöneiche

¹⁴⁰ Vgl. Hafeneger / Schönfelder, S. 89.

¹⁴¹ 12_Köln

„Das ist jetzt nicht institutionalisiert, aber doch, gerade auch aus dem Ältestenrat heraus ein Konsens, dass man das jetzt nicht groß würdigt. Der Sitzungsleiter kann es schon mal machen, aber wie gesagt, unsere Oberbürgermeisterin ist dazu nicht in der Lage, ihre beiden Vertreter schon eher, und die machen es gelegentlich auch schon mal.“¹⁴²

„Ja, wenn es dann zu ideologisch wird und das ganze schon an der Grenze der Geschmacklosigkeit bzw. auch der Beleidigung oder auch der Verherrlichung von verschiedenen rechten Themen oder Ansichten kommt, wird schon eingeschritten. Teilweise dann durch Ordnungsrufe der Verwaltung oder auch durch Zwischenrufe oder später dann Statements der Ratsmitglieder.“¹⁴³

Eine besonders wichtige Rolle spielt offenbar die Sitzungsleitung. Einige der Befragten betonen, dass es bei rechtsextremen oder rechtspopulistischen Initiativen immer wieder einer gründlichen Abwägung bedürfe, ob seitens der demokratischen Verordneten inhaltlich reagiert werden solle, da dies den rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Mandatsträger/innen noch eine zusätzliche Gelegenheit biete, das Wort zu ergreifen. Eine alternative Reaktionsmöglichkeit würden kurze Kommentare und Entgegnungen der Sitzungsleitung bieten. Diese könne zudem allein durch die von ihr gewählte Anrede oder Ansprache der Mandatsträger/innen von Rechtsaußen die Abgrenzung durch die Demokrat/innen zum Ausdruck bringen. Allerdings bringt die Rolle der Sitzungsleitung auch Schwierigkeiten mit sich. In einigen Kommunen hat es bereits juristische Auseinandersetzungen gegeben, da sich die rechtsextremen Verordneten durch die Sitzungsleitung benachteiligt gefühlt haben, etwa durch Rügen oder Ordnungsrufe. In Köln habe dies in einem Fall zu einer Niederlage vor Gericht geführt – die Sitzungsleitung, aber auch die Verwaltung bewege sich mitunter „auf rechtlich dünnem Eis.“¹⁴⁴

„Vor 1, 2 Jahren haben wir festgestellt, dass ein Mitglied der ‚Pro Köln‘ Fraktion sehr leicht reizbar ist. Und wenn man ihn also mit Zwischenrufen reichlich irritiert, dann ruft er so Schlimmes dazwischen, dass der Oberbürgermeister ihn vor die Tür setzen kann, im Laufe der Ratssitzung. Das hat dann zur Folge, dass man deutlich besser durch die Ratssitzung kommt. Das hat 1, 2 Mal funktioniert, dann ist der Mensch vor das Verwaltungsgericht gezogen und das Verwaltungsgericht hat festgestellt: Wenn aufgrund eines bestimmten Begriffes, den dieser Mensch benutzt hat – der Oberbürgermeister hat gesagt: ‚das muss gerügt werden‘, er hat ihn mehrfach gerügt und ihn dann vor die Tür gesetzt und von der Sitzung ausgeschlossen – dann muss man aber feststellen, es hat im Umfeld dieser Entscheidung von anderen Ratsmitgliedern auch nicht so schöne Begriffe gegeben, die auch hörbar waren. Das hätte der Oberbürgermeister dann auch rügen müssen. Hat er aber nicht getan. So ist vom Verwaltungsgericht der Oberbürgermeister wiederum gerügt worden, dass er so gehandelt hat. Wir stellen fest, wir sind da auf rechtlich dünnem Eis.“¹⁴⁵

„Wenn man ihn aufruft, wird darauf geachtet, dass nicht Kollege gesagt wird, was ich auch sehr wichtig finde, weil er für mich kein Kollege ist. Und ich das irgendwie auch von der Außenwirkung her sehr wichtig finde.“¹⁴⁶

„Und es ist auch so, im Unterschied zum Amtsvorgänger benutzt die augenblickliche Oberbürgermeisterin in der Beantwortung von Anfragen auch keine Anrede, sondern sagt nur: ‚Ich beantworte Ihre Frage wie folgt.‘ Das wurde auch schon natürlich angemostert von unseren Berufspfarn, aber letztendlich ist es in der Kommunalordnung nicht geregelt, dass der Anfragende mit ‚Sehr geehrter Herr, sehr geehrte Frau‘ in der Antwort anzureden ist.“¹⁴⁷

„Zum Glück, sage ich, haben wir einen sehr fitten Stadtverordneten-Vorsteher, der gut mit der Situation umgehen kann, wenn NPD-Abgeordnete etwas sagen möchten. Da ist er sehr fit, sage ich mal, und hat halt auch die Regularien auf dem Kasten und kann dann damit natürlich sie auch eindämmen.“¹⁴⁸

Ein rein sachbezogener Umgang mit den Rechtsextremen und Rechtspopulisten, bei dem die Demokrat/innen von den rassistischen und antidemokratischen Positionen der Rechtsaußen-Parteien absehen, werde in keiner der untersuchten Kommunen praktiziert. Allerdings liege dies einzelnen Interviewpartner/innen

¹⁴² 19_Dresden

¹⁴³ 25_Pirmasens

¹⁴⁴ 12_Köln

¹⁴⁵ 12_Köln

¹⁴⁶ 02_München

¹⁴⁷ 05_Eisenach

¹⁴⁸ 23_Cottbus

zufolge vor allem daran, dass die sachpolitische Arbeit der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen qualitativ schlecht sei oder schlicht nicht vorhanden.

„Aber sachbezogene Anträge von den Republikanern wurden bisher immer abgelehnt. (...) Nach sachgerechter Prüfung. Wir wüssten nicht, wie wir reagieren, wenn die mal einen ordentlichen Antrag vorbringen würden. Aber das passiert zum Glück nicht.“¹⁴⁹

„So dass wir – das ist mein generelles Problem in der Angelegenheit – in der Kommunalpolitik eine Auseinandersetzung mit dem gar nicht führen, weil er nicht aktiv wird. Und wie ich mich jetzt verhalten würde, wenn der einen Antrag formulieren würde: ‚Die Erde ist keine Scheibe‘, dann könnte ich ja nicht dagegen sein, das wäre ja richtig. Aber, es ist ja noch nicht mal etwas, dass der irgendetwas bringt, womit man sich auseinandersetzen könnte. Es ist ganz einfach, es ist nichts.“¹⁵⁰

Die Grafik gibt einen Überblick über die verschiedenen Umgangsweisen in den Kommunen. Während die „Strategie des Ignorierens und Ausgrenzens“ in allen Kommunen vorrangig praktiziert wird, bilden die zweite und dritte Spalte weitere Reaktionsmuster ab, die jeweils auf fünf der Kommunen zutreffen.

Formal-juristischer Umgang

| | Beteiligung in Gremien wurde eingeschränkt | andere demokratische Parteien betroffen | Anzeige/ Ermittlungen gegen Rechtsaußenmandatsträger/innen wg. Vorkommnissen in den Gremien |
|----------------------------------|--|---|---|
| Eisenach | X | X | |
| München | X | | X |
| Kreistag Oder-Spree (Schöneiche) | X | | |
| Cottbus | X | X | X |
| Pirmasens | | | X |
| Köln | X | | X |
| Radevormwald | X | X | |
| Dresden | | | |
| Delitzsch | | | |

„...um bestimmte Sachen umzusetzen, gibts auch leider mal Verlierer, die du gar nicht treffen willst.“¹⁵¹

FORMAL-JURISTISCHE UMGANGSWEISEN

Als Teil einer Strategie des Ausgrenzens und Ignorierens haben die demokratischen Parteien in mehreren Kommunen Änderungen der Geschäftsordnung oder anderer Regularien der Gremienarbeit vorgenommen. Dadurch wurden Hürden erhöht, etwa für das Erlangen des Fraktionsstatus, den Zugang zu Ausschüssen oder das Stellen eigener Anträge. Im Kreistag Oder-Spree, in München, Cottbus und Eisenach wurden nach der Neukonstituierung des Gremiums verschiedene technisch-formale Änderungen besprochen und umgesetzt, wovon in Eisenach und Cottbus neben der NPD auch andere kleinere Parteien betroffen waren. Während in diesen Fällen von einer Einschränkung der Spielräume kleiner Parteien und Fraktionen gesprochen werden muss, wurde aus Köln über Änderungen berichtet, die eher zu neuen, ungewöhnlichen Partei-

¹⁴⁹ 25_Pirmasens

¹⁵⁰ 17_Delitzsch

¹⁵¹ 04_Eisenach

bündnissen oder zusätzlichen Listen geführt hätten. Durch die Verstärkung des eigenen Engagements seien Mandatsträger/innen von „Pro Köln“ aus Positionen wie Aufsichtsräten herausgehalten worden. Auch in München haben sich mehrere kleinere Parteien zusammengeschlossen, damit der Stadtrat der BIA als einziger Einzelverordneter übrig bleibt.

„Wir haben dann auch eine Listengemeinschaft gebildet bei den Aufsichtsräten, mit den Freien Wählern und den Freunden und aber auch davor in der Periode, da war das Bündnis anders, da war das Bündnis FDP, Grüne und LINKE, etwas sonderbar, aber hat es gegeben, damit wir die auch raushalten, und darüber haben wir dann erreicht, dass sie in die Aufsichtsräte nicht reinkommen.“¹⁵²

„Es gab früher den Grundsatz: Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Und das hatte dann anfangs zur Folge, dass ‚Pro Köln‘, weil es ja nicht wirklich um Inhalte ging, sondern einfach nur darum, Handlungsfähigkeit vorzutäuschen, haben sie wirklich so 3, 4, 5 Anträge pro Sitzung rausgehauen, und immer als erste. Eine Sitzung vorbei – am nächsten Tag hatte ‚Pro Köln‘ die Anträge eingestellt. Und irgendwann haben wir gesagt: ‚Das geht nicht. Die erste Stunde Stadtrat kann nicht ein Sammelsurium von ‚Pro Köln‘-Anträgen sein.‘ Und über die Tagesordnung das nach hinten zu stimmen, ist auch immer schwierig. Also mussten neue Regeln her. Und man hat dann festgehalten: Es ist eine Mischung aus Eingang und Stärke der Fraktion bzw. Antragsteller. Eine Koalition stellt ja meist die Anträge gemeinsam, und so hatten wir dann, Rot-Rot-Grün sozusagen an der Stelle die Nase vorn, aber auch CDU und FDP rutschten dadurch nicht komplett nach hinten, sondern wir haben dann sozusagen, das geht dann bei einem Antrag, und dann sind die anderen dran, so quasi nach einem d’Hondschen System oder so ähnlich muss man sich das vorstellen, und dann, in der nächsten Runde, wenn dann mehr als 5 Anträge oder 6 kommen, dann ist halt wieder der Stärkste dran. So dass man das eigentlich nicht mehr hat, dass eine Fraktion 3, 4, 5 Anträge hintereinander hat.“¹⁵³

„Ich kann jetzt nicht mehr wirklich sagen, ob es wirklich eine Geschäftsordnungsänderung gab, aber es war so, dass man eben dann die anderen Parteien, also die Bayernpartei, Freie Wähler und BDP sich zusammen getan hat und man so geschafft hat, dass er wirklich der Einzige ist, der allein ist. Also als Alleiniger. Damit hat er kein Anrecht mehr auf ein Zimmer hier im Rathaus. Ich kann jetzt nicht 100%-ig sagen, wie das vorher war in der Geschäftsordnung, aber damit hat er sozusagen kein Büro mehr und ich glaube, auch keine Mitarbeiter oder nur sehr geringfügig. Und halt kein Ausschuss. Also er kriegt keinen Ausschuss und nichts und ist da sehr isoliert.“¹⁵⁴

In Dresden wird von einem Versuch aus der vorherigen Wahlperiode berichtet, der NPD-Fraktion im Stadtrat den Fraktionsstatus, der erst durch einen neuen, vorher fraktionslosen Mandatsträger erlangt worden war, abzuerkennen, da dieser Fraktionslose auch bei verschiedenen anderen Fraktionen um Mitgliedschaft angefragt hatte und ihm darum die „politische Nähe“ abgesprochen wurde.

„Dann die nächste große Auseinandersetzung ist gewesen als sie einen, ja, aus der Bürgerfraktion abtrünnigen, etwas schillernden Stadtrat als vierten gewonnen haben und damit dann den Anspruch auf Fraktionsstärke hatten. Das war noch in der vergangenen Wahlperiode. Da haben wir zunächst obsiegt eigentlich, die Stadt, (...) weil man das der Verwaltungsgerichtsbarkeit klar machen konnte, dass das eine Schein-Fraktion ist. Es war nämlich so gewesen, dass dieser Stadtrat dort bei mehreren Fraktionen, darunter auch bei uns, angeklopft hat, ob er Fraktionsmitglied werden kann. Und das haben wir der Verwaltung auch zur Kenntnis gebracht. Und es ist ziemlich klar, dass jemand, der sich vorstellen kann, in der SPD-Fraktion mitzumachen, dass der auch eigentlich inhaltlich nichts gemein haben kann mit den entsprechenden rechtsextremen Gruppierungen. Und die haben dann aber in dieser Schein-Fraktion 1, 2 Jahre zusammengearbeitet, und dann irgendwann sagte das Verwaltungsgericht: ‚Jetzt ist es keine Schein-Fraktion mehr.‘ Muss ich dazu sagen: Ich weiß nicht, was sich der liebe Gott gedacht hat, als er den deutschen Verwaltungsrichter erschaffen hat, aber er hat es offenbar getan, und dann muss man es halt so akzeptieren. Es ist dann aber politisch nicht mehr wirksam geworden. Da ist dann noch Fraktionsfinanzierung nachgezahlt worden.“¹⁵⁵

¹⁵² 10_Köln

¹⁵³ 12_Köln

¹⁵⁴ 02_München

¹⁵⁵ 19_Dresden

In Radevormwald hatte zunächst die Fraktion von „Pro NRW“ den Antrag eingebracht, fraktionslosen Verordneten das Recht auf Antragsstellung zu erschweren, indem eine Mindestanzahl von Verordneten für eine Antragseinbringung gefordert wurde. Der Antrag war ausdrücklich gegen einen linken Einzelverordneten („Linkes Forum“) im Rat gerichtet. Nachdem der Antrag zunächst abgelehnt worden war, wurde er in ähnlicher Form zu einem späteren Zeitpunkt, als „Pro NRW“ keinen Fraktionsstatus mehr inne hatte, von einer Mehrheit der demokratischen Fraktionen eingebracht und umgesetzt. Auswirkungen hat der Antrag mittlerweile allein auf den Einzelverordneten, denn „Pro NRW“ hat inzwischen durch einen neuen Verordneten den Fraktionsstatus zurückerlangt.

Der Verweis der Rechtsaußen-Vertreter/innen auf den angeblich undemokratischen Charakter des formal-juristischen Umgangs spielt in fast allen Kommunen eine Rolle. In einigen Kommunen reagierten die Rechtsaußen-Parteien mit Klagen. Insbesondere in Köln ist die Verwaltung mit einer hohen Anzahl an Streitverfahren konfrontiert, die von der „Pro Köln“-Fraktion angestrengt wurden.¹⁵⁶

Umgang in den Gremien

| | grundsätzliches ignorieren | gelegentliche, individuelle Gegenreden, wenn Grenze überschritten (differenziertes ignorieren) | Reaktionen vor allem von Sitzungsleitung abhängig |
|----------------------------------|----------------------------|--|---|
| Eisenach | X | | X |
| München | X | X | X |
| Kreistag Oder-Spree (Schöneiche) | X | X | |
| Cottbus | X | | X |
| Pirmasens | X | X | X |
| Köln | X | X | |
| Radevormwald | X | | |
| Dresden | X | X | X |
| Delitzsch | X | | |

„Eine dauerhafte Ignoranz ist auch nicht in Ordnung.“¹⁵⁷

KRITIK AN DER UMGANGSPRAXIS

Bei knapp der Hälfte der befragten Kommunalpolitiker/innen stößt der Umgang in den Gremien mit rechts-extremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen auf Bedenken und führt zu ambivalenten Sichtweisen. Während bei den Interviewpartner/innen des Kreistages Oder-Spree und Cottbus eine grundlegende Zufriedenheit mit der lokalen Umgangspraxis deutlich wird, äußern sich in anderen Kommunen einzelne Befragte kritisch zu einzelnen Aspekten des Umgangs. Die Bedenken und die teilweise auch deutliche Kritik betreffen meist die Strategie des Ausgrenzens und Ignorierens, die dem Minimalkonsens gemäß zwar grundsätzlich geteilt, aber als nicht ausreichend empfunden wird. Ein weiterer Aspekt betrifft Bedenken bezüglich administrativer Umgangsweisen, die bei einigen Befragten ambivalent bewertet werden. Einzelne Befragte in Dresden, München, Köln und Schöneiche betonen, dass der administrative Umgang den inhaltlichen und politischen Umgang nicht ersetzen dürfe, auch wenn er seine Berechtigung habe und hilfreich in der Auseinandersetzung sei. Problematisiert wird der administrative Umgang auch dann, wenn er wegen des Parteienprivilegs Auswirkungen auf die Präsenz aller Parteien im öffentlichen Raum hat. Damit würden die Parteien einer Entdemokratisierung Vorschub leisten und der Entpolitisierung zuarbeiten.

¹⁵⁶ Im Juli 2013 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen vier Ratsmitglieder der Fraktion von „Pro Köln“ wegen des Verdachts der Abrechnung von Sitzungsgeldern für mehrere hundert Fraktionssitzungen, die gar nicht stattgefunden hatten, vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2013-07/pro-koeln-anklage-be-trug [25.11.2013].

¹⁵⁷ 25_Pirmasens

„Ich finde das sehr schwierig, diese reine administrative Geschichte. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Also ich meine, ja, es ist emotional eine gewisse Befriedigung, dass der nicht auch noch einen Schreibtisch finanziert bekommt. Aber es ist kein wirklich demokratischer Beschluss. Man gibt auf der einen Seite wirklich Prinzipien der Demokratie preis. Um sich diesen Nazi vom Leib zu halten irgendwie, und auf der anderen Seite weicht man den inhaltlichen Fragen aus. Auf lange Frist lässt das sozusagen eigentlich nur die Option, immer mehr von diesen Prinzipien preiszugeben, weil man einfach zu viel Angst vor dieser inhaltlichen Frage hat. Und das kann nicht sein.“¹⁵⁸

„Aber, es gibt so die Schiene, dass, wenn man etwas verbietet, ist es quasi erledigt. Und das funktioniert ja nicht. Man kann auch nicht mit demokratischen Mitteln jetzt demokratische Regeln außer Kraft setzen, das schlägt ja wieder zurück. Und das aber einzusehen, dass man dann auch eine auf normalem Weg gewählte, nicht dem eigenen Denken entsprechende Meinung halt erst mal so akzeptieren muss, also nicht akzeptieren, aber denen auch diese Rechte zusprechen muss, so lange wie man ihnen nicht nachweisen kann, dass sie gegen Grundrechte verstoßen. Da war in vielen Köpfen einfach: Wir verbieten hier mal was oder wir setzen hier mal ein Schubkasten davor. Es würde uns dann nicht selber betreffen. Aber das es dann natürlich genauso gegen einen selber auch wieder verwendet werden kann – das war ein Diskussionsprozess.“¹⁵⁹

„Bei ‚Pro Köln‘ ist das schwieriger, wenn sie als Fraktion etwas machen, kann die Stadtverwaltung das schlecht verweigern, es sei denn, sie würden anfangen, das auch den anderen Fraktionen zu verweigern. Und da sind wir der Auffassung, dass Politik – und gerade die gewählten Gremien, die gewählten Fraktionen, durchaus auch einen Anspruch darauf haben, sich zeigen zu dürfen, als Teil der gewählten Gremien, und das heißt sie dürfen sich zeigen im Rathaus, und nicht irgendwo. Deswegen sind wir da zu dem Schluss gekommen, es kann nicht sein, dass eine demokratische Partei, CDU, FDP, SPD oder Grüne, nicht im Rathaus eine Veranstaltung machen darf, nur damit ‚Pro Köln‘ das nicht darf.“¹⁶⁰

„Ich finde zum Beispiel wichtig, dass eben Parteien auch mal in der Schule sind und sich erklären. Und so was wird konsequent abgeblockt, so nach dem Motto: ‚Wenn wir euch das zulassen, dann müssen wir es auch der NPD zulassen und das wollen wir doch alle nicht.‘ Und diese Verweigerungshaltung, die halte ich persönlich für gefährlich, weil wir noch lauter entpolitisierte Schüler produzieren, die dann am Ende eben auch anfällig für so was sind. Weil sie sich eben nicht damit auseinandersetzen konnten, weil sie ihre Meinung über SPD, CDU, FDP, Linke meinetwegen, eben auch nur über die Medien bilden und da leisten unsere Medien, bis auf ganz wenige Ausnahmen, aus meiner Sicht keinen guten Job.“¹⁶¹

Auch jenseits des administrativen Umgangs wird die öffentliche und inhaltliche Auseinandersetzung teilweise als unzureichend kritisiert. Zum Teil blieben inhaltlich falsche oder ideologische Aussagen der rechts-extremen oder rechtspopulistischen Vertreter/innen unwidersprochen im Raum stehen und würden dann auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Rechtsaußen-Vertreter/innen als unwidersprochen präsentiert. Obwohl die Ausgrenzungsstrategie von den meisten Kritiker/innen grundsätzlich befürwortet wird, plädieren nicht wenige Befragte dafür, häufiger mit inhaltlichen Stellungnahmen und Zurückweisungen zu reagieren, um so die Ablehnungspraxis auch inhaltlich begründen zu können. Inwiefern diese Kritik im Rahmen des kommunalpolitischen Austauschs ebenfalls geäußert wird, blieb allerdings meist offen. Nur vereinzelt wurde erwähnt, dass die Debatte zum Umgang auch zwischen den demokratischen Parteien geführt werde.

„Die stellen 4 oder 5 Anträge pro Ratssitzung. In letzter Zeit findet überhaupt nichts mehr dagegen statt. Dann reagieren sie manchmal auch auf Reden, da antworten wir gar nicht drauf – also es findet im Prinzip eine Nicht-Auseinandersetzung statt. Im Großen und Ganzen, zu 90%. Und das finde ich einfach schade. Oder: Das reicht nicht aus, um es mal so zu sagen. Es geht nicht, dass wir uns von denen sozusagen die Themen diktieren lassen und auf jeden Pup von denen reagieren; das geht gar nicht. So. Aber das man das total ignoriert, das geht auch nicht.“¹⁶²

„Man darf also nicht, das was also viele im Rat in Radevormwald immer wieder machen, ihnen nichts entgegen. Es einfach nur an sich abprallen lassen. Mit einem gewissen Gefühl der Erhabenheit, sage ich

¹⁵⁸ 01_München

¹⁵⁹ 21_Dresden

¹⁶⁰ 12_Köln

¹⁶¹ 16_Delitzsch

¹⁶² 10_Köln

jetzt mal. ‚Wir setzen uns mit denen gar nicht auseinander.‘ Das ist eine Sache, die nehmen sie auf, das verwenden sie in ihrem Sinne. Sie agieren entsprechend. Dadurch, dass man nicht darauf eingeht, bleibt zum Beispiel ja auch diese Sache mit den Laternen unwidersprochen im Raum stehen. (...) ‚Pro NRW‘ verweist darauf, es sagt niemand, dass das anders ist. Und die wirkliche politische Dimension in diesen Debatten immer wieder betonen.“¹⁶³

„Es ist eher so dieser andere Punkt, von wegen: Wir kriegen das Ganze unter Kontrolle, in dem wir so tun, als wäre das nicht ein größeres Problem. [...] Ich meine München hat ja ganz andere Anteile an Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Berlin. Das ist bei uns ein Drittel der Stadtbevölkerung. Es ist über die Hälfte der Jugendlichen, es ist einfach abgrundtief schäbig, wenn man diesen Leuten nicht entgegentritt. Weil man damit diesen ganzen Teil der Stadt behandelt, als gäbe es ihn nicht.“¹⁶⁴

Insbesondere mit der neu aufkommenden Praxis in vielen Kommunen, die Gremiensitzungen per Video-stream ins Internet zu übertragen, begründen einzelne Befragte, dass inhaltliche Stellungnahmen wichtiger seien denn je – da die Sitzungen jetzt ja von mehr Menschen verfolgt werden würden. Nicht zuletzt würden auch die Mandatsträger/innen der Rechtsaußen-Parteien auf diese Übertragung reagieren und gezielt „Schaufensterreden“ halten. In der Aussage eines Befragten wird zudem deutlich, dass die Einschätzung der Wirksamkeit der rechtspopulistischen und rechtsextremen Mandatsträger/innen sich aufseiten der Kommunalpolitiker/innen stark von der Wahrnehmung externer Beobachter/innen unterscheiden kann. Es liegt nahe, dass Kommunalpolitiker/innen aufgrund des Gewöhnungseffektes und der Vielzahl an behandelten Themen pro Sitzung einzelne kurze „Auftritte“ von rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen eher als Nebenschauplatz betrachten als externe Beobachter/innen.

„[...] sie versuchen, Stadtratsfernsehen zu nutzen. Da gibt es solche Übertragungen bei uns und da werden die einzelnen Tagungsordnungspunkte auch ungeschnitten gezeigt und dann hat man schon den Eindruck, dass gerade dort wo sie annehmen, es wird ein Tagungsordnungspunkt übernommen, dass dort auch eine ganz klare Fensterrede gehalten wird.“¹⁶⁵

„Weil es ist ja nicht jetzt so, sie müssen sich das jetzt nicht so vorstellen, dass die Stadtratssitzung im Fernsehen übertragen wird und die Leute vor der Glotze hängen und das gucken und nachverfolgen – so ist das ja nicht. Sondern das ist ja so, da sitzen die Journalisten und auf der Zuschauerbühne vielleicht 30, 40 Leute. Aber selbst von denen hör ich öfter mal: ‚Warum sagt ihr denn jetzt nichts dagegen?!‘ Also Ratsprotokoll und Zuschauer auf der Tribüne, das sind so zwei Betrachter, die sagen: ‚zu wenig!‘ Und die Journalisten auch.“¹⁶⁶

Einige Befragte sehen in einer Ausgrenzungspraxis, die weitestgehend auf inhaltliche Argumentation verzichtet, zudem das Problem, dass dies NPD und Rechtspopulist/innen eine Selbstdarstellung als Opfer der Demokratie und der „etablierten Parteien“ erleichtern würde. Diese Form der Selbstinszenierung, der zufolge die demokratischen Parteien andere Meinungen nicht zulassen und einer inhaltliche Auseinandersetzung aus dem Weg gehen würden, findet auf verschiedenen Ebenen statt.

„Aber, wie gesagt, es ist ja auch ein zweischneidiges Schwert, wenn man in dieser Situation ist, dass 68 Stadträte dann automatisch zustimmen und die zwei in der Minderheit sind. Das ist ja dann auch wieder dieses Opferrollenprinzip.“¹⁶⁷

„‚Pro NRW‘ benutzt den Umstand, dass man das einfach nur kommentarlos abweist, für ihre eigene Agitation. Sie verweisen auf ihrer Internetseite und ihren sonstigen Publikationen, Flugblätter und dergleichen, Faltflugblätter gibt es ja, dann darauf, dass man ihnen argumentativ halt sich nicht entgegensetzen kann, aber es trotzdem grundlos abweist. Also es wird instrumentalisiert durch diese Leute.“¹⁶⁸

Ein weiterer Aspekt, der kritisch gesehen wird, betrifft das Abstimmungsverhalten. In der Mehrheit der befragten Kommunen hat es in der Vergangenheit Abstimmungen gegeben, bei denen auch vereinzelt Verordnete der demokratischen Parteien für die Rechtsaußen-Parteien gestimmt haben. In der Regel

¹⁶³ 08_Radevormwald

¹⁶⁴ 01_München

¹⁶⁵ 19_Dresden

¹⁶⁶ 10_Köln

¹⁶⁷ 19_Dresden

¹⁶⁸ 08_Radevormwald

ereignete sich dies bei geheimen Abstimmungen von Personenwahlen, entweder für Ausschusssitze oder ehrenamtliche Beigeordnete. Das stärkt die These, dass die Abgrenzung von der NPD einem breiten gesellschaftlichen Konsens entspricht, der aber nicht zwangsläufig mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung und Ablehnung der NPD-Programmatik einhergeht. Bei Sympathie bleibt aufgrund dieser öffentlich getragenen Abgrenzungsstrategie den einzelnen Verordneten demokratischer Parteien nur die Möglichkeit, ihre Sympathie im Rahmen von geheimen Abstimmungen geltend zu machen. Diese Form der Sympathiebekundung ermöglicht wiederum den rechtsextremen Parteien, Skandale zu inszenieren – vielfach wurden solche Abstimmungsergebnisse auch von lokalen Zeitungen aufgegriffen. Eine mögliche Erklärung für das Abstimmungsverhalten ist, dass einzelne demokratische Verordnete insgeheim nicht von dem Minimalkonsens, der nach außen hin auch von ihnen mitgetragen wird, überzeugt sein mögen. Tatsächlich wollen sie die rechtsextremen oder rechtspopulistischen Mandatsträger/innen ‚normal‘ – also nicht anders als Vertreter/innen demokratischer Parteien – behandeln und nutzen hierfür verstärkt geheime Abstimmungen. Sympathie muss dabei nicht das ausschlaggebende Motiv sein. Vor diesem Hintergrund äußert ein Befragter, dass gelegentliche zusätzliche Stimmen durch demokratische Verordnete mit Gelassenheit betrachtet werden können. Sie enthielten zwar ein Bekenntnis, stellten insgesamt aber kein politisches Problem dar, da der NPD nicht zu mehr Wirksamkeit verholfen würde.

„Und was wir bisher zweimal hatten, und wo es sich eigentlich auch zeigt, dass die Scheu gegenüber der NPD massiv abgenommen hat, ist die Tatsache, dass wir bisher zweimal den Wechsel des Ehrenamtlichen Beigeordneten hatten. [...] Zu jeder Wahl hat sich Patrick Wieschke zur Wahl gestellt und hat jedes Mal mehr Stimmen bekommen, als NPD-Leute anwesend waren. Was jetzt das letzte Mal sogar noch besonders erschreckend war, [...] er selbst war gar nicht bei der Stadtratssitzung anwesend und hat drei Stimmen bekommen. Wo man sich schon fragt, es ist eine geheime Wahl, es ist eine demokratische Wahl, das ja, aber diese Grundvereinbarung der Demokraten, die sagen: ‚Keine Stimme einem Nichtdemokraten‘, das ist in diesen beiden Fällen jedes Mal exemplarisch negiert worden, was mir auch zeigt, dass die NPD unterschwellig doch eine größere Sympathiebasis im Stadtrat hat, als nur bestehend aus den zwei Stimmen, die sie eigentlich nominell hätten.“¹⁶⁹

„Und da merkt man einfach auch, dass bei einigen Stadträten da überhaupt kein Problembewusstsein da ist. Und denen unterstelle ich dann auch, dass die das überhaupt nicht juckt, und die denen dann einfach so mal die Stimme geben. Es ist einfach nicht da, und das wird man in diese Köpfe wahrscheinlich auch nicht mehr rein kriegen. Solange wie es offene Abstimmungen sind, so machen sie es nicht. Aber sobald es eine geheime Abstimmung ist, ist ihnen das so Schnuppe.“¹⁷⁰

„Es galt als Usus im Radevormwald, die vorgeschlagenen Ausschussmitglieder einer Fraktion zu akzeptieren. Fraglos. Das hatte man ohne zweiten Gedanken auf ‚Pro NRW‘ übertragen, obwohl wir im Rat darauf hingewiesen haben, dass der Hintergrund dieser Person bekannt ist, dass sie Mitglied einer Kameradschaft ist, dass gegen sie Strafverfahren laufen.“¹⁷¹

„Sie können das jetzt unterschiedlich bewerten, aber wenn jetzt so ein Kreistag um die 58 Mitglieder hat, davon sind 3 Nazis, und die haben irgendwelche Anträge eingebracht, zu den Zeiten, muss ich auch wieder sagen, gibt es ja jetzt nicht mehr. Wo noch geheime Abstimmungen möglich waren, und da waren mal 2 oder 3, die mit denen gestimmt haben, dann kann ich das für eine Katastrophe erklären, dass es überhaupt welche gibt. Aber da muss ich auch sagen: ‚Liebe Leute, so richtig ein Problem, ein politisches Problem ist das nicht.“¹⁷²

„...da liegt natürlich dann nahe, dass es dann sozusagen mit einer Konsensbetrachtung relativ bald zu Ende sein muss“

DIE GRENZEN DES MINIMALKONSENSES¹⁷³

Dieses Zitat knüpft an eine Spannung an, die sich untergründig durch eine Vielzahl der Interviews zieht und welche die Diskrepanz zwischen dem Minimalkonsens einerseits und der lokal vorgefundenen und z.T.

¹⁶⁹ 05_Eisenach

¹⁷⁰ 21_Dresden

¹⁷¹ 08_Radevormwald

¹⁷² 14_Schöneiche

¹⁷³ 14_Schöneiche

kritisierten Praxis andererseits zumindest teilweise zu erklären vermag. Es wurde deutlich, dass Kritik über den Umgang in den Gremien, vor allem wegen der unzureichenden argumentativen Auseinandersetzung, vorwiegend von Befragten geäußert wurde, die eher dem traditionell links verorteten Parteienspektrum zuzuordnen sind. Diese Kritik bezieht sich aber nicht allein auf den Umgang mit den rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen. Sie betrifft vor allem eine unzureichende inhaltliche Auseinandersetzung und eine fehlende Gemeinsamkeit bei ‚heiklen‘ Themen wie beispielsweise dem in der Gesellschaft verbreiteten Rassismus. Diese problematischen Themen müssen nicht unbedingt von der NPD oder den Rechtspopulisten aufgerufen werden, sondern führen auch unabhängig davon zwischen den demokratischen Parteien zu Uneinigkeit. In mehreren Kommunen wird hier ein Dissens deutlich, der ganz klar die Grenzen eines über den Minimalkonsens hinausgehenden Umgangs z.B. mit rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen markiert. Interessant ist, dass dieselben Bruchstellen auch in einigen der Interviews implizit oder auf Nachfrage deutlich wurden, in denen eine große Zufriedenheit mit dem lokalen Umgang durchschien und die Betonung des Grundkonsens und der Einigkeit der demokratischen Parteien auch mehrfach zur Sprache kam.

„Es ist auch festzustellen, der Kenntnisstand über die Frage, was ist Rassismus und wie funktioniert das, ist erschreckend niedrig. Also nur als Beispiel: Bei der Vorstellung dieser Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit war ein SPD-Stadtrat da, der also eigentlich in seiner Fraktion zu den Traditionslinken gehört. Der hat dann gemeint, die Moscheen sollten halt öfter Tage der offenen Tür machen, dann könnten die Moslems ja beweisen, dass sie nichts Böses im Schilde führen. Wo ich gedacht habe, ja Danke, da braucht man jetzt gar nicht anfangen, über Rassismus zu diskutieren, weil das Gegenüber weiß nicht, worum es geht.“¹⁷⁴

„[...] aber dass es über diesen Grundkonsens hinaus irgendwelche Vereinbarungen gibt, das ist mir nicht bekannt. [...] aber das ist wieder eine vage Vermutung, ich äußere sie trotzdem, aber ich kennzeichne sie als vage Vermutung ohne den Hauch eines Beweises. Ich glaube auch, dass diese zunehmende unterschwellige Affinität gegenüber der NPD oder gegenüber der Funktion, die die NPD im Stadtrat hat, ich denke mal, weitergehende Vereinbarungen jetzt auch nicht wirklich zielführend wären.“¹⁷⁵

„Ja die CDU hat ja gegen die Moschee gestimmt. Mit ‚Pro Köln‘. Und ich finde, wenn man in so einer aufgeheizten politischen Situation, die da ist, da muss man sich als demokratische Partei schon auch überlegen: Ja wenn das schon so ist, dann müssen wir auch klar Farbe bekennen dazu. Und da sind so besondere taktische Finessen nicht nötig. Also da muss man schon sagen, da hat die CDU, meines Erachtens A.) einen kapitalen Fehler gemacht und B.) auch ihr Klientel ist da zum Teil fortschrittlicher.“¹⁷⁶

„[...] aber an der Stelle gerate ich, soweit ich Kommunalpolitik mache, auch immer schnell mit mit vielen, die auch Kommunalpolitik machen, in einen ganz grundsätzlichen Dissens, nach dem Motto, es gibt keine linken oder rechten Schlaglöcher, es gibt nur Straßen, die man machen muss. Da ist dann meine Antwort immer: ‚Na gut, dann gucken wir doch mal hin, welche Straßen gemacht werden und wer in der Straße wohnt und ob das nicht vielleicht doch was mit genau dem Problem zu tun hat.‘ Da liegt natürlich dann nahe, dass es dann sozusagen mit einer Konsensbetrachtung relativ bald zu Ende sein muss, und dann muss ich sagen bei dem Thema, über das wir heute reden, halte ich das nicht für angezeigt, weil ich bin froh, dass wir einen so weitgehenden Konsens hier im Ort entwickeln konnten. Ich muss den nicht kaputt machen, wohl wissend, dass das, was man als Tiefe dazu braucht, nicht hat.“¹⁷⁷

„Ich erinnere mich ganz konkret an eine der wenigen Stellen, als ich mal reagiert habe auf so einen Redebeitrag. Da ging es um Kindertagesstätten, Bedarfsplanung. Und der Krien nutzte dieses, um dort vorzutragen, dass das alles ja ganz wichtig sei, um die Existenz des deutschen Volkes zu sichern. Ich hab dann in dem Beitrag vorher einfach die ersten 30 Sekunden genommen, oder vielleicht auch 45, um zu sagen, dass es eben nicht um die Existenz des deutschen Volkes geht, sondern um die Zukunft einer Vielzahl von uns anvertrauten jungen, kleinen Menschen. Ich wollte da einfach so den Unterschied deutlich machen, und das ist bei einigen durchaus konservativen Kollegen, wie ich dann später hörte, gar nicht gelungen, weil denen das einleuchtend schien, dass das Volk einfach wichtiger ist als das Individuum. Und das ist ja gerade auch der Punkt. Diese innere Abgrenzungsschwierigkeit, die Unreife der demokratischen Vorstellungen die da sind, das wackelige demokratische Fundament auf dem wir hier so stehen. Aber da können ja unsere Nazis nichts für.“¹⁷⁸

¹⁷⁴ 01_München

¹⁷⁵ 05_Eisenach

¹⁷⁶ 10_Köln

¹⁷⁷ 14_Schöneiche

¹⁷⁸ 19_Dresden

Die Aussagen verdeutlichen, dass mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung um die Programmatik der Rechtsaußen-Parteien auch die Herausforderungen an einen gemeinsamen Konsens steigen, da eben nicht alle programmatischen Inhalte als Alleinstellungsmerkmal rechtsextremer und rechtspopulistischer Vertreter/innen angesehen werden können. Vielmehr sind die Grenzen mitunter fließend. Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Empfehlungen aus: Während ein Teil der Befragten trotz einer kritischen Sichtweise für den Minimalkonsens plädiert und weitergehende Absprachen inhaltlicher Natur eher als Bedrohung dieses Konsenses sieht, fordern andere Interviewpartner/innen mehr Auseinandersetzung im Gremium, insbesondere mit dem Rassismus der „Mitte“ der Gesellschaft. Besonders deutlich werden diese Bruchstellen, wenn es um Formen der Erinnerung und des Gedenkens oder um die Bestimmung und Beurteilung des Rassismus geht.

„Konsequente Ablehnung und auch kein Geklügel...!“¹⁷⁹

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER BEFRAGTEN

Neben den bereits geschilderten Erfolgen im Umgang mit rechtsextremen oder rechtspopulistischen Akteuren wurde in 21 Interviews explizit auch nach Handlungsempfehlungen für Kommunen gefragt, die nach Wahlen mit rechtsextremen Mandatsträger/innen in den Gremien konfrontiert sind. Die von den Interviewpartner/innen gegebenen Empfehlungen beziehen sich sowohl auf den Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen in den Gremien als auch allgemein auf die Auseinandersetzung mit den Rechtsaußen-Parteien. Vielfach wurden Empfehlungen implizit auch schon im Laufe der einzelnen Themen selbst geäußert. Dies mag ein Grund dafür sein, warum die Antworten hier eher „dünn“ ausfallen und meist allgemein gehalten sind. Kommunenübergreifend wird empfohlen, die Handlungsspielräume der rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen einzuschränken, sie zu isolieren, ihnen nicht auf Augenhöhe zu begegnen und auf keinen Fall in ihrem Sinne abzustimmen. Die Unterschiede zu den Demokrat/innen müssten deutlich erkennbar sein, ein normaler Umgang sollte sich verbieten.

„Wenn man sich zu sehr in so einen Kuschelkurs begibt, dann lässt man es zu, dass sie sich einfach in der Mitte der Gesellschaft noch breiter machen können. Und das ist nicht gut. Ist meine Meinung und deswegen: konsequenter Umgang, konsequente Ablehnung und auch kein Geklügel, um irgendwelche Mehrheitsverhältnisse irgendwie hinzukriegen mit der NPD. Ganz klare Aussage.“¹⁸⁰

Einige der Befragten empfehlen darüber hinaus, auch im persönlichen Umgang zur Isolierung der rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen beizutragen und auf das Grüßen und den Handschlag demonstrativ zu verzichten. Die Hälfte der befragten Kommunalpolitiker/innen betont die hohe Bedeutung der Einigkeit der Demokrat/innen im Umgang mit den Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen. Und dies, obwohl in vielen der befragten Kommunen geäußert wurde, dass diese expliziten Absprachen nur auf informeller Ebene bestünden.

„Ich würde empfehlen, dass sich die Fraktionen zusammensetzen – natürlich ohne den Rechten oder die Rechten –, dass man sich zusammensetzt, nur zu diesem Thema, die Meinungen über den Umgang miteinander austauscht und versucht, wirklich eine gemeinsame Linie abzusprechen. Dass auch formal festzuhalten, was man tut. Und eben nicht abzuwarten und zu gucken, was passiert.“¹⁸¹

Als Herausforderung sehen einige der Interviewpartner/innen, dass zugunsten des gemeinsamen Agierens eine gewisse Kompromissbereitschaft von den demokratischen Mandatsträger/innen verlangt wird.

„Also ich empfehle den Radikaleren, zu denen ich ja auch gehöre, nicht in jedem Punkt den Konflikt mit den anderen Parteien zu führen. Es gibt da auch Sachen, auf die man verzichten kann. Das einheitliche Auftreten für sich ist wichtiger. Da muss man also auch kompromissbereit sein gegenüber den anderen demokratischen Parteien.“¹⁸²

Die inhaltliche Auseinandersetzung und Widerrede im Gremium sei spätestens dann notwendig und zu empfehlen, wenn ein gewisses Maß an Provokation von den rechtsextremen oder rechtspopulistischen

¹⁷⁹ 23_Cottbus

¹⁸⁰ 23_Cottbus

¹⁸¹ 16_Delitzsch

¹⁸² 08_Radevormwald

Mandatsträger/innen überschritten wurde. Die Hälfte der befragten Personen verweist an dieser Stelle auf die Bedeutung einer frühzeitigen politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung. Eine mögliche Lösung für das Problem, dass eine Gegenrede immer auch den Rechtsaußen-Mandatsträger/innen Raum gibt, sehen einige befragte Kommunalpolitiker/innen darin, eine gemeinsame Erklärung aller demokratischen Parteien zu verfassen.

*„Also ich denke, es ist grundsätzlich immer besser, wenn man die Auseinandersetzung politisch thematisch führt und nicht rein administrativ. Weil immer Situationen auftreten können, wo es dann bricht. Es ist tatsächlich langfristig erforderlich, zwar jetzt nicht nur für die konkrete Auseinandersetzung, sondern für die Gesellschaft selbst erforderlich, Rassismus zu tabuisieren. Und das geht nicht anders, als dass die politischen Gremien erklären: ‚So etwas lassen wir nicht zu. So etwas wird hier nicht ausgesprochen‘, und auch so handeln.“*¹⁸³

Explizit plädieren fünf Befragte unterschiedlicher Parteien und Kommunen in ihren Empfehlungen dafür, die Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen nicht ausschließlich zu ignorieren oder zu versuchen, sie „totzuschweigen“. Empfehlenswert sei der formal-juristische Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Mandatsträger/innen in den Gremien nur dann, wenn die Maßnahmen rechtlich tatsächlich Bestand hätten. Zudem wird empfohlen, „unaufgeregt“ und souverän, aber bestimmt auf rechtsextreme Provokationen zu reagieren.

Mehr als ein Viertel der Interviewten, insbesondere aus der Zivilgesellschaft, betont, dass die demokratischen Parteien in den Kommunen Präsenz zeigen müssen.

*„Oder sich vielleicht auch mal mit anderen Leuten zusammensetzen. Auf die Leute drauf zuzugehen und nicht auf die Leute warten, dass sie kommen.“*¹⁸⁴

*„Und, da muss Politik insgesamt aufpassen. Dass sie die Sprache oder die Basis nicht verliert. Also so an der Basis dran zu bleiben, an den Menschen dran zu bleiben. Was brauchen denn die Menschen wirklich?“*¹⁸⁵

Weiterhin betonen mehrere Befragte die Notwendigkeit, gegen die Rechtsaußen-Kräfte pro-aktiv zu wirken, anstatt nur zu reagieren. Auch die frühzeitige breite Vernetzung der Parteien mit der Zivilgesellschaft innerhalb der Kommunen sowie – wie im folgenden Textbeispiel – mit anderen Kommunen wird von mehr als einem Viertel der Befragten empfohlen.

*„Vor allen Dingen glaube ich auch, dass es sehr gut ist, wenn man sich vernetzt. Also wenn sich die einzelnen Kommunen oder Mitglieder der Stadträte, des Stadtrats oder eben die politischen Parteien mit anderen Gruppierungen in anderen Kommunen kurzschließen, [...] so dass man hier einen Informationsaustausch auch voran treibt.“*¹⁸⁶

Rechtliche Grundlagen, die den Handlungsspielraum von Rechtsextremen und Rechtspopulist/innen einschränken, müssten zudem neu geschaffen und bereits vorhandene genutzt werden. Eine Aufklärung über Programmatik und Inhalte der Rechtsaußen-Parteien müsse ebenfalls erfolgen.

*„Dass man den Leuten halt bewusst macht, [...] was für Ziele die rechten Parteien wirklich haben, die da im Parteiprogramm versteckt sind.“*¹⁸⁷

Vereinzelt wird geraten, erst einmal auf eine Anerkennung des Problems „Rechtsextremismus“ durch die Demokrat/innen in der Kommune hinzuwirken und lokale Entscheidungsträger für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Eine Analyse der jeweiligen lokalen Situation und die Erforschung ihrer Ursachen seien zudem zentral, um die Auseinandersetzung erfolgreich anzugehen.

¹⁸³ 01_München

¹⁸⁴ 18_Delitzsch

¹⁸⁵ 06_Eisenach

¹⁸⁶ 03_München

¹⁸⁷ 26_Pirmasens

5. Anhang

INTERVIEWLEITFADEN

1. Eingangs würde ich Sie bitten mir zu schildern, was Sie an rechtsextremen/rechtspopulistischen Aktivitäten in Ihrer Kommune/Landkreis wahrnehmen.

- Zielgruppen von NPD/“Pro Köln“ (...)
- Verankerung in lokalen Initiativen oder Institutionen (Sport, Feuerwehr, Bürgerinitiativen, Jugendarbeit, Kita etc.)
- Formen der Öffentlichkeitsarbeit
- Überregionale Vernetzung

2. Welche thematischen Schwerpunkte setzt die NPD/“Pro Köln“ (...) in der Kommune?

- Veränderungen rechtsextremer Themensetzungen oder Strategien

3. Welche Themensetzungen und Aktivitäten von NPD/“Pro Köln“ (...) haben in der Kommune Auswirkungen im Sinne von Zuspruch, Desinteresse oder auch Ablehnung gehabt?

- Worin sehen Sie die Ursachen für rechtsextreme/rechtspopulistische Wahlerfolge (in Ihrer Kommune)?

4. Haben Sie in der Arbeit der NPD/“Pro Köln“ (...) Veränderungen im Laufe der Zeit bemerkt?

5. Welche Aktivitäten und Ziele verfolgen die Mandatsträger/innen von NPD/“Pro Köln“ (...) in den kommunalen Gremien?

- kommunalpolitische Themen oder eher programmatische Themensetzung
- Qualität der kommunalpolitischen Arbeit
- Vorbereitung und interne Arbeitsteilung
- Beteiligung in Ausschüssen
- Rechtsextreme Besucher/innen

6. Welche Ursachen für rechtsextreme/rechtspopulistische Wahlerfolge sehen Sie in der Kommune?

7. Wie würden sie den Umgang der demokratischen Parteien mit den rechtsextremen/rechtspopulistischen Mandatsträger/innen beschreiben?

- Interaktion/Zusammenarbeit der Parteien
- überparteiliche Absprachen/schriftliche Fixierungen
- Unterschiede im Umgang zwischen den einzelnen Fraktionen
- Unterschiedlicher Umgang je nach Thematik, die von der NPD angesprochen wird
- Abstimmungsverhalten bei Anträgen der NPD/“Pro Köln“ (...)
- Änderung parlamentarischer Rahmenbedingungen
- Öffentlichkeitsarbeit der Parteien
- persönlicher Umgang
- Wahlkampf
- juristische Auseinandersetzungen
- Umgang mit Infoständen oder rechtsextremen Veranstaltungen

8. Welche Überlegungen haben denn bei den Umgangsformen, die Sie beschrieben haben, eine Rolle gespielt und waren ausschlaggebend für die Entscheidung?

9. Hat es im Umgang mit Rechtsextremen/Rechtspopulisten Veränderungen gegeben?

10. Welche Auseinandersetzungen mit Rechtsextremen/Rechtspopulisten sehen Sie jenseits der politischen Parteien?

- lokale Medienberichterstattung
- zivilgesellschaftliche Initiativen, Bündnisse oder Beratungsstellen Rechtsextremismus
- Zusammenarbeit mit Parteien und Verwaltung

11. Welche Erfolge und auch Misserfolge sehen Sie im Umgang mit den Rechtsextremen/Rechtspopulisten? Welche Formen der Unterstützung erfährt die Kommune durch höhere, politische Ebenen, etwa das Land?

12. Welche generellen Empfehlungen würden Sie Kommunen geben, in denen rechtsextreme/rechtspopulistische Vertreter/innen neu in die Gremien eingezogen sind?

13. Bitte beschreiben Sie Ihre Motivation, weshalb Sie für Ihre Partei/das Bündnis/die Initiative politisch aktiv geworden sind.

14. Wie würden Sie die Akzeptanz und das Interesse der Bevölkerung gegenüber demokratischen Strukturen und Prozessen in der Kommune einschätzen?

- Entwicklung der Wahlbeteiligung
- Forderungen zivilgesellschaftlicher Initiativen
- politische Partizipation (Bürgerhaushalt, Beteiligung in Gremien etc.) (wenn bekannt, dass existent, fragen, wie sie genutzt wird)
- Können Sie von Erlebnissen berichten, etwa aus dem Wahlkampf, wo Ihnen eine Nichtakzeptanz demokratischer oder parlamentarischer Strukturen deutlich entgegengetreten ist?
- Wertschätzung kommunalpolitischer Arbeit in der Kommune

15. Auf politikwissenschaftlicher Seite gibt es ja die Position, dass Rechtsaußenparteien immer dann Zulauf haben, wenn zwischen den traditionellen demokratischen Parteien keine deutlichen Unterschiede mehr erkennbar sind. Wie stehen Sie zu dieser Einschätzung?

16. In einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland wurde einmal mehr aufgezeigt, dass auch unter den Wähler/innen der etablierten Parteien eine beachtliche Anzahl an Personen rassistischen und antidemokratischen Aussagen zustimmt. Was könnte Ihre Partei/Ihre Initiative Ihrer Meinung nach tun, um diesem Zustand entgegenzuwirken?

Abschließend möchte ich Ihnen die Möglichkeit geben, Dinge zu ergänzen, die Sie noch für wichtig halten. Gäbe es da etwas?